

Zeitschrift für den Klassenkampf

# KOMMUNISMUS



#10 | 11/2017 | 2 €

1917-2017

## LEHREN AUS DEM ROTEN OKTOBER

*Frauenkampf  
Revolutionsstrategie  
Militärtheorie*

## ANNEKTION DER DDR

*Und ihre Folgen*

## AKTIVE SELBST- VERTEIDIGUNG

*Die Black Panther Party*



## REVOLUTIONÄRE KULTUR

# Inhaltsverzeichnis

## FRAUEN IN DER SOWJETUNION

Was veränderte die Oktoberrevolution? | Seite 4

## LEHREN AUS DEM ROTEN OKTOBER

Warum siegte die  
Oktoberrevolution 1917? | Seite 8

## 100 JAHRE REVOLUTIONÄRE STRATEGIE

Aufstand, Stadtguerilla, Volkskrieg  
– oder dialektische Weiterentwicklung? | Seite 20

## AKTIVE SELBSTVERTEIDIGUNG UND ORGANISIERUNG

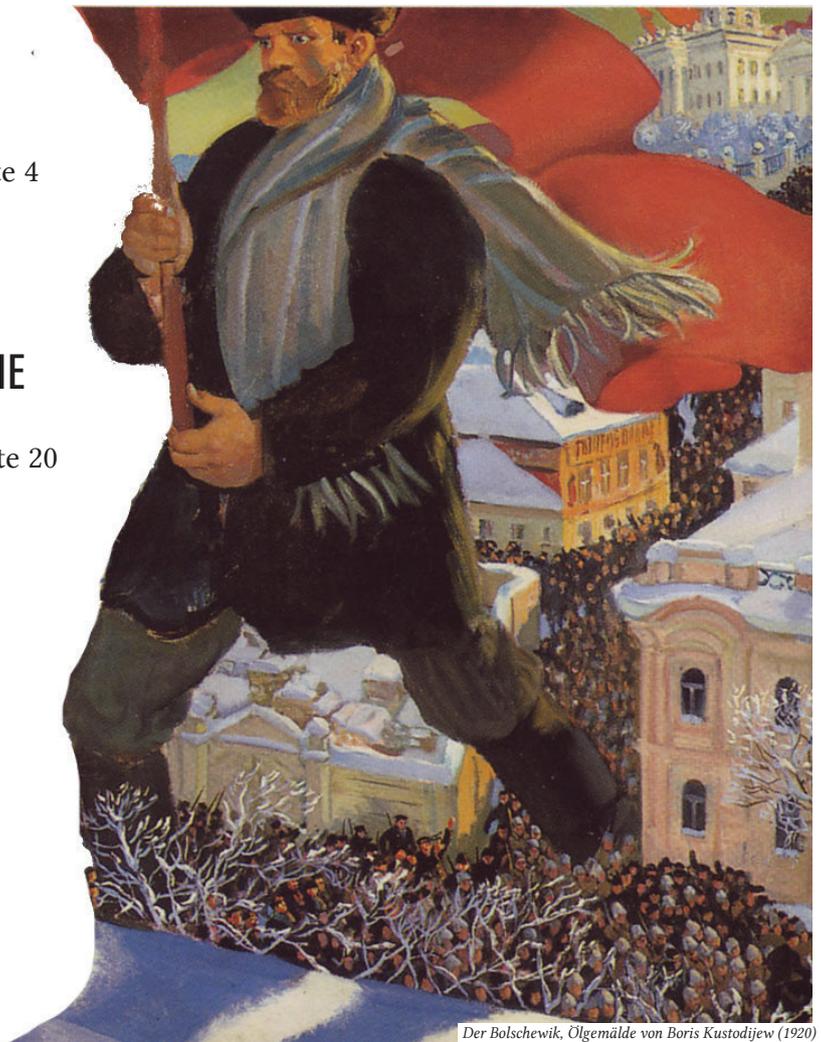
– Die Black Panther Party | Seite 32

## DIE ANNEKTION DER DDR UND IHRE FOLGEN

Welche Aufgaben haben  
die Kommunisten? | Seite 38

## THESEN ZUR REVOLUTIONÄREN KULTUR DES PROLETARIATS

Was haben wir dem „Kampf der Kulturen“  
entgegenzusetzen? | Seite 48



*Der Bolschewik, Ölgemälde von Boris Kustodijew (1920)*

---

## Kommunismus Online

**Kommunismus Online lesen:** [www.komaufbau.org/category/zeitung](http://www.komaufbau.org/category/zeitung)

**Website Kommunistischer Aufbau:** [www.komaufbau.org](http://www.komaufbau.org)

**Facebook:** [facebook.com/komauf](https://facebook.com/komauf)

**Twitter:** [twitter.com/komaufbau](https://twitter.com/komaufbau)

**Youtube:** [youtube.com/channel/UCmxScx-jf4q0gBdtFYRS1rw](https://youtube.com/channel/UCmxScx-jf4q0gBdtFYRS1rw)

---

### Abo-Möglichkeit:

„Kommunismus“ kann beim Verlag Leo Jogiches abonniert werden. Schickt dazu einen Umschlag mit Geld und Eurer Adresse an unser Postfach 300 204, 44232 Dortmund. Ihr erhaltet so viele Ausgaben von „Kommunismus“, wie Ihr bezahlt habt. Der Preis für 5 aufeinander folgende Ausgaben beträgt 15 Euro.

### Impressum:

Herausgeber: Redaktionskollektiv, Verlag Leo Jogiches; V.i.S.d.P.: H. Sand, Solmsstr. 32, 60486 Frankfurt a.M.

Kontakt: [info@komaufbau.org](mailto:info@komaufbau.org)

PGP-Key-Fingerprint: 9A49 BFDB 1EA1 A19D E6E4 D090 6777 88 EC BE6A 4061

Eigentumsvorbehalt: Dieser Brief bleibt solange Eigentum der Absenderin bis er dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ gilt nicht als persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Sollte ein Teil des Briefes nicht ausgehändigt werden, so ist dieser und nur dieser Teil unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung an die Absenderin zurückzusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

---

## Liebe Leserinnen und Leser.

In diesem Herbst jährt sich die russische Oktoberrevolution von 1917 zum einhundertsten Mal. Alle ernsthaften RevolutionärInnen auf der Welt werden sich wohl darüber einig sein, dass dieser Jahrestag nicht in erster Linie dazu dienen soll, nostalgisch einen Wodka auf die „gute, alte Sowjetzeit“ zu trinken. Sondern: Die Erfahrungen dieser Revolution auszuwerten, die die Welt verändert hat, und diese für die Zukunft, den nächsten Anlauf zur Errichtung des Sozialismus zu nutzen. Man wird daher dieser Tage wohl kaum eine linke Zeitschrift finden, die dieses wichtige Jubiläum nicht behandelt, diskutiert, Lehren zieht oder verwirft.

Wir haben zwei Themen aus dem Komplex des „Roten Oktober“ ausgewählt, die wir behandeln und an den Anfang dieser Ausgabe stellen möchten.

Das ist erstens die Lage der **„Frauen in der Sowjetunion“**: Ein Thema, das, wie wir finden, leider allzu oft nur als Nebenaspekt behandelt wird, wenn vom Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion die Rede ist. Ein Aspekt jedoch, der für den Klassenkampf im 21. Jahrhundert eine ganz zentrale Bedeutung hat – geht es hier doch immerhin um die besondere Perspektive, die der Sozialismus für die eine Hälfte der Menschheit bedeutet.

Das ist zweitens: Die Lehren für die revolutionäre Strategie, die aus dem Oktober zu ziehen sind. Wie konnte die ArbeiterInnenklasse unter Führung der Bolschewiki die politische Macht in Russland erobern und verteidigen? In zwei aufeinanderfolgenden Artikeln - **„Lehren aus dem Roten Oktober“** und **„100 Jahre revolutionäre Strategie“** - wollen wir dieser Frage nachgehen: Einmal, indem wir einen Versuch wagen, die Grundzüge dessen herauszuarbeiten, was den Begriff „Strategie“ ausmacht – eine Aufgabe, die die Bolschewiki damals, wie wir finden, völlig neuartig gelöst haben. Dann, indem wir uns kritisch mit den Vorstellungen von der Revolution auseinandersetzen, wie sie nach 1917 bis heute von verschiedenen politischen Strömungen auf der Welt vertreten worden sind. Unsere Kernbotschaft dabei: Vergesst alle Etappentheorien!

Wir machen sodann einen Sprung in ein anderes Land und ein anderes Jahrzehnt – bleiben aber nah an der Strategiedebatte: **„Aktive Selbstverteidigung und Organisation – Die Black Panther Party“**. Wer war diese Partei der AfroamerikanerInnen in den USA, die Mitte der 1960er Jahre entstanden ist? Wie ist ihre Entwicklung einzuschätzen?

Was ist heute noch davon übrig? Wir denken, es geht hier um Erfahrungen im politischen Kampf, die heute nicht nur für die USA brandaktuell sind. Die Erfahrungen der Black Panther Party bei der Selbstorganisation der unterdrückten Massen stellt ähnlich wie die aktuelle Rätebewegung in Rojava einen wichtigen Bezugspunkt für eine zu entwickelnde kommunistische Massenarbeit in Deutschland dar. Insofern ist der Artikel auch eine Fortsetzung oder besser gesagt eine Konkretisierung der „Antifaschistischen Strategie“, die wir in Kommunismus Nummer 9 entwickelt haben.

Schließlich führt uns die Reise zurück nach Deutschland - genauer gesagt: Nach Ostdeutschland. Nach dem Wahlerfolg der AfD bei der Bundestagswahl mit enormen Ergebnissen in Sachsen und Brandenburg hat der westdeutsche Chauvinismus, die abfällige Haltung gegenüber der ArbeiterInnenklasse in den „neuen Bundesländern“ wieder neue Blüten getrieben, leider auch bei vielen Linken. Wir halten das für fatal und finden: Die Analyse der besonderen ökonomischen und politischen Situation im Osten der BRD ist eine Aufgabe von höchster Wichtigkeit für den heutigen Klassenkampf – und in den Jahren seit 1990 leider sträflich vernachlässigt worden. In dem Artikel **„Die Annektion der DDR und ihre Folgen“** wollen wir einen Anfang machen, uns an dieses Thema zu begeben. Allen LeserInnen beidseitig des „Eisernen Vorhangs“, die auf liebgewonnene Vorurteile nicht verzichten möchten, sei die Lektüre dieses Artikels lieber nicht empfohlen!

Sido, Holger Burner oder doch etwa Helene Fischer? In letzter Zeit haben wir uns häufiger die Frage gestellt, was wir eigentlich unter einen **„revolutionären Kultur des Proletariats“** verstehen können? Das Thema Kultur geht dabei keineswegs nur revolutionäre KünstlerInnen an. Die praktische Relevanz wird z.B. daran deutlich, dass das faschistische Konzept der „National Befreiten Zonen“ u.a. darauf aufbaut, die „kulturelle Vorherrschaft“ zu erringen, wobei Kultur als dem Politischen vorgelagerter sozialer Raum verstanden wird. Im abschließenden Artikel dieser Ausgabe gehen wir der Kulturfrage aus marxistisch-leninistischer Sicht nach. Und wir können schon jetzt verraten: Um die bevorzugte Musikrichtung geht es dabei eben nicht!

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen!

Mit revolutionären Grüßen,

Redaktion **KOMMUNISMUS** 



# FRAUEN IN DER SOWJETUNION

Was veränderte die Oktoberrevolution?

**D**ie Oktoberrevolution – diese bedeutenden Tage, die die Welt veränderten – befreite das russische Proletariat von den Fesseln des Kapitalismus und verbesserte so grundlegend seine Lebensbedingungen. Arbeiterinnen, die im Kapitalismus doppelt unterdrückt sind, waren im feudalistischen Zarenreich politisch unmündig und wurden größtenteils als Eigentum des Mannes gesehen. Wie veränderte sich nun die Situation für Frauen durch die Revolution 1917? Welche Rolle spielten sie dabei? Und welche Lehren können wir daraus für heute ziehen?

## DIE ROLLE VON FRAUEN IM REVOLUTIONSJAHR 1917

Eine sozialistische Revolution, die Ergreifung der Macht durch das Proletariat und die Errichtung der Diktatur desselben, wäre undenkbar und undurchführbar ohne die Beteiligung der werktätigen Frauen. Und so spielten auch 1917 im russischen Revolutionsjahr Frauen eine besondere und wichtige Rolle.

Durch den seit 1914 andauernden Weltkrieg herrschte in Russland Hunger und Elend. Die ArbeiterInnen, Bäuerinnen und Bauern hatten den Krieg satt und wehrten sich gegen die immer weiter zunehmende Verelendung. Besonders die Frauen litten

unter dieser Situation. Sie waren diejenigen, die zu Hause geblieben waren, während die Männer in den Krieg ziehen mussten. Sie hatten allein um das tägliche Brot zu kämpfen, um sich und ihre Kinder zu versorgen.

Beginnend mit dem Streik der ArbeiterInnen der Putilow-Werke, einem großen Petrograder Rüstungskonzern, am 18. Februar (3. März), weiteten sich Streikaktionen im ganzen Land aus. Am 8. März folgten zehntausende Frauen dem Aufruf der Bolschewiki. Zahlreiche Aktionen und Kundgebungen der Arbeiterinnen verbreiteten eine Kampf Stimmung in der ganzen Stadt. Sie marschierten zur Staatsduma und forderten Brot. Zahlreiche Arbeiter legten ihre Arbeit nieder und schlossen sich den Frauen an.

Die Streikaktionen und Demonstrationen in den einzelnen Städten breiteten sich schnell aus und die Revolution erfasste das ganze Land. Ganze Teile der Armee liefen zu den Kämpfenden über und beteiligten sich am Widerstand. Überall wurden Sowjets, ArbeiterInnen- und Soldatenräte, gebildet. Schließlich dankte der Zar ab und die Februarrevolution siegte. Es waren also die Frauen, die den Beginn der Revolution einleiteten und einen großen Beitrag zu deren Sieg leisteten. Allerdings blieb es vorerst bei einer bürgerlich-demokratischen Revolution, da die Bolschewiki zu diesem Zeitpunkt nicht den nötigen

Rückhalt hatten, um das Proletariat an die Macht zu bringen.

Die Frauen unter den Bolschewiki begannen nun umso mehr die Frauen aus den werktätigen Massen zu organisieren. Sie hielten Frauenversammlungen ab, organisierten Tagungen für Arbeiterinnen und Konferenzen der Frauen der Partei. Sie gründeten eine eigene Abteilung für die Arbeit unter den Frauenmassen innerhalb der Partei (Zhenotdel). Immer mehr Frauen begannen sich zu organisieren. Und so beteiligten sich etliche Frauen, einige sogar als bewaffnete Frauenmilizen, an den Aufständen der Oktoberrevolution. Ohne ihre Teilnahme wäre das russische Proletariat im Oktober 1917 sicher nicht an die Macht gekommen.

## WAS VERÄNDERTE SICH FÜR DIE FRAUEN DURCH DIE REVOLUTION?

### Lebens- und Arbeitsbedingungen

Ebenso wie für die Arbeiter verbesserten sich auch für die Arbeiterinnen ihre Arbeitsbedingungen erheblich. Überall wurde der 8-Stunden-Tag eingeführt, bei gesundheitsgefährdender Arbeit betrug die tägliche Arbeitszeit sogar nur 6 bis 7 Stunden bei vollem Lohn. Die Löhne wurden allgemein angehoben, während die Preise für Wohnung und Lebensmittel sanken. Jährlich konnten die ArbeiterInnen 28 Tage Urlaub erhalten, bei voller Lohnfortzahlung. Sie erhielten kostenlose Bildung und Kultur in den betriebseigenen Bibliotheken und Klubs.

Die zunehmende Beteiligung an der gesellschaftlichen Produktion holte die Frau raus aus der beengenden und hemmenden Arbeit im Haus. Der Eintritt der Frau in die Produktion war der erste Schritt, der sie aus der ökonomischen Abhängigkeit vom Mann befreite. Vor der Oktoberrevolution war die Frau in Russland kaum an der Produktion beteiligt. Die meisten Frauen leisteten unbezahlte Arbeit auf den Ländereien der Großgrundbesitzer. Nur 6% aller Frauen waren Arbeiterinnen und Angestellte in der Industrie. 1937 waren es bereits 24%. Im zaristischen Russland arbeiteten die meisten Lohnarbeiterinnen in „typisch weiblichen“ Berufen, besonders als Angestellte in privaten Haushalten (1897: 55%), oder aber als Landarbeiterinnen (25%). In den 50er Jahren waren etwa Dreiviertel aller Frauen in der Sowjetunion an der gesellschaftlichen Produktion beteiligt.

Nach der Revolution wurden Quoten für Ausbildungsberufe eingeführt. 30% der Plätze mussten von Frauen belegt werden. Gleichzeitig musste das Denken der Menschen durch Agitation verändert

und Vorurteile, dass Frauen bestimmte Berufe nicht ausüben könnten, abgebaut werden. Dies zeigte durchaus Erfolge, so war der Anteil der Frauen im Industrie- und Bausektor 1937 auf 39% angestiegen. Dagegen gab es kaum noch Angestellte in privaten Haushalten. Dies waren zu dieser Zeit sehr große Fortschritte. Im Vergleich arbeiteten in diesen Bereichen in den kapitalistischen Ländern kaum Frauen. Während etwa in der Metallindustrie der Frauenanteil in der Sowjetunion bei 24,6% lag, arbeiteten in England nur 5,4% und in den USA sogar nur 3% der Frauen in der Metallindustrie.

Eine der ersten Losungen, die in der Sowjetunion aufgestellt wurden, war „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Die Angleichung der Löhne benötigte aber doch eine lange Zeit. Besonders der Unterschied zwischen den verschiedenen Industriezweigen blieb vorerst bestehen. Jedoch stellten sich auch dort schnell Verbesserungen ein. So erhielten Textilarbeiterinnen 1926 fast 70% des Lohnes eines Metallarbeiters. Zuvor machte dieser nur knapp über 30% aus.

Für schwangere Frauen wurde ein besonderer Arbeitsschutz eingeführt. Sie durften nicht länger Nachtarbeit und Überstunden leisten und waren 8 Wochen vor und 8 Wochen nach der Geburt von der Arbeit freigestellt, bei vollem Lohn. Zur Anschaffung der Ausstattung für ihr Kind erhielten sie eine finanzielle Unterstützung, das galt auch für Frauen, die selbst nicht erwerbstätig waren. Wenn sie nach den 4 Monaten wieder zurück in den Betrieb kehrten, konnten sie zweimal am Tag eine 30-minütige Pause zum Stillen ihres Kindes einlegen. Dafür gab es meist eigene Räumlichkeiten in den Kinderkrippen der Betriebe.

Um die Frau von ihrer doppelten Unterdrückung durch die Lohnarbeit einerseits und die Hausarbeit und Kindererziehung andererseits zu befreien, wurden nach und nach große Teile der Hausarbeit vergesellschaftet. Es wurden Großwäschereien, öffentliche Speisehäuser und Kinderheime geschaffen, sowie Putzkolonnen eingeführt. Jedoch ging diese Vergesellschaftung nur langsam vonstatten. Anfangs war weder die materielle Grundlage dafür geschaffen, die Hausarbeit in ihrer Gesamtheit zu vergesellschaften, noch war das Denken der Menschen so weit. Immerhin wurde 1936 1/3 der Bevölkerung durch die öffentlichen Speisehäuser versorgt.

In vielen Betrieben waren Kinderkrippen und -heime eingerichtet. Dort wurden die Kinder der ArbeiterInnen kostenlos gepflegt und betreut. Geleitet wurden diese Einrichtungen von Ausschüssen von Müttern und pädagogisch ausgebildete Kräfte übernahmen die Betreuung und Erziehung der Kinder.



### Die rechtliche Stellung der Frau

Alle Gesetze des Zarenreichs, die die Frau unterdrückten, wurden nach der Revolution abgeschafft. In Bezug auf das Vermögen wurde die Frau dem Mann gleichgestellt und auch die Bäuerin erhielt gleichberechtigt mit dem Bauer Anteil am Boden. Die Frau konnte frei über ihren Wohnort entscheiden. In Deutschland dagegen entschied damals noch der Mann den Wohnort der Frau. Besonders wurde aber auch das Eherecht verändert. Es galt nur noch die Zivilehe, die mehr einer Bescheinigung des Zusammenlebens glich. Gleichzeitig wurde das Scheidungsrecht gelockert, sodass eine Scheidung auch möglich war, wenn nur einer der Ehepartner die Scheidung beantragte. Dies nutzten etliche Frauen, die zuvor unter Zwang verheiratet waren. Allerdings kam diese Lockerung in Summe fast nur den Männern zugute. Viele Frauen wurden verlassen und waren mit ihren Kindern allein auf sich gestellt. Besonders, da die Kindererziehung noch nicht vollkommen vergesellschaftet war, führte dies dazu, dass die Anzahl der Straßenkinder in den 20er und Anfang der 30er Jahre zunahm. Das Scheidungsrecht wurde danach auch wieder eingeschränkt. Nach der Scheidung musste der Mann die Frau und seine Kinder weiter finanziell unterstützen und auch für uneheliche Kinder musste der Vater (oder die Väter, wenn mehrere in Frage kamen) Alimente zahlen.

Bereits 1918 wurden Abtreibungen legalisiert. Dadurch verringerten sich die Sterberate sowie Unterleibserkrankungen durch illegal ausgeführte Eingriffe erheblich. Ab 1924 wurde eine vorausgehende intensive Beratung durch eine/n Arzt/Ärztin und dafür geschulte Frauen eingeführt. Doch schon 18 Jahre nach der Legalisierung wurde 1936 das Verbot

von Abtreibungen wieder eingeführt. Die offizielle Begründung lautete, dass die materiellen Voraussetzungen es jeder Frau ermöglichen würden, ein Kind zu gebären und aufzuziehen. Jedoch waren die realen sozialen Verhältnisse keinesfalls soweit. Weder war die Vergesellschaftung der Kindererziehung so weit fortgeschritten, noch waren die Wohnungsprobleme gelöst, noch waren Verhütungsmittel ausreichend genug entwickelt. Vielmehr ging es bei dieser Entscheidung um bevölkerungspolitische Überlegungen. Ab 1936 nahmen dann illegale Abtreibungen wieder zu und damit auch die Todes- und Erkrankungsfälle.

Ähnlich verhielt es sich auch mit dem Umgang mit gleichgeschlechtlichen Beziehungen. Zuerst wurde 1924/26 die Verfolgung von Homosexuellen eingestellt und die Straffreiheit gewährt. Jedoch wurde 1934 das Verbot von Homosexualität wieder eingeführt, mit der Begründung solche Verbindungen seien „unnatürlich“. Wie es zu diesen massiven Rückschritten in der Entwicklung kam, muss von den KommunistInnen heute weiter untersucht werden. Scheinbare politische oder ökonomische Begründungen können dabei diese Eingriffe in die grundsätzlichen Rechte der Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die Sexualität nicht rechtfertigen.

### Frauen in der politischen Arbeit

Nachdem die Kommunistische Internationale 1918 festlegte, dass es in den kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder besondere Organe für die Arbeit unter den Frauenmassen geben muss, wurden in der Sowjetunion die Zhenotdel gegründet. Alexandra Kollontai und Inessa Armand waren Vorkämpferinnen dieser Frauenabteilung innerhalb der Partei und auch ihre ersten Vorsitzenden.

Die Zhenotdel waren keine völlig unabhängigen Organisationen, sondern von der kommunistischen Partei geleitete Massenorganisationen. Sie setzten landesweit die Frauenbefreiung in die Tat um, mit weitgehender Entscheidungsfreiheit. Ihre besondere Aufgabe war es, Frauen zu aktivieren und an die politische Arbeit heranzuziehen. Es wurden Frauenabteilungen in Gewerkschaften, Sowjets und Betrieben geschaffen, um Frauen in allen Bereichen zu fördern. 1930 wurden die Zhenotdel allerdings wieder aufgelöst.

Außerdem wurden Delegiertinnenversammlungen geschaffen, die die besonderen Interessen der Frauen vertraten. In Betrieben, Wohnbezirken und Dörfern wurden Frauenversammlungen einberufen. In diesen Versammlungen wurden Vorträge und Diskussionen organisiert und die Ansichten und

Forderungen als Anträge den gewählten Delegiertinnen mitgeben. Die Delegiertinnenversammlungen wiederum trugen ihre Standpunkte in die Sowjets usw. weiter. So wurden die Interessen der Frauen in alle Bereiche getragen. Außerdem schickten die Delegiertinnenversammlungen hunderttausende Frauen in die praktische Arbeit. Für eine bestimmte Zeit beteiligten diese Frauen sich dann an der Arbeit in den Betrieben, Gewerkschaften und Sowjets. Ihren Wählerinnen mussten sie regelmäßig Berichte erstatten und diese diskutieren. Die Delegiertinnenversammlungen waren Massenschulen des Kommunismus und befähigten die Frauen zum Verwalten und Regieren. Ganz nach Lenin: „Jede Köchin muss lernen, den Staat zu regieren“.

Dieses DelegiertInnensystem führte zu einem raschen Anstieg des Frauenanteils in den Sowjets. 1936 wurden 32% Frauen in die Stadt- und 26,4% in die Dorfsowjets gewählt.

Nachdem die Zhenotdel aufgelöst wurden, war die Arbeit unter den Frauen aber nicht beendet. Es gab auch danach Arbeiterinnenkonferenzen, Delegiertinnenversammlungen, Frauenkomitees in den Gewerkschaften usw. Auch die eigene Frauenpresse wurde weiter betrieben. Wie beispielsweise die 1914 gegründete Zeitung „Rabotnitsa“ (Arbeiterin).

Der Anteil der Frauen an den Massenorganisationen stieg stetig, jedoch spiegelte sich dies nicht innerhalb der Partei wider. Der Anteil der Frauen an den Parteimitglieder stieg von 1917 bis 1952 nur von 7,8% auf 22% an. Dieses Problem wurde zwar auf vielen Parteitag diskutiert, eine wirkliche Veränderung konnte aber nicht erreicht werden.

## WAS KÖNNEN WIR AUS DEN ERFAHRUNGEN DER OKTOBERREVOLUTION LERNEN?

Die Sowjetunion wurde von Frauen genauso aufgebaut wie von Männern. Ohne die Beteiligung von Frauen hätte die Revolution nicht zum Erfolg geführt werden können. Das zeigt uns, dass auch wir heute die Arbeit unter den werktätigen Frauen nicht vernachlässigen dürfen. Denn auch heute werden wir keine erfolgreiche Revolution durchführen, wenn wir nicht die Frauenmassen, die eben die Hälfte der ArbeiterInnenklasse ausmachen, an unserer Seite haben.

Indem die Wurzel der Unterdrückung der Frau, das Privateigentum, beseitigt wurde, wurde die Grund-



lage für die Befreiung der Frau geschaffen. Indem die Frau dem Mann rechtlich gleichgestellt wurde, begonnen wurde, die Hausarbeit zu kollektivieren und Vorurteile gegen Frauen zu bekämpfen, wurden erste Schritte gegangen, um die Frau von ihrer Unterdrückung zu befreien. Allerdings können wir nun sehen, dass durch die sozialistische Revolution die Frau nicht automatisch befreit wird. Es benötigt einen lang anhaltenden Kampf gegen das Patriarchat, der die materielle Grundlage und gleichzeitig das Denken über die Frau nachhaltig verändert. Besonders das patriarchale Denken wurde in der Sowjetunion noch viel zu wenig bekämpft.

Die männliche Vorherrschaft wurde nicht gebrochen.<sup>1</sup> Auch innerhalb der Partei wurde diese aufrecht erhalten. Der geringe Anteil an Frauen ist ein Ausdruck davon. Für uns kann das nur heißen, dass wir Frauenunterdrückung überall dort bekämpfen müssen, wo wir sie vorfinden. Und wenn wir patriarchales Denken und Handeln in unseren eigenen Reihen feststellen, müssen wir es dort umso härter zurückdrängen.

Wir dürfen aber nicht vergessen, dass die Oktoberrevolution die Situation der Frauen in vielen Bereichen stark verändert hat und ihre Stellung zu dieser Zeit im Vergleich zu den kapitalistischen Ländern eine deutlich bessere war. Vor der Revolution konnten die meisten Frauen nicht schreiben und lesen, waren auf den Haushalt beschränkt und wurden als Eigentum des Mannes gesehen. Durch die Revolution wurden sie zu politisch denkenden und arbeitenden Menschen, die einen großen Beitrag zur Revolution und zum Aufbau der Sowjetunion geleistet haben.

1 Einige Veränderungen konnten hier dargestellt werden. Das sind aber lange nicht alle und manche Themen, wie beispielsweise patriarchale Gewalt, wurde nicht behandelt. Hierzu und zu anderen Themen muss noch ausführlicher gearbeitet werden. Auch muss genauer untersucht werden, wieso in den 30er Jahren Errungenschaften für die Frau wieder zurück genommen wurden (wie bspw. durch das Abtreibungsverbot).



# LEHREN AUS DEM ROTEN OKTOBER

Warum siegte die Oktoberrevolution 1917?

Die große sozialistische Oktoberrevolution in Russland stellt zweifellos ein weltgeschichtliches Ereignis dar. Anlässlich des 100. Jahrestags wird sie weltweit aus unterschiedlichsten Aspekten beleuchtet werden. Ob offene Konterrevolutionäre und reaktionäre bürgerliche AntikommunistInnen, fortschrittliche HumanistInnen, linksreformistische „SozialistInnen“ oder revolutionäre und kommunistische Parteien und AutorInnen: Alle werden die Oktoberrevolution, je nach ihrer politischen Haltung, feiern oder verdammen, ihre Folgen darstellen und aus ihrer Sicht interpretieren.

Die unserer Einschätzung nach wichtigste praktische Frage, die die Oktoberrevolution bis heute aufwirft, wird dabei in der Regel nicht berührt werden: Wie konnte die ArbeiterInnenklasse unter Führung der Bolschewiki die politische Macht in Russland erobern und verteidigen?

Bürgerliche Autoren und Historiker argumentieren üblicherweise damit, dass die Bolschewiki nur eine winzige, straff organisierte Verschwörertruppe gewesen seien. Sie hätten sich einfach in einem günstigen Moment rücksichtslos an die Macht geputscht. Auch wenn diese These objektiv gesehen Unsinn ist, so kann sie vor allem eine Frage nicht beantworten:

Wie konnte sich diese „winzige Minderheit“ dann in einem dreijährigen Bürgerkrieg gegen die militärisch um ein Vielfaches überlegene innere Konterrevolution und den Weltimperialismus behaupten?

Die Antwort auf diese brennenden Fragen der heutigen Bewegung findet sich in der bolschewistischen Revolutionsstrategie. Die Pariser Kommune war z.B. ein Volksaufstand, wie ihn die Geschichte schon mehrfach gesehen hat. Manchmal siegen dabei die Aufständischen, oft werden sie niedergemetzelt. Die Oktoberrevolution dagegen war eine „Entscheidungsschlacht“ und ein Wendepunkt in einem 20-jährigen revolutionären Prozess. Dieser Revolutionsprozess begann weder im Oktober 1917 noch endete er mit dem Sturm auf den Winterpalais.

Die Bolschewiki führten ihren revolutionären Klassenkampf in der gesamten Zeit mittels einer einheitlichen, politisch-militärischen Gesamtstrategie. Lenin hat sich dabei als innovativer Führer erwiesen, der in manchen Aspekten des strategischen Denkens seiner Zeit weit vauseilte.

Diese These soll im Folgenden unter zwei Gesichtspunkten entwickelt und begründet werden. Im ersten Teil ‚Lehren aus dem Roten Oktober‘ werden wir zunächst den Zusammenhang der Oktoberrevo-

lution mit der revolutionären Strategie aufzeigen. Im Hauptteil werden anhand des Ablaufs der Oktobertage einige wichtige Aspekte der Strategie (u.a. Zeitpunkt des Aufstandes, Partei neuen Typs, Führung, Massenkampf und Massenorganisationen) erläutert, die von den Bolschewiki teilweise völlig neuartig gelöst wurden.

Im zweiten Artikel „100 Jahre revolutionäre Strategie“ wollen wir diese Erkenntnisse anhand der theoretischen wie praktischen Weiterentwicklung der Revolutionsstrategie in der Internationalen Kommunistischen Weltbewegung in den letzten 100 Jahren überprüfen. Dabei werden wir u.a. auf die Frage des Aufstands, den maoistischen langandauernden Volkskrieg, das Konzept der Stadtguerilla sowie auf die Veränderung im modernen Kriegs- und Strategieverständnis eingehen. Bemerkenswerterweise kommen in der gesellschaftlichen Praxis sowohl Konterrevolution wie Revolution immer mehr dazu, dass nicht-militärische Mittel im Krieg immer wichtiger werden. Damit schließt sich in gewisser Weise ein Kreis. Wir landen wieder am Ausgangspunkt bei Lenin – der seinen politischen Kampf als „Krieg mit überwiegend nicht-militärischen Mitteln“ führte, dabei aber nie vergessen hat, dass am Ende Entscheidungsschlachten mittels Waffengewalt ausgetragen werden.

## OKTOBERREVOLUTION UND STRATEGIE

### Ohne Plan gibt es keinen Erfolg

Das 100. Jubiläum der Oktoberrevolution verweist unter den heutigen Bedingungen der Internationalen Kommunistischen Weltbewegung vor allem auf eine Fragestellung: Wer eine Revolution durchführen will, braucht einen Plan. Da mag uns die Geschichte helfen. Eine erfolgreiche Revolution, wie die der Bolschewiki 1917, wirft die Frage nach den Ursachen des Erfolgs auf. Dies gilt umso mehr, wenn die siegreiche Partei nach dem traditionellen Strategieverständnis eigentlich schlechtere Ausgangsbedingungen als ihre Gegner hatte.

Welche Strategie verfolgten die Bolschewiki?

Was war ihr Weg zum angestrebten Ziel der politischen Machteroberung?

Wie sah ihre Kunst aus, in der Unterlegenheit bezogen auf die politische Macht - militärisch gesprochen auf die Größe und Feuerkraft der organisierten Armee - zu siegen und die Schwachen, das Proletariat und die unterdrückten Volksmassen, zu den wirklich Mächtigen werden zu lassen?

## Die Revolutionsstrategie der Bolschewiki

„Nicht durch Kompromisse mit den besitzenden Klassen oder mit den anderen politischen Führern, nicht durch einfache Übernahme des alten Regierungsapparates eroberten die Bolschewiki die Macht, noch geschah dies mittels der organisierten Gewalt einer kleinen Clique. Wenn die Massen in ganz Russland nicht zum Aufstand bereit gewesen wären, hätten sie nicht siegen können. Die einzige Erklärung des bolschewistischen Erfolgs liegt darin, dass sie die tiefen und einfachen Bestrebungen der unterdrückten Volksmassen in die Tat umsetzten, indem sie sie dazu aufforderten, das Alte nieder zu reißen und zu zerstören, und dass sie dann gemeinsam mit ihnen inmitten der noch rauchenden Ruinen an der Errichtung der neuen Ordnung arbeiteten.“<sup>1</sup>

Strategie ist die Kunst, Macht zu schaffen. Wenn wir diese tiefsinnige Definition auf den Klassenwiderspruch anwenden, müssen wir zunächst einmal anerkennen, dass das Proletariat gegenüber seinem Feind, der Weltbourgeoisie, schwach ist. Die Bourgeoisie kann sich nicht nur auf ihre imperialistischen Staatsapparate verlassen, sondern sie verfügt letztlich über alle materiellen und geistigen Ressourcen dieses Planeten. Demgegenüber verfügt das Proletariat nur über zwei Waffen: Seine Zahl und seine Organisation.

Die Revolutionsstrategie der Bolschewiki setzt genau hier an. Bezüglich der Zahl galt es in Russland, wo das Industrieproletariat eine kleine Minderheit der Bevölkerung bildete, vor allem das Bündnis mit den Bauern zu festigen.

Bezüglich der Organisation betrat Lenin geschichtliches Neuland. Schon 1902 entwickelte er in ‚Was tun?!‘ das Organisationskonzept der „Partei neuen Typs“ als revolutionäre Kampforganisation. Die Partei neuen Typs führt den Klassenkampf des Proletariats politisch und militärisch, indem sie sich mittels einer Vielzahl unterschiedlichster Massenorganisationen mit der ArbeiterInnenklasse unauflöslich verbindet.

Kommunistische Partei und Massenorganisationen sind Mittel zum Zweck. Sie erfüllen eine notwendige Funktion im Klassenkampf. Den Bolschewiki ist immer klar gewesen, dass die politische Macht nicht durch die KommunistInnen allein, sondern nur durch die breiteste und aktivste Beteiligung der revolutionären Massen im Bürgerkrieg erobert und danach verteidigt werden kann. Vom Aufbau des Sozialismus ganz zu schweigen.

Die leninistische Revolutionsstrategie besteht dar-

1 John Reed, Zehn Tage Die Die Welt Erschütterten, Dietz Verlag Berlin, 1973,

in, eine politisch-militärische Kampforganisation zu schaffen, diese mit den Massen des Proletariats zu verschmelzen und dabei immer breitere Teile der unterdrückten Klassen in den Kampf gegen die Bourgeoisie hineinzuziehen. Während die revolutionäre Seite so in einem jahrzehntelangen Prozess wächst und Macht anhäuft, werden gleichzeitig der Feind und sein Staatsapparat zersetzt. Bis schließlich das Proletariat so stark geworden ist, dass es in einem günstigen Moment zum Sturmangriff übergeht und die politische Macht an sich reißt.

## DER VERLAUF DER OKTOBERREVOLUTION

### Erlebnisse und Beobachtungen eines scharfsinnigen Betrachters

Wir werden den Verlauf der Oktoberrevolution anhand von Ausschnitten aus dem Buch ‚10 Tage, die die Welt erschütterten‘ von John Reed nachzeichnen. Der US-Journalist erlebte die Oktoberrevolution in Petrograd als Augenzeuge mit. Er selbst schrieb zu seinem Buch: „Im Kampf waren meine Sympathien nicht neutral. Aber in meiner Schilderung der Geschichte dieser großen Tage habe ich versucht, die Ereignisse mit den Augen eines gewissenhaften Reporters zu sehen, der nichts anders will als die Wahrheit zu schreiben.“<sup>2</sup>



John Reed

Normalerweise verstößt es gegen die Regeln einer wissenschaftlichen Arbeitsweise, sich nur auf eine einzige Quelle zu stützen. Der Zweck unseres Textes besteht darin, die Revolutionsstrategie der Bolschewiki intellektuell zu durchdringen und ihr inneres Wesen aus der Oberfläche der vielfältigen Erscheinungen heraus zu schälen. Warum es für diesen Zweck ausnahmsweise zulässig ist, sich bei der Darstellung des Verlaufs der Oktoberrevolution auf ein einziges Buch zu stützen, wird am besten im Vorwort von N.N. Krupskaja deutlich:

„Zehn Tage, die die Welt erschütterten‘ hat John Reed sein ausgezeichnetes Buch benannt. Hier sind die ersten Tage der Oktoberrevolution ungewöhnlich eindrucksvoll und stark beschrieben. Es ist keine einfache Aufzählung von Tatsachen, keine Sammlung von Dokumenten, es ist eine Reihe lebendiger, derart typischer Szenen, daß jedem Teilnehmer der Revolution die analogen Szenen, deren Zeuge er war, in Erinnerung kommen müssen. All diese aus dem Leben gegriffenen Bilder können die Stimmung der Massen gar nicht besser wiedergeben – eine Stimmung, auf deren Hintergrund jeder Akt der großen Revolution besonders klar und verständlich wird. (...) John Reed war leidenschaftlicher Revolutionär, ein Kommunist, der den Sinn der Ereignisse, den Sinn des großen Kampfes erfaßt hat. Dieses Verstehen gab ihm jenen scharfen Blick, ohne den er ein solches Buch niemals hätte schreiben können.“<sup>3</sup>

Strategie ist eine hohe Kunst, die viel mit Psychologie und den Stimmungen in den verschiedenen Teilen der Massen zu tun hat. Deshalb ist ein literarisches Kunstwerk, das die Atmosphäre jener aufgewühlten Tage in Petrograd und die Stimmung in den verschiedenen gesellschaftlichen Klassen und Schichten einfängt, tausendmal aussagekräftiger zur Entschlüsselung der bolschewistischen Revolutionsstrategie als es etwa eine historische Enzyklopädie wäre, die sämtliche Dokumente und Wortprotokolle enthalten würde.

### Revolutionäre Krise und der Vorwurf des „Putsches“ - die Wahl des richtigen Zeitpunktes

„Wo immer ein revolutionäres Volk einer schwachen Regierung gegenübersteht, kommt unausbleiblich früher oder später der Moment, da jede Handlung der Regierung die Massen erbittert und jede Unterlassung ihre Verachtung weckt.

(...) hatte General Werchowski darauf hingewiesen, daß man die Alliierten zwingen müsse, einen Friedensvorschlag zu machen, weil die russische Ar-

2 John Reed, a.a.O., S. 15

3 John Reed, a.a.O., S. 7

mee nicht länger kämpfen könne... Sowohl in Rußland wie im Auslande war die Sensation ungeheuer. Werchowski erhielt ‚unbeschränkten Krankenurlaub‘ (...)

In den Fabriken, in den Arbeitervierteln propagierten die Bolschewiki ihre Parole: ‚Alle Macht den Sowjets‘, während die Agenten der Schwarzhunderter unaufhörlich zur Abschächtung der Juden, Geschäftsinhaber und sozialistischen Führer hetzten. Auf der einen Seite die monarchistische Presse, blutige Unterdrückungsmaßregeln fordernd, auf der anderen Seite Lenins mächtige Stimme: ‚Aufstand! ... man darf nicht länger warten!‘ (...)

Die Regierung wurde von Tag zu Tag hilfloser. Selbst die Stadtverwaltung hörte auf zu funktionieren. Die Spalten der Morgenzeitungen waren voll von Nachrichten über verwegene Raubüberfälle und Morde. Den Banditen geschah absolut nichts. Andererseits begannen die Arbeiter einen Sicherheitsdienst zu organisieren.“<sup>4</sup>

Die Geschichte lehrt uns, dass eine soziale Revolution nur dann stattfinden kann, wenn eine gesamtgesellschaftliche Krise herangereift ist. Dies war im Oktober 1917 in Russland der Fall. Die demokratische, „linke Revolutionsregierung“ hatte acht Monate nach dem Sturz des Zaren völlig abgewirtschaftet. Die Wahl des richtigen Zeitpunktes für den entscheidenden Sturmangriff zur Eroberung der politischen Macht ist eine der schwierigsten Fragen der revolutionären Strategie. Verbunden wird diese Frage allgemein mit dem Begriff des „bewaffneten Aufstands“.

Aufstand klingt heroisch. Der Aufstand – das ist echter Kampf, der offene Bürgerkrieg! Militärphilosophisch gesehen ist der Aufstand die Entscheidungsschlacht im asymmetrischen Krieg zwischen der subversiven Bewegung und der herrschenden Klasse, die sich auf den Staatsapparat und die Armee stützt.

Wie ist aber ein Aufstand zu bewerten, der die Bedürfnisse des Publikums nach dem blutigen Spektakel nicht erfüllt? Eine verbreitete bürgerliche Kritik an der Oktoberrevolution lautet, dass diese überhaupt keine echte Revolution, kein Aufstand gewesen sei. Vielmehr habe die straff organisierte Minderheit der Bolschewiki schlicht durch einen Putsch die Macht an sich gerissen.

Unsere Gegenfrage lautet: Ja und, wenn es so gewesen ist, was war daran schlecht oder falsch? Was gibt es daran zu kritisieren, dass die Entscheidungsschlacht im November 1917 in Petrograd und Moskau dank der überlegenen Taktik der Bolschewiki mit minimalem Blutvergießen entschieden werden

konnte?

Hier greift doch die alte Erkenntnis des chinesischen Kriegsphilosophen Sun Tsu „Wahrhaft siegt, wer nicht kämpft“ bzw. konkreter formuliert im Abschnitt ‚Der überlegte Angriff‘:

„Der kluge Führer wird die Truppen des Feindes ohne Kampf bezwingen; er vereinnahmt seine Städte ohne Belagerung; er besiegt der anderen Reich ohne langen Kampf auf dem Schlachtfeld. Mit seinen vollständigen Kräften wird er sich gegen den Regierenden im feindlichen Reich wenden, und sein Triumph wird vollkommen sein, ohne dass er einen einzigen Mann verliert. Das aber ist die Art des überlegten Angriffs.“<sup>5</sup>

Das bürgerliche Argument des „Putsches“ richtet sich in Wahrheit also gegen seine Urheber. Es sagt letztlich nichts anderes aus, als dass die Bolschewiki unter Führung Lenins die Kunst der revolutionären Kriegsführung und der „großen Strategie“ (der sogenannten Staatskunst) perfekt beherrscht haben. Ursache dafür ist, neben sicherlich gegebenen Führungsqualitäten von Lenin, vor allem die Anwendung der Dialektik als Methode zur Erforschung der Wirklichkeit. Mit Hilfe dieser Wissenschaft konnte Lenin nicht nur im Herbst 1917 das schmale Zeitfenster von wenigen Tagen für eine welthistorische Gelegenheit korrekt bestimmen, sondern auch später diese Erfahrung in der bekannten bolschewistischen Revolutionstheorie verallgemeinern.

Das strategische Problem der zutreffenden Bestimmung des Zeitpunktes für den Aufstand als einer Entscheidungsschlacht hängt demnach von einer spezifischen Gemengelage objektiver und subjektiver Faktoren ab, die gegeben sein müssen:

„Welches sind, allgemein gesprochen, die Anzeichen einer revolutionären Situation? Wir begehen sicherlich keinen Fehler, wenn wir auf folgende drei Hauptmerkmale hinweisen:

1. Unmöglichkeit für die herrschenden Klassen, ihre Herrschaft in der unveränderten Form aufrechtzuerhalten (...) Für den Ausbruch einer Revolution genügt es gewöhnlich nicht, daß ‚die unteren Schichten‘ nicht mehr in der alten Weise leben wollen, sondern es ist auch noch erforderlich, daß die ‚Oberschichten‘ nicht mehr in der alten Weise leben ‚können‘.

2. Verschärfung der Not und des Elends der unterdrückten Klassen über das gewohnte Maß hinaus.

3. Infolge der angeführten Ursachen – beträchtliche Steigerung der Aktivität der Massen, die sich in einer ‚friedlichen‘ Epoche wohl ruhig ausplündern

4 John Reed, a.a.O., S. 83 bis 88

5 Sun Tsu, Über die Kriegskunst, Marix Verlag, Wiesbaden 2005, S. 39

lassen, in stürmischen Zeiten aber durch die Gesamtheit der Krisenverhältnisse, ebenso aber auch durch die ‚Spitzen‘ selbst zu selbständigem historischem Handeln angetrieben werden. (...)

Weil nicht aus jeder revolutionären Situation eine Revolution entsteht, sondern nur aus einer Situation, in der zu den oben aufgezählten objektiven Wandlungen noch eine subjektive hinzukommt, nämlich: die Fähigkeit der revolutionären Klasse zu revolutionären Massenaktionen, die genügend stark sind, um die alte Regierungsgewalt zu zerschlagen (oder zu erschüttern), die niemals, selbst in der Epoche der Krisen, nicht ‚fällt‘, wenn man sie nicht ‚fallen läßt‘.“<sup>6</sup>

### Objektive Einschätzung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse - den Feind und die eigene Armee kennen

„Die ganze Frage war: Was werden die Bolschewiki tun? Gerüchte liefen um, daß sie eine bewaffnete Demonstration der Arbeiter und Soldaten planten. Die bürgerliche und reaktionäre Presse sagte einen Aufstand voraus und forderte von der Regierung die Verhaftung des Petrograder Sowjets. (...)

Das ZK der bolschewistischen Partei diskutierte die Frage des Aufstands. (...) Von den Intellektuellen waren nur Lenin und Trotzki für den Aufstand. Selbst Militärfachleute lehnten ihn ab. (...)

Da erhob sich mit wutverzerrten Zügen ein Arbeiter: ‚Ich spreche für das Petrograder Proletariat‘, stieß er rauh hervor. ‚Wir sind für den Aufstand, macht was ihr wollt. Aber das eine sage ich euch, wenn ihr gestattet, daß die Sowjets auseinander gejagt werden, dann sind wir mit euch fertig.‘ (...) Eine zweite Abstimmung wurde vorgenommen und – der Aufstand beschlossen.“<sup>7</sup>

„Im Smolny<sup>8</sup> schien die Spannung größer denn je. Trupps von Arbeitern mit Gewehren. Führer mit mächtigen Aktenbündeln, diskutierend, erklärend, Befehle erteilend, während sie mit besorgten Mienen vorübereilten; lebende Wunder von Schlaflosigkeit und Arbeit, unrasiert und schmutzig, mit brennenden Augen. So viel hatten sie zu tun, so unendlich viel. (...)

Es galt den Kampf gegen die Duma und das Komitee zur Rettung des Vaterlandes zu führen, die

Deutschen fernzuhalten, den Kampf gegen Kerenski<sup>9</sup> vorzubereiten, die Provinzen zu unterrichten (...) Und all dies angesichts der Weigerung der Regierungs- und städtischen Angestellten, sich den Anordnungen der Kommissare zu fügen, angesichts der den Dienst verweigernden Post- und Telegraphenbeamten, (...) Kerenski im Anmarsch, die Garnison teilweise eine zweifelhafte Haltung einnehmend, (...) Gegen sich nicht nur die organisierte Bourgeoisie, sondern auch alle anderen sozialistischen Parteien, mit Ausnahme der linken Sozialrevolutionäre (...) Selbst diese unentschlossen, ob sie neutral bleiben sollten oder nicht.

Mit ihnen die Arbeiter- und Soldatenmassen – die Bauern noch eine unbekannte Größe –; aber alles in allem genommen waren sie, die Bolschewiki, eine noch junge Partei, arm an erfahrenen und durchgebildeten Kräften.“<sup>10</sup>

Die strategische Entscheidung über den Zeitpunkt des Aufstands hängt aus Sicht des Marxismus-Leninismus von einer objektiven Einschätzung der gegebenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ab. Das heißt, wir müssen sowohl den Feind, die eigenen Kräfte, als auch das schwankende Zentrum möglichst exakt in ihren jeweiligen Stärken und Schwächen kennen.

Die dafür notwendige Herangehensweise wird in den angeführten Zitaten von John Reed gut beschrieben. Es geht dabei nämlich um die Abgrenzung gegen zwei Abweichungen.

Der Voluntarismus, der häufig die Form des Linksradikalismus annimmt, geht von den subjektiven Wünschen und Bedürfnissen aus. Es mag ja sein, dass wir und unserer Umfeld die Revolution wollen und sogar bereit sind, dafür auch unser Leben zu geben. Das sagt aber noch gar nichts über die objektiven Kräfteverhältnisse aus, solange wir nicht auch den Feind sowie die schwankenden Teile der Massen in unsere Kalkulation einbeziehen.

Der rechte Opportunismus nimmt die scheinbar entgegengesetzte Form eines metaphysischen Objektivismus ein. Damit meinen wir ein Festhalten an isoliert und starr verstandenen gegebenen Kräfteverhältnissen. Diese werden selbst zu Beginn des Aufstands in der Regel für uns ungünstig sein. Schon Clausewitz formulierte den zentralen Grundsatz der Kriegswissenschaft, wonach große (strategische) Erfolge im Krieg nur durch ein großes Risiko zu erringen sind. „Selbst Militärfachleute waren gegen den Aufstand – da erhob sich wutverzerrt ein Arbeiter

6 Lenin, Der Zusammenbruch der II Internationale, LW, Bd. 21, S. 206f

7 John Reed, a.a.O., S. 74 bis 79

8 Das Smolny-Institut war unter dem Zar eine berühmte Klosterschule, die einige Kilometer außerhalb der Stadt am Ufer des Flusses Newa lag. Sie war nach der Februar-Revolution von den revolutionären Organisationen der Arbeiter und Bauern übernommen worden. Im Oktober 1917 befand sich dort das Hauptquartier der Bolschewiki.

9 Kerenski war Mitglied der Sozialrevolutionären Partei und Chef der Provisorischen Regierung, die nach dem Sturz des Zaren in der Februarrevolution an die Macht gekommen war.

10 John Reed, a.a.O., S. 177



*Sturm auf den Winterpalais am 7. November 1917*

(...)“ - was sagt uns dieses wahrheitsgetreue Bild, das uns John Reed überliefert hat?

Die nüchterne Mathematik der Abwägung der Kräfteverhältnisse in der gegebenen Lage wird in der realen Politik (fast) immer gegen uns stehen. Deshalb müssen wir auf die Dynamik der Situation setzen, auf Kräfte, die durch unser entschlossenes Handeln „geschaffen“ werden. Dies sind keine Fantasiekräfte, die unseren Träumen entspringen, sondern Kräfte, die potenziell in der gesellschaftlichen Krise als Möglichkeit vorhanden sind. Sie werden durch unsere von den Massen aufgegriffene Initiative zur Wirklichkeit.

Anders ausgedrückt: Die revolutionäre Kunst besteht darin, in der Unterlegenheit zu siegen! Dies klingt voluntaristisch, ist es aber nicht. Vielmehr können wir mithilfe der Dialektik durch das Erkennen und Ausnutzen der objektiven Gesetze gesellschaftlicher Klassenkämpfe diese Kunst erlernen!

### Die kommunistische Partei – eine politisch-militärische Kampfmaschinerie

Aus Platzgründen möchten wir an dieser Stelle das leninistische Organisationskonzept der Partei neuen Typs bei den LeserInnen als bekannt voraussetzen.<sup>11</sup>

Dass mit bürgerlichen Wahlvereinen/Parteien keine Revolution zu machen ist, ist für jeden denkenden Menschen leicht zu erfassen. Der Unterschied zwischen den Debattierclubs der linken Schwätzer, die große Reden schwangen und nicht wussten, was sie tun sollten, und einer zentral geführten Kampforganisation, die einem gemeinsamen Plan folgend und einheitlich handelnd die Macht an sich riss und verteidigte, wird von John Reed zutreffend herausgearbeitet.

11 Für NeueinsteigerInnen mögen unsere Broschüren 'Ein Gespenst kehrt zurück - Kommunistische Partei des 21. Jahrhunderts' und 'Die Bolschewisierung der Kommunistischen Partei Deutschlands'. – beide stehen auf [www.komaufbau.org](http://www.komaufbau.org) zum Download bereit - einen Einstieg ermöglichen. Darüber hinaus gilt es natürlich die Originaltexte studieren.

Auch in diesem Aspekt der Strategie gibt es eine linke Abweichung, nämlich die linksradikale Verabsolutierung der Gewalt. Daraus leitet sich ein einseitiges Organisationsverständnis ab, dass letztlich nur die Armee anerkennt. Selbstverständlich war die Oktoberrevolution (vom anschließenden Bürgerkrieg ganz zu schweigen) ein blutiger Kampf. Trotzdem wurde er von den Bolschewiki mittels einer politisch-militärischen Kampforganisation geführt, bei der die Politik zu jeder Zeit das Gewehr geführt hat. Dies wird u.a. in der dokumentarischen Erzählung von John Reed deutlich, wenn er immer wieder beschreibt, wie politische Versammlungen, der propagandistische ‚Kampf um die Köpfe der Massen‘, Verhandlungen und wechselnde Bündnisse ständiger Begleiter der militärischen Kämpfe gewesen sind.

Wie die politisch-militärische Kampfmaschinerie der Bolschewiki in der Praxis funktioniert hat, lassen nachfolgende Beschreibungen erahnen:

„Von hier aus eilte ich zum Smolny. Im Zimmer Nr. 10 tagte in Permanenz das Revolutionäre Militärkomitee<sup>12</sup>, unter dem Vorsitz eines achtzehnjährigen jungen Menschen, Lasimir mit Namen. (...)

Sämtliche Telefonleitungen waren, wie er mir sagte, zerschnitten. Aber mit den Kasernen und Fabriken war vermittels Feldtelefonen eine provisorische Verbindung hergestellt worden. Ununterbrochen kamen und gingen Kuriere und Kommissare. (...)

Unten im Büro der Fabrikkomitees, unterzeichnete Seratow unermüdlich Anweisungen für das Staatsarsenal auf Lieferung von Waffen an die Arbeiter – je Fabrik einhundertfünfzig Gewehre. (...)

Der Petrograder Sowjet tagte ununterbrochen Tag und Nacht. Als ich in den großen Saal eintrat, hörte ich noch den Schluß einer Rede Trotzki's. ‚Wir wissen, daß unsere den Leuten des Provisorischen Kabinetts anvertraute Regierung eine erbärmliche und hilflose Regierung ist, die es so schnell wie möglich hinwegzufegen gilt, um Platz zu machen für eine wirkliche Volksregierung. (...)‘ Unter lebhaften Beifall teilte er dann mit, daß sich die linken Sozialrevolutionäre bereit erklärt hätten, eine Vertretung in das Revolutionäre Militärkomitee zu entsenden.<sup>13</sup>

„Gegen vier Uhr früh traf ich in der Vorhalle Sorin mit einem Gewehr. ‚Wir marschieren‘ sagte er ernst, aber augenscheinlich befriedigt. ‚Wir haben den Vizejustizminister und den Kulturminister festgesetzt; sie sind unten im Keller. Ein Regiment ist weg, um die Telefonzentrale zu besetzen, ein anderes zur Telegrafagentur und ein drittes zur Staatsbank. Auch die Rote Garde ist unterwegs.‘ Als wir auf die Treppe

12 Das Revolutionäre Militärkomitee war der Name für die zentrale Aufstandsleitung

13 John Reed, a.a.O., S. 103 bis 105



*Verbrüderung von Frontsoldaten*

hinaustraten, sahen wir die rote Garde vorbeiziehen (...) Hinter uns lag der Smolny, hell erleuchtet und summend wie ein riesiger Bienenkorb.“<sup>14</sup>

„Aller Hindernisse ledig, war das Revolutionäre Militärkomitee jetzt fieberhaft tätig, zahllose Befehle, Aufrufe und Gesetze ins Land zu schleudern. Die Beamten wurden aufgefordert, auf ihren Posten zu bleiben, und schwere Strafen wurden ihnen angedroht für den Fall, daß sie sich dessen weigerten. Plünderung, Unruhen und Spekulation waren bei Todesstrafe verboten.“<sup>15</sup>

### Die Führung – den Weg weisen und das Steuer festhalten

Führung ist eine notwendige Funktion jeder sozialen bzw. politischen Bewegung. Sie entsteht, wenn ein Problem auftaucht, für das eine Lösung gefunden werden muss. Da Lösungen finden etwas Kreatives ist, werden bestimmte Menschen aufgrund ihrer Charaktereigenschaften, ihres Bewusstseins und ihrer Erfahrungen in der konkreten Situation die Führung übernehmen. Zahlreiche Erfahrungen in der Geschichte haben bewiesen, dass es im politischen Kampf wie im Krieg zweckmäßig ist, die Führung den fähigsten MitstreiterInnen zu übertragen. Am fähigsten sind diejenigen, die in der gegebenen Situation am besten die Funktion erfüllen, die Lösung zu finden, den Weg zu weisen und das Steuer festzuhalten. Das klingt wie eine Tautologie, ist aber das einzig objektive Kriterium.

FührerInnen sind also z.B. nicht diejenigen, die viele Verdienste haben, am lautesten schreien, blind vorwärts stürmen, sich patriarchal als Macker, d.h. zumeist männliche Machtmenschen durchsetzen können, ihre Position in der Hierarchie aus egoistischen Gründen verteidigen – und was es sonst noch an Gründen gibt, warum in der bürgerlichen Gesellschaft meistens die Falschen an der Spitze stehen.

Kommunistische Führung ist in jeder Hinsicht das Gegenteil der bürgerlichen Führung. Alle rechten Abweichungen im Bezug auf Führung als strategisches Element gehen in der einen oder anderen Art auf ein bürgerliches Führungsverständnis zurück.

Die linksradikale Abweichung kommt in der Regel mit großem Geschrei und einem simplen Vorschlag an: Nieder mit den FührerInnen, wir entscheiden selbst! Wir sind keine blinden Schafe, die den großen FührerInnen folgen – solche Polemiken werden gegen den Marxismus-Leninismus, der die objektive Notwendigkeit von Führung verteidigt, gerne vorgebracht. Lenin hat in der gegen die deutschen Linksradikalen geschriebenen Polemik ‚Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus‘ ausführlich dazu Stellung genommen. Wir verweisen hier auf seine nach wie vor richtige Argumentation, die angesichts der Vorherrschaft der Basisdemokratie und Plenumskultur in der politischen Widerstandsbewegung in Deutschland klingt, als sei sie nicht im April 1920, sondern vor zwei Monaten geschrieben worden.

Zum Verständnis der kommunistischen Führung wollen wir hier ein längere Schlüsselstelle wiedergeben, die sehr anschaulich zeigt, was eine gute Führung ausmacht. Zunächst zum besseren Verständnis eine kurze Beschreibung der konkreten Lage am 8. bis 10. November 1917 in Petrograd und Russland, direkt im Anschluss an die Erstürmung des Winterpalais vom 7. November:

„An der revolutionären Front herrschte offensichtlich größte Verwirrung (...)

Seit sechsunddreißig Stunden waren nun die Bolschewiki von dem übrigen Rußland abgeschnitten. Die Eisenbahner und Telegrafbeamten weigerten sich, ihre Anordnungen weiterzugeben. (...)

Aber die Ausbreitung des Aufstandes ging mit märchenhafter Schnelligkeit vor sich. (...) Die Entwicklung war überall gleich. Die große Mehrheit der gemeinen Soldaten und die Industriearbeiter unterstützen die Sowjets, während die Offiziere und die Mittelklasse im allgemeinen, ebenso wie die bürgerlichen Kadetten und die ‚Gemäßigten‘ Sozialisten, sich auf die Seite der Regierung stellten. (...)

Wenn jemals Männer allein gestanden haben, so war es die ‚Handvoll Bolschewiki‘ an jenem trüben, kalten Morgen in den von allen Seiten wild über sie hinbrausenden Stürmen. Mit dem Rücken gegen die Wand kämpfte das Revolutionäre Militärkomitee um sein Leben. ‚De l’audace, encore de l’audace, et toujours de l’audace‘<sup>16</sup> (...) Um fünf Uhr morgens

<sup>16</sup> Kühnheit, Kühnheit und abermals Kühnheit -so lautet der berühmte Ausspruch Dantons über die Verteidigung der französischen Revolution, der bereits von Engels zitiert

<sup>14</sup> John Reed, a.a.O., S. 118f

<sup>15</sup> John Reed, a.a.O., S. 165f

besetzten Rotgardisten die Räume der Stadtdruckerei, beschlagnahmten Tausende von Exemplaren des Protestaufrufs der Duma. Alle bürgerlichen Zeitungen waren verboten.<sup>17</sup>

Die schwierige Lage wirkte auf das Bewusstsein der Beteiligten zurück. Selbst innerhalb der Bolschewiki bildete sich eine Opposition, die schwankte und plötzlich einen Kompromiss mit den bürgerlichen und linksreformistischen Kräften suchte. Außer bei den Konterrevolutionären (den Monarchisten und bürgerlichen Kadetten), die genau wussten, was sie wollten und auf ihre Chance warteten, herrschte also ein riesiges Durcheinander. Alle palaverten wild durcheinander, entwickelten im Studentakt, meistens undurchführbare und sich oft widersprechende Vorschläge. Sie waren sich nur einig in der Kritik an den Bolschewiki, die den ganzen Schlamassel herbeigeführt hätten. Die Revolution würde untergehen und sie mit ihr, und das alles nur wegen des unverantwortlichen Abenteurers Lenin.

Kommunistische Führung bedeutet die Lösung finden, den Weg weisen und das Steuer festhalten – lesen wir, wie Lenin an jenem kritischen Wendepunkt der Ereignisse geführt hat:

„Es war 8 Uhr 40, als ein Ausbruch jubelnder Begeisterung den Eintritt des Präsidiums mit Lenin in seiner Mitte ankündigte. Ein Volksführer eigener Art – Führer nur dank der Überlegenheit seines Intellekts; nüchtern, kompromißlos und über den Dingen stehend, ohne Effekthascherei – aber mit der Fähigkeit, tiefe Gedanken in einfache Worte zu kleiden und konkrete Situationen zu analysieren. Sein Scharfsinn ist verbunden mit größter Kühnheit des Denkens. (...)“

Noch einmal ein Vertreter vom ‚Bund‘: ‚Die unachgiebige Haltung der Bolschewiki wird den Zusammenbruch der Revolution zur Folge haben. (...)‘

Darauf der Vertreter der Menschewiki-Internationalisten, von erstaunten Zurufen empfangen: ‚Auch ihr noch hier?‘ ‚Wir erachten die Übernahme der Macht durch die Sowjets für gefährlich, ja sogar für tödlich für die Revolution.‘ (Lebhafte Zurufe.) ‚Aber wir bleiben im Kongreß, um hier gegen die Übernahme zu stimmen.‘ Andere Redner folgten, offenbar ohne bestimmte Anweisungen, welche Stellung sie einnehmen sollten. (...)“

Und nun stand Lenin vorn, wartend, bis der minutenlange, ihm offensichtlich gleichgültige Beifallsturm sich gelegt haben würde. Als er endlich beginnen konnte, sagte er einfach:

‚Wir werden jetzt mit dem Aufbau der sozialisti-

---

wurde und seitdem zum festen Bestandteil der marxistischen Revolutionstaktik geworden ist.

17 John Reed, a.a.O., S. 206 bis 209

schon Ordnung beginnen. Das erste ist die Durchführung praktischer Maßregeln zur Verwirklichung des Friedens. Die Frage ‚Krieg und Frieden‘ ist so einfach, daß ich glaube, die beabsichtigte Formulierung eines Aufrufs an die Völker der kriegsführenden Staaten hier ohne Vorrede verlesen zu können:

(...) Der Friedensvorschlag wird auf den Widerstand der imperialistischen Regierungen stoßen. Wir machen uns darüber keine Illusionen; aber wir hoffen auf den baldigen Ausbruch der Revolution in allen kriegsführenden Ländern. (...) die Arbeiterbewegung wird, im Namen des Friedens und des Sozialismus, den Sieg davontragen und ihre Mission vollenden (...) In seiner Art zu sprechen lag etwas Ruhiges und Machtvolles, das die Seelen der Männer aufwühlte. (...) Als erster sprach Karelin für die linken Sozialrevolutionäre: ‚Unsere Partei hatte keine Gelegenheit, Abänderungen zum Text des Aufrufs vorzuschlagen; es ist ein privates Dokument der Bolschewiki. Wir werden jedoch dafür stimmen (...)‘

Für die Sozialdemokraten-Internationalisten sprach Kmarow, lang aufgeschossen, mit hängenden Schultern und kurzsichtig – ausersehen, die traurige Rolle des Clowns in der Opposition zu spielen. Nur eine Regierung, gebildet aus allen sozialistischen Parteien, sagte er, wäre autorisiert, eine derart wichtige Aktion zu unternehmen. Ein Redner folgte dem anderen. Jemand verlangte das Wort: ‚Ich sehe hier einen Widerspruch. Erst sprechen sie von einem Frieden ohne Annexionen, und dann erklären Sie sich bereit, alle Friedensbedingungen zu prüfen.‘

Sofort erhob sich Lenin: ‚Wir wünschen einen gerechten Frieden. Aber wir fürchten nicht den revolutionären Krieg. Wenn das deutsche Proletariat hören wird, daß wir bereit sind, alle Friedensbedingungen zu prüfen, dann wird das vielleicht der letzte Tropfen sein, der den Krug zum Überlaufen bringt, und in Deutschland wird die Revolution ausbrechen. Für einige unserer Bedingungen werden wir bis zu Ende kämpfen; aber für andere wird es vielleicht unmöglich sein, den Krieg fortzusetzen. Vor allem aber: Wir wünschen, den Krieg zu beenden...‘

Um zehn Uhr fünfunddreißig Minuten forderte Kamenew alle, die mit der Proklamation einverstanden waren, auf, ihre Karten in die Höhe zu heben. (...)“

Und plötzlich, einem gemeinsamen Impuls folgend, hatten wir uns erhoben und sangen die Internationale. Ein alter graubärtiger Soldat schluchzte wie ein Kind. Alexandra Kollontai unterdrückte rasch Tränen. Der Gesang war vorüber, und wir standen da in einer Art linkischen Schweigens.<sup>18</sup>

---

18 John Reed, a.a.O., S. 180 bis 188

## Die Revolution wird von den Massen gemacht – sie ist kein kommunistischer Aufstand

Partei, Führung, politisch-militärische Kampforganisation – wir haben diese Aspekte der Strategie bewusst zuerst behandelt, da sie heute in Deutschland unter dem Druck des bürgerlichen Antikommunismus auch in der revolutionären und kommunistischen Bewegung nicht bzw. oft falsch verstanden werden.

Das grundlegende an der bolschewistischen Revolutionsstrategie ist jedoch, dass es sich bei der sozialistischen Revolution um eine Massenaktion des Proletariats handelt. Partei neuen Typs, Führung usw., das alles dient dazu, ein leitendes Zentrum für die gesamte proletarische Bewegung zu schaffen, damit sie einheitlich handeln kann. Erfolgreich handeln aber, das können und müssen die Massen der ArbeiterInnen und die anderen unterdrückten Klassen in einer selbständigen Aktion. Die KommunistInnen können das nicht stellvertretend für sie tun.

### Massenagitation als Waffe im Bürgerkrieg

Deshalb verwendeten die Bolschewiki ein Großteil ihrer Kräfte auf die Massenagitation, die in gewissem Sinne auch entscheidend für den Ausgang gewesen ist.

„Ganz Rußland lernte lesen. Und es las – Politik, Ökonomie, Geschichte. Das Volk wollte Wissen (...) In jeder Großstadt, fast in jeder Stadt, an der ganzen Front hatte jede politische Partei ihre Zeitung, manchmal mehrere Hunderttausende von Flugblättern wurden von Tausenden Organisationen verteilt, überschwemmten die Armee, die Dörfer, die Fabriken, die Straßen. Der Drang nach Wissen, solange



Massenversammlung

unterdrückt, brach sich in der Revolution mit Ungestem Bahn. (...)

In den Versammlungen wurde jeder Versuch, die Redezeit einzuschränken, abgelehnt. Jedermann hatte vollkommene Freiheit, auszusprechen, was er auf dem Herzen hatte (...)“<sup>19</sup>

„Wo fahren sie hin?“ schrie ich hinauf. „Überall hin! Durch die ganze Stadt!“ antwortete frohlockend ein kleiner Arbeiter. „Fahren sie mit uns!“ luden sie uns ein. „Aber vielleicht wird auf uns geschossen werden.“ Der Wagen ruckte vorwärts, und wir fielen nach hinten auf die noch während des Fahrens Nachkletternden. Ein Genosse riß von einem Bündel die Umhüllung ab und begann Händevoll Zeitungen aus dem Wagen zu werfen. Wir taten es ihm nach, auf diese Weise einen dicken Schweif flatternder weißer Blätter hinter uns herziehend, während wir durch die dunklen Straßen ratterten (...)“<sup>20</sup>

„An den Seiten die dunklen Silhouetten riesiger Panzerwagen. Einer stand in der Mitte der Halle, direkt unter der Lampe, und um ihn herum waren an die zweitausend wettergebräunte Soldaten versammelt. (...)

Ein Dumadelegierter plädierte für Neutralität. Sie hörten ihm zu, aber voller Mißtrauen, fühlten, daß er nicht zu ihnen gehörte. Niemals wieder sah ich Männer so ängstlich bemüht, zu begreifen und richtig zu entscheiden, unbeweglich, in fast bedrohlicher Spannung auf die Redner starrend, die Augenbrauen zusammengezogen in der Anspannung des Nachdenkens, die Stirnen schweißbedeckt; (...)

Jetzt sprach ein Bolschewiki, einer von ihren eigenen Leuten, heftig, haßerfüllt. Sie hörten ihm mit mehr Sympathie zu als den anderen. Seine Art entsprach nicht ihrer Stimmung. (...)

Währenddessen kletterte der Volkskommissar für das Heer an der Seite auf den Wagen empor. Nur mit größter Willensanstrengung hielt Krylenko sich, während er redete, aufrecht; aber die ihn beseelende tiefe und ehrliche Begeisterung begann allmählich trotz seiner Ermüdung ihre Wirkung auf die Versammlung auszuüben. (...)

Derselbe Kampf spielte sich in allen Kasernen der Stadt ab, in allen Bezirken, an der ganzen Front, in ganz Rußland. Solcher Krylenkos gab es viele; nie zum Schlafen kommend, von Ort zu Ort eilend, die Regimenter überwachend, überredend, drohend, beschwörend. (...) In dem weiten Land Hunderttausende russischer Männer, Arbeiter, Bauern, Soldaten, Matrosen, um die Redner geschart, mit ungeheurem Willensaufwand zu begreifen, zu wählen

19 John Reed, a.a.O., S. 50f

20 John Reed, a.a.O., S. 144f



*Barrikadenkampf in St. Petersburg*

bemüht, angespannt nachdenkend – und zu guter Letzt so einmütig entscheidend. So war die russische Revolution...“<sup>21</sup>

### Revolutionäre Massenaktion

Dass die Bolschewiki keine Sekunde die alles entscheidende Bedeutung der Massen vergessen hatten und in der rastlosen Massenagitation – damals noch ohne Internet und Massenmedien – ein neues Element in die Strategie einführten, sollte sich im kritischsten Moment der Oktoberrevolution auszahlen. Kerenski, der Chef der abgesetzten Provisorischen Regierung führte reguläre Armeeeinheiten gegen Petrograd heran. Lesen wir, wie der Kampf entschieden wurde:

„Hinter der scheinbaren Zuversicht verbarg sich jedoch ein dumpfes Gefühl der Unruhe. Kerenskis Kosaken näherten sich schnell. Sie verfügten über Artillerie. Losowski, mit seinem mageren, rotbärtigen Gesicht, sagte: ‚Was haben wir für Aussichten? Wir stehen allein. Ein unorganisierter Haufen gegen geschulte Soldaten. (...) Zu Zehntausenden strömten die Arbeiter, Männer und Frauen heraus. Das Rote Petrograd war in Gefahr! ‚Die Kosaken!‘ Nach Südwesten strömten sie durch armselige Straßen: Männer, Frauen und Kinder mit Gewehren, Picken, Spaten, Drahtrollen, Patronengürtel über ihrer Arbeitskleidung. Ein machtvollerer, spontanerer Aufmarsch einer ganzen Stadt war nie gesehen worden! Das revolutionäre Proletariat, bereit, mit seiner Brust die Hauptstadt der Arbeiter- und Bauernrepublik zu verteidigen. (...)

Als wir den Newski passierten, sahen wir die Rotgardisten hinaufmarschieren, alle bewaffnet, einige mit Seitengewehren, andere ohne. Die frühe Däm-

merung des Winterabend sank herab. Mit stolz erhobenen Köpfen stampften die Rotgardisten durch den Schneeschlamm der Straßen, in unregelmäßigen Viererreihen, ohne Musik, ohne Trommeln. Über ihnen flatterte eine rote Fahne, auf der in plumpen goldenen Lettern zu lesen war: ‚Frieden! Land!‘ Sie waren sehr jung; aber der Ausdruck auf ihren Gesichtern war der Ausdruck von Männern, die wußten, daß sie zum Sterben gingen.“<sup>22</sup>

„Die ganze Nacht hindurch wanderten über die öden Flächen führerlose Haufen von Soldaten und Rotgardisten, lärmend und verwirrt. Die Kommissare des Revolutionären Militärkomitees eilten von Gruppe zu Gruppe, fieberhaft tätig, um so etwas wie Organisation in die Verteidigung zu bringen.“<sup>23</sup>

„Montag, der 12., war ein Tag des Zweifelns. Die Augen ganz Rußlands waren auf die graue Ebene jenseits der Tore Petrograds gerichtet, wo alle verfügbaren Kräfte der alten Ordnung gegen die noch unorganisierte Macht der neuen, noch unbekanntenen, aufmarschiert waren.“<sup>24</sup>

„Dienstag morgen. Aber wie war das möglich? Noch vor zwei Tagen war die Umgebung Petrograds voll von führerlos umherirrenden Truppen, ohne Lebensmittel, ohne Artillerie, ohne Plan. Welche geheimnisvolle Macht hat die desorganisierte und undisziplinierte Masse von Rotgardisten und Soldaten ohne Offiziere in eine Armee zu verwandeln vermocht, die, den Anordnungen ihrer selbstgewählten Führer folgend, sich als fähig erwiesen hat, den wütenden Ansturm von Kanonen und Kosakenkavallerie nicht nur auszuhalten, sondern siegreich abzuschlagen?

Die Geschichte lehrt uns, daß revolutionäre Völ-

<sup>22</sup> John Reed, a.a.O., S. 240 bis 245

<sup>23</sup> John Reed, a.a.O., S. 252

<sup>24</sup> John Reed, a.a.O., S. 271

<sup>21</sup> John Reed, a.a.O., S. 218 bis 223

ker seit je her der militärischen Routine zu trotzen wußten. (...)

Als Sonntagnacht die Kommissare verzweifelt aus dem Felde zurückkehrten, wählte die Petrograder Garnison ihren Stab: ein Fünferkomitee, drei Soldaten, zwei Offiziere, sämtlich zuverlässige Revolutionäre. (...) In Kolpino (...) wurden provisorische Truppenkörper gebildet, die die in der Umgebung umherirrenden Haufen an sich zogen und zu stattlicher Größe anwuchsen. (...)

Dann erhob sich über die öde Fläche das Tosen der Schlacht. Sie eilten am Kampfe teilzunehmen. Und so sammelten sich ganz automatisch an allen Angriffspunkten in ihrer Kampfbegeisterung kaum zu haltende Menschenmassen, von den Kommissaren empfangen und den strategischen Notwendigkeiten entsprechend auf die Stellungen verteilt. Sie wußten: Das hier war ihre Schlacht, hier kämpfen sie für ihre Welt, die Offiziere hatten sie sich selbst gewählt, und damit war aus dem zusammenhanglosen Hin und Her der unzähligen Einzelwillen ein einziger Wille geworden.

Von allen, die Augenzeugen der Kämpfe gewesen sind, habe ich dasselbe gehört: wie die Matrosen schossen, bis ihnen die Patronen ausgingen, und dann vorwärtsstürmten; wie die unausgebildeten Arbeiter die wütenden Angriffe der Kosaken zurückschlugen, sie von ihren Pferden reißend; wie in der Dunkelheit unübersehbare Volksmassen sich um die Schlacht sammelten und dann, einer Sturmflut gleich, plötzlich über den Feind herbrausten.<sup>25</sup>

### Die Rolle der Technologie und ihrer Weiterentwicklung

Als letzten Aspekt wollen wir noch die Rolle der Technologie, konkret der Kommunikationstechnik, betrachten. Im Hinblick auf die Revolutionsstrategie geht es uns dabei vor allem darum aufzuzeigen, dass nichts bleibt wie es ist. Da die Dinge immer im Fluss der unaufhörlichen Veränderung und Entwicklung sind, können wir nicht bei der (glorreichen) Vergangenheit stehen bleiben. Es gibt keine Kochrezepte, die wir einfach nur kopieren könnten.

Die rechte Abweichung in diesem Aspekt wird die Rolle der Technologie überbewerten und - heute angesichts von Cyberwar und Kampfrobotern - vermutlich bei der Erkenntnis enden, dass eine Stadt durch Aufständische nicht erobert werden kann.

Die linke Abweichung endet meist im Dogmatismus und tendiert dazu, die realen Probleme eher zu leugnen, vor die die elektronische Kriegsführung

eine Aufstandsbewegung zukünftig stellen wird.

Wir wissen nicht, wann es zur sozialistischen Revolution und zum Kampf um die Hauptstadt Berlin kommen wird. Sicher können wir aber heute schon sagen, dass die Technologie eine andere Rolle spielen wird. So wie es sich im Oktober 1917 in Petrograd abgespielt hat, wird sich die Geschichte im 21. Jahrhundert offensichtlich nicht wiederholen!

„Während dieser ganzen Zeit, das darf nicht vergessen werden, war die Regierung, obgleich der Palast umzingelt war, in ständiger Verbindung mit der Front und dem übrigen Rußland. Die Bolschewiki hatten am frühen Morgen das Kriegsministerium eingenommen, aber sie wußten weder etwas von der Telegrafestation in den Bodenräumen, noch wußten sie etwas von der geheimen Telefonverbindung, die es mit dem Winterpalast verband. In dessen Bodenräumen hatte ein junger Offizier den ganzen Tag gesessen und eine Flut von Aufrufen und Proklamationen ins Land hinausgesandt; als er hörte, daß der Palast gefallen war, hatte er einfach die Mütze aufgesetzt und war seelenruhig hinausspaziert (...)“<sup>26</sup>

„Die ermüdeten, blut- und staubbedeckten siegreichen Matrosen und Arbeiter drangen in den Schaltraum ein, wohin viele der hübschen jungen Mädchen sich geflüchtet hatten. Nicht einer wurde Leid zugefügt. Angsterfüllt drängten sie sich in den Ecken zusammen. ‚Bestien, Schweine!‘ kreischten die Mädchen, während sie entrüstet nach ihren Mänteln und Hüten griffen. Wie romantisch hatten sie es gefunden, ihren schneidigen, jungen Rittern, den vornehmen Offizieren die Patronen zuzureichen. Aber diese hier waren doch nur gewöhnliche Arbeiter und Bauern, niederes Volk.

Der kleine Wischnjak, Kommissar des Revolutionären Militärkomitees, versuchte die Mädchen zum Bleiben zu bewegen. Er war äußerst höflich. ‚Ihre Arbeitsbedingungen sind doch so schlecht‘, sagte er. ‚Das wird von jetzt ab anders werden. Man wird ihre Gehälter ab sofort auf hundertfünfzig Rubel erhöhen. Als Angehörige der arbeitenden Klasse sollten Sie darüber froh sein.‘

‚Was, Angehörige der arbeitenden Klasse? Will der Mensch damit sagen, daß es etwas Gemeinsames zwischen uns und diesen – diesen Tieren gebe?‘ Hochmütig verließen die Mädchen das Gebäude.

Die Monteure und Arbeiter der Zentrale blieben. Aber die Schaltapparatur mußte unbedingt bedient werden. Nur ein halbes Dutzend erfahrene Telefonistinnen hatte sich zur Verfügung gestellt. Man rief nach Freiwilligen. Zirka hundert Matrosen, Soldaten und Arbeiter kamen. Die sechs Mädchen rannten hin

25 John Reed, a.a.O., S. 284 bis 286

26 John Reed, a.a.O., S. 154

und her, unterrichtend, helfend, scheltend. Und allmählich begannen, wenn auch mit Ach und Krach, die Drähte zu summen.“<sup>27</sup>

## EINORDNUNG DER OKTOBERREVOLUTION AUS SICHT DER REVOLUTIONSSTRATEGIE

Die Oktoberrevolution war ein Höhe- und Wendepunkt einer ganzen geschichtlichen Epoche. In jenen Tagen, die die Welt erschütterten, lief die gesellschaftliche Entwicklung in hundert-, ja tausendfacher Geschwindigkeit ab. Wie in einem Brennglas spiegelten sich alle Widersprüche einer ganzen geschichtlichen Epoche in den Ereignissen in Petrograd wieder. Das gilt auch für die Strategie, d.h. die Frage nach der Staats- bzw. Kriegskunst.

Selbstverständlich konnten wir hier nur einige Elemente herausgreifen und vieles nur anreißen. Trotzdem kann dieser grobe Überblick genügen, um vor allem eine grundlegende Tatsache heraus zu arbeiten.

Die Revolutionsstrategie der Bolschewiki war ein in sich schlüssiger Gesamtplan, der mit den unterschiedlichsten Mitteln auf den verschiedensten Ebe-

nen von ihnen einheitlich umgesetzt wurde. Auch wenn der Sieg der sozialistischen Revolution ohne den militärischen Sieg in offener Feldschlacht über die Kosakentruppen Kerenskis vor den Toren Petrograds nicht möglich gewesen wäre, so war die ganze Klassenschlacht doch von der Politik bestimmt.

Es gibt bürgerliche Autoren, die behaupten, Lenin sei der erste Politiker/Militär gewesen, der den preußischen Kriegsphilosophen Clausewitz richtig verstanden habe. Darüber kann man verschiedener Meinung sein. Richtig ist aber unzweifelhaft, dass die Bolschewiki unter Lenins Führung die ersten in der Menschheitsgeschichte gewesen sind, die die Strategie, welche historisch gesehen von Militärs entwickelt wurde, dem Krieg entrissen und sie in die (revolutionäre) Politik eingeführt haben.

Der revolutionäre Klassenkampf ist eine Kunst, die den Regeln des Krieges folgt, auch wenn dieser Klassenkrieg mit politischen, psychologischen usw. Mitteln wie mit der organisierten, bewaffneten Gewalt von Streitkräften einheitlich geführt werden muss.

Diese wichtigste Lehre der Oktoberrevolution wollen wir im zweiten Teil mit den Erfahrungen und Revolutionsstrategien der letzten 100 Jahre abgleichen.





# 1917-2017: EINHUNDERT JAHRE REVOLUTIONÄRE STRATEGIE

Aufstand, Stadtguerilla, Volkskrieg  
– oder dialektische Weiterentwicklung?

**D**ie an sich offenkundige Geschichtsfälschung, wonach die Oktoberrevolution mittels eines einmaligen Akt des Aufstands verwirklicht wurde, wird von interessierten bürgerlichen Kreisen immer wieder neu unter das Volk gebracht. Erstaunlicherweise hält sich diese Legende auch in kommunistischen und revolutionären Kreisen hartnäckig. Dabei sollte man dort doch zumindest die Kenntnis über den gescheiterten Moskauer Aufstand 1905 und die erfolgreiche bürgerlich-demokratische Revolution vom Februar 1917, die den Zar stürzte, voraussetzen können. Zwei revolutionäre Zusammenstöße der gesellschaftlichen Klassen in Russland, ohne die es die Oktoberrevolution nie gegeben hätte. Wie man den Sturm auf den Winterpalast von dem sich daran unmittelbar anschließenden dreijährigen Bürgerkrieg trennen will, kann kein Historiker mit Argumenten begründen.

Aber selbst wenn es keinen Bürgerkrieg, keinen Aufstand 1905 und keine demokratische Revolution im Februar 1917 gegeben hätte, kann man die Macht ergreifung durch den Aufstand von der langjährigen Vorarbeit trennen? Das ist doch genauso unsinnig, wie wenn man nach dem im Elfmeterschießen entschiedenen Fußball-Match behaupten würde, das Spiel habe nur wenige Minuten gedauert.

Militärstrategisch betrachtet ersetzt der Aufstand im asymmetrischen Partisanenkrieg zwischen den Rebellen und der Staatsmacht die Entscheidungsschlacht im konventionellen Krieg zwischen Staaten. Die Entscheidungsschlacht lässt sich aber in beiden Fällen nicht vom gesamten Kriegsverlauf trennen, aus dem heraus sie ja erst entsteht!

Wissenschaftlich korrekt muss man festhalten, dass die Oktoberrevolution ein Wendepunkt in einem einheitlichen gesellschaftlichen Prozess des Klassenkampfes in Russland gewesen ist, der eine Zeitspanne von ungefähr 20 Jahren umfasst. Den Beginn kann man ungefähr mit 1901 festlegen, als Lenin in seinem Text ‚Womit beginnen‘ als Vorarbeit zu ‚Was tun?!‘ angefangen hat, die bolschewistische Revolutionsstrategie theoretisch zu entwickeln und praktisch umzusetzen. Das Ende liegt ungefähr im Jahr 1920, als der Krieg gegen die innere und äußere Konterrevolution gewonnen war.

Bereits in ‚Was tun?!‘ entwickelt Lenin in der Auseinandersetzung mit dem Ökonomismus die Zurückweisung der Stadientheorie als falsches strategisches Konzept. Diese Polemik richtete sich keineswegs nur gegen die falsche Auffassung, man müsse zunächst nur ökonomische Propaganda zu den unmittelbaren Tagesnöten der ArbeiterInnen entfalten und könne erst in einem späteren Stadium zu umfassender politischer Propaganda übergehen. Diese Streitfrage war nur der unmittelbare Anlass der Debatte und das bekannteste Beispiel in der kommunistischen Bewegung Russlands um die Jahrhundertwende, welches Lenin aufgegriffen hat. Tatsächlich folgten die Bolschewiki in jeder Phase zwischen 1901 und 1920 immer einer einheitlichen politisch-militärischen Gesamtstrategie.

Diese dialektische Sichtweise muss gegen bürgerliche (d.h. konkret vor allem gegen sozialdemokratische und revisionistische) Sichtweisen verteidigt werden, die metaphysisch an die Frage herantreten. In der Revolutionsstrategie der Bolschewiki kann

man ebenso wenig das Politische vom Militärischen trennen wie man das Militärische auf die Entscheidungsschlacht (d.h. den kurzen Aufstand im Oktober 1917) reduzieren kann. Ein schlagender Beweis gegen die metaphysischen Etappentheoretiker und „Aufstandsfetischisten“, die das Militärische ausschließlich in einer möglichst kurzen Aufstandsphase gelten lassen wollen, um so letztlich ihre bürgerliche Bequemlichkeit einer (mehr oder weniger) legalen Politik zu erhalten, ist die umfassende Militärstrategie der Bolschewiki (siehe Kasten: Der Partisanenkampf bei Lenin).

## DER AUFSTAND ALS TEIL DER REVOLUTIONSSTRATEGIE

Die Fehlinterpretation bzw. Umdeutung der bolschewistischen Revolutionsstrategie zum dogmatisch verengten ‚Aufstandstheorem‘ lässt sich auch anhand der Dokumente zurückweisen.

Im Frühjahr 1928 fand in Moskau eine Besprechung des Organisationsleiters der Kommunistischen Internationalen (KI) mit hochrangigen revolutionären Militär-Experten statt. Dabei ging es darum, ein illegales Lehrbuch der KI zum bewaffneten Aufstand zu verfassen. Im 2. Kapitel „Der Bolschewismus und der Aufstand“ wird die Haltung des Marxismus-Leninismus zusammenfassend dargestellt.

„Es ist nun notwendig, noch auf eine prinzipielle Frage, nämlich die Teilaufstände des Proletariats, einzugehen (...) Engels sagt irgendwo, daß geschlagene Armeen ausgezeichnet lernen. (...) Und gerade unter diesem Gesichtspunkt muß die Frage des Teil- (nicht General-)aufstandes, des teilweisen (nicht überall einsetzenden) bewaffneten Kampfes des Proletariats und der unterdrückten Bauernschaft gegen die herrschenden Klassen betrachtet werden (...)“

Überhaupt darf man nicht glauben, daß das bewaffnete Losschlagen des Proletariats nur zulässig ist, wenn eine hundertprozentige Garantie für den Sieg besteht. Das ist eine Illusion. Der bewaffnete Aufstand ist eine Gefechtsoperation, die sich `auf die Regeln der Kriegskunst´ stützt, und sie kann als solche (wie jede Gefechtsoperation) keine volle Garantie für den Sieg bieten (...)

Die Kommunistische Partei nimmt den leidenschaftlichsten Anteil an jedem Massenkampf, an jedwedem bewaffneten Kampf der Massen, stellt sich an die Spitze der Massen und führt sie in diesem Kampf, unabhängig davon, unter welchen Umständen der Kampf vor sich geht und davon, ob es 100 Prozent Aussicht auf den Sieg bietet, oder ob diese Aussichten nicht bestehen.

Die Partei, als die Avantgarde der Klasse, ist verpflichtet, die Frage der Zweckmäßigkeit oder der Unzweckmäßigkeit einer jeweils sich vorbereitenden Aktion – vor Beginn des Kampfes zu entscheiden und dementsprechend die Agitation in den Massen zu betreiben. Hat der bewaffnete Kampf einmal begonnen, darf es bei der Partei Schwankungen darüber, ob der Kampf zu unterstützen bzw. zu führen ist oder nicht, nicht mehr geben. Die Partei muß in solchen Fällen ebenso handeln, wie Marx während der Pariser Kommune (...)

Aufstände gibt es folgende: siegreiche Aufstände, Massenaufstände, die aber Niederlagen erleiden, den Partisanenkleinkrieg (kleine Geplänkel) und Putsche, d.h. solche Aufstände, die nur von der Partei oder irgend einer anderen Organisation, ohne Beteiligung der Massen, durchgeführt werden.

Die Grundeinstellung, das Kriterium, von der die Partei in ihrer Haltung zu allen diesen Arten des Aufstandes ausgeht, wird dadurch bestimmt, ob an ihnen Massen beteiligt sind oder nicht. Die Partei lehnt Putsche als eine Erscheinungsform kleinbürgerlichen Abenteuerertums ab. Die Partei unterstützt und führt den gesamten Massenkampf, u.a. auch kleine Geplänkel (Partisanenwesen), wenn es sich wirklich um Massenkämpfe handelt. (...) Die Partei unterstützt jedweden Massenaufstand. Wenn jedoch der Aufstand nicht spontan entsteht, sondern von der Partei organisiert wird, wenn die Massen auf den Aufruf der Partei hin den bewaffneten Kampf aufnehmen, trägt letztere vor dem Proletariat die Verantwortung für die richtige Wahl des Momentes des Aufstandes, für die Führung des Kampfes.“<sup>1</sup>

Soweit die KI zur Frage der Teilaufstände und des bewaffneten Kampfes. Trotz dieser glasklaren Haltung, die von jedem Menschen leicht erfasst werden kann, hat sich in der revolutionären und kommunistischen Weltbewegung in den letzten 100 Jahren ein falsches Verständnis durchgesetzt.

Die Revolutionsstrategie wird entweder als kurzer bewaffneter Aufstand nach einer langen politischen Vorbereitungsphase oder als Guerillakrieg im Sinne des Maoismus verstanden. Beides kann die brennende Frage nicht beantworten, wie in einem imperialistischen Zentrum die politische Macht erobert werden soll. Das Stadtguerilla-Konzept hat geschichtlich gesehen ab den 1960er und 70er Jahren versucht, diese Lücke zu füllen. Im nächsten Kapitel stellen wir einige Elemente der genannten Strategien im Überblick dar.

1 Der bewaffnete Aufstand, Nachdruck der Europäischen Verlagsanstalt, 1971, Frankfurt/Main, S. 36 – 40

## ENTWICKLUNG DER REVOLUTIONSSTRATEGIE IN DEN VERGANGENEN 100 JAHREN

### Aufstandsstrategie als zeitliche Etappentheorie

Unter Menschen, die sich als „Marxisten-Leninisten“ bezeichnen, wird der Zusammenhang zwischen revolutionärer Politik und bewaffnetem Aufstand selten offen geleugnet. Stattdessen wird von einigen Organisationen eine Etappentheorie vertreten, wonach in einer sehr langen Vorbereitungszeit nur politische Arbeit zur Gewinnung der Massen auf der Tagesordnung stünde. Stellvertretend für diese Strömung führen wir ein Zitat der inzwischen aufgelösten KPD „Roter Morgen“ aus ihrer theoretischen Schriftenreihe an:

„Reift eine revolutionäre Situation heran, so muß

eine kommunistische Partei die Aufmerksamkeit der Massen auf die sozialistischen Aufgaben des Proletariats lenken (...)

Diese Vorbereitung sofort zu beginnen – das eben ist die Aufgabe in der Periode der herannahenden revolutionären Krise: die Losung nach Enteignung der Banken und Großbetriebe (...) muss den Massen als konkrete Perspektive vermittelt werden.

Ist die revolutionäre Krise herangereift, so werden derartige Losungen zu Aktionslosungen. Aufgabe der politischen Partei des Proletariats ist es dann, den unmittelbaren Angriff zum Sturz der bürgerlichen Herrschaft zu organisieren. Der Aufruf zum Sturz der Bourgeoisie wird schließlich zur Tageslosung, und der politische Kampf mündet in den militärischen.“<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Die Welt begreifen und verändern, (sogenannte „Graue Reihe“), Die kommunistische Partei, Heft 26/27, Zeitungsverlag Roter Morgen, Stuttgart, Januar 2000, S. 39 – 41

# DER PARTISANENKAMPF BEI LENIN

Eine gute Zusammenfassung der leninistischen Position findet man bei dem im katholischen Herder-Verlag 1968 erschienenen monumentalen Nachschlagewerk ‚Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft‘. Dort wird aus bürgerlicher Sicht die kommunistische Ideologie auseinandergenommen und dazu auf einem - im heutigen Zeitalter von „fake news“ und political engineering – kaum noch vorstellbaren qualitativ hohen Niveau argumentiert.

Als Teil der Gegenargumentation wird die kommunistische Position zur jeweiligen Frage samt ihren Veränderungen überwiegend sachlich korrekt und zusammenfassend wiedergegeben.

Während die Revisionisten erst unter Chruschtschow und dann durch Breschnew das Märchen vom „friedlichen Übergang zum Sozialismus“ und der „friedlichen Koexistenz“ in der kommunistischen Weltbewegung verbreiteten, dokumentieren die Katholiken hier wahrheitsgetreu die gegenteilige Haltung Lenins:

Lenin hat sich in seiner mehr als zwei Jahrzehnte währenden Beschäftigung mit Fragen des revolutionären Kampfes mit dem bewaffneten Aufstand, den er nur als „eine besondere Form des politischen Kampfes“ ansah (LW 6, S. 166f), deswegen immer wieder beschäftigt, weil er in ihm die einzige Möglichkeit sah, in Rußland den Sturz des Zarentums herbeizuführen. Den Partisanenaktionen hat er, im

Gegensatz zum individuell orientierten Terror, eine hohe Bedeutung für den Kampf um die Macht zuerkannt. „Der Terror war Rache an einzelnen Personen. Der Terror war eine Verschwörung von Intellektuellengruppen. Der Terror war absolut nicht mit irgendwelchen Massenstimmungen verbunden. Der Terror bildete keine militärischen Führer der Massen heran. Der Terror war das Ergebnis ... des Unglaubens an den Aufstand ...“ (LW 10, S. 106f). Mit dieser Kritik an den Terroraktionen der jungen, revolutionär gesonnenen Intellektuellen des ausgehenden 19. Jahrhunderts stellte Lenin zugleich heraus, worauf es ihm bei bewaffneten Aktionen ankommt, nämlich auf die Schaffung einer Massenbasis für den bewaffneten Aufstand. Dafür erschienen ihm Partisanenaktionen besonders geeignet:

„...Partisanenkrieg, unaufhörliche Streiks, Erschöpfung der Kräfte des Feindes durch Überfälle und Straßenkämpfe bald an dem einen, bald an dem anderen Ende des Landes – auch diese Kampfform ergab und ergibt die ernsthaftesten Resultate. Kein Staat hält a la longue diesen hartnäckigen Kampf aus, der das industrielle Leben lahmlegt, in die Bürokratie und in die Armee völlige Demoralisation hineinträgt und in allen Volkskreisen Unzufriedenheit mit der Lage der Dinge sät.“

Lenins Hauptanliegen ist die Bewegung „vom Streik zum Aufstand“ (LW 11, S. 159), für diese Eskalation einer keimhaft angelegten revolutionären

Lenin hat seine generelle Haltung zu dieser wichtigen Frage schon recht früh im Zusammenhang mit der gescheiterten Revolution 1905/1906 formuliert. Gerade weil wir heute sehr weit von einer Revolution entfernt sind, ist es sinnvoll, sich diese frühen Texte von Lenin<sup>3</sup> anzuschauen, um der revisionistisch-reformistischen Ideologie und konkret der Etappentheorie entgegen zu treten.

Lenin betont aufgrund der Erfahrung des Moskauer Aufstands 1905 immer wieder, dass der bewaffnete Aufstand vorbereitet werden muss. Partisanenkampfaktionen sind ein unverzichtbares Mittel der KommunistInnen. Partisanenkampf – oder wie wir heute sagen: der „bewaffnete Kampf“ – ist nach

3 Wichtige Texte sind u.a. „Die Aufgaben der Abteilungen der revolutionären Armee“ (LW 9; S. 423 - 427), die Resolution 2 „Der Bewaffnete Aufstand“ und Resolution 3 „Partisanenkampfaktionen“ der Taktischen Plattform zum Vereinigungsparteitag der SDAPR (LW 10, S. 144 - 147) sowie „Der Partisanenkrieg“ (LW 11, S.209 - 214)

Stimmung scheint ihm die Partisanentaktik der geeignete Transformationsmechanismus:

„Partisanenaktionen sind keine Racheakte, sondern militärische Operationen. Sie gleichen ebenso wenig einem Abenteuer, wie die Streifzüge von Jägerabteilungen in den Rücken der feindlichen Armee während einer Kampfpause auf dem Hauptkriegsschauplatz den Morden von Duellanten oder Verschwörern gleichen. Die Partisanenaktionen der Kampfgruppen, die schon seit langem von den Sozialdemokraten beider Fraktionen in allen größeren Zentren der Bewegung gegründet worden sind und die hauptsächlich aus Arbeitern bestehen, sind zweifellos aufs augenscheinlichste und unmittelbarste mit den Stimmungen der Massen verbunden. Die Partisanenaktionen der Kampfgruppen, bilden unmittelbar militärische Führer der Massen heran. Die Partisanenaktionen der Kampfgruppen sind heute keineswegs das Ergebnis des Unglaubens an den Aufstand oder die Unmöglichkeit des Aufstands, sondern im Gegenteil ein notwendiger Bestandteil des vor sich gehenden Aufstands. Natürlich sind in allem und stets Fehler möglich; es sind unangebrachte Versuche nicht zeitgerechter Aktionen möglich; es sind Unbesonnenheiten und Extreme möglich, die stets und unbedingt schädlich und geeignet sind, der allerrichtigsten Taktik zu schaden“ (LW 10, S. 107)

Zur Vermeidung von Fehlern, die mit sich bringen könnten, dass die Bevölkerung den Revolutionären ihre Unterstützung versagt, hat Lenin 1906 als taktische Plattform für die Parteitätigkeit eine so ausgewogene Konzeption für Partisanenaktionen vorgeschlagen, daß man diese noch heute als wegweisend

Lenin kein individueller Terror, keine Abgleiten in den Anarchismus oder Abenteuerertum, sondern eine notwendige Vorbereitung, um dem Aufstand eine Massenbasis zu geben und der Partei sowie den Massen die notwendigen militärischen Fähigkeiten und Kader zu verschaffen.

Halten wir fest: Während Lenin also eine eindeutige und grundsätzlich positive Haltung gegenüber dem bewaffneten Kampf eingenommen hat, hat sich in einem Teil der sich auf den Marxismus-Leninismus beziehenden Bewegung in einem geschichtlich widersprüchlichen Prozess das genaue Gegenteil durchgesetzt: eine zeitliche Etappentheorie, die strategisch die politische Arbeit in einer ersten Phase von einer – mehr oder weniger als unvermeidlich und bedauerlich angesehenen – zweiten, kurzen militärischen Phase unmittelbar bei der Machtergreifung durch den Aufstand trennt.

bezeichnen kann.

„1. die Partei muß die Partisanenaktionen der Kampfgruppen, die zur Partei gehören oder sich an sie anlehnen, als prinzipiell zulässig und in der gegenwärtigen Periode zweckmäßig anerkennen;

2. die Partisanenkampfaktionen müssen so geartet sein, daß sie der Aufgabe Rechnung tragen, Kader von Führern der Arbeitermassen während des Aufstands zu erziehen und Erfahrung in überraschenden Angriffshandlungen zu vermitteln;

3. als unmittelbare Hauptaufgabe solcher Aktionen ist die Zerstörung des Regierungs-, Polizei- und Militärapparats zu betrachten sowie der schonungslose Kampf gegen die aktiven Schwarzhunderterorganisationen, die der Bevölkerung gegenüber zur Gewalt greifen und sie einzuschüchtern suchen;

4. Kampfaktionen sind gleichfalls zulässig, um Geldmittel, die dem Feind, d.h. der absolutistischen Regierung gehören, zu erbeuten und diese Mittel für die Erfordernisse des Aufstands zu verwenden, wobei streng darauf zu achten ist, daß die Interessen der Bevölkerung möglichst geschont werden;

5. die Partisanenkampfaktionen müssen unter Kontrolle der Partei durchgeführt werden, und zwar so, daß die Kräfte des Proletariats nicht unnütz vergeudet werden und daß dabei die Bedingungen der Arbeiterbewegung in dem betreffenden Ort und die Stimmung der breiten Massen berücksichtigt werden“ (LW 10, S. 146f).<sup>1</sup>

1 Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft – Eine vergleichende Enzyklopädie, Band 2, Stichwort Guerilladoktrin, B. Die kommunistische Guerilladoktrin, 1. Die Bedeutung der Massenbasis in Lenins Partisanendoktrin, S. 1127 – 1128



*Guerillatruppen der CPI (Maoist)*

## Volkskrieg als räumliche Etappentheorie

„Der langandauernde Volkskrieg besteht aus einer Analyse der Gesellschaft, aus einem revolutionären Programm und einer politisch-militärischen Strategie, die sich aus Guerillakrieg, Bewegungskrieg und Stellungskrieg zusammensetzt. Strategisches Ziel ist der Aufbau von Stützpunktgebieten, die sich in einem langandauernden Kampf immer weiter ausdehnen und schließlich die metropolitanen Zentren umzingeln.“<sup>4</sup>

Der von Mao Tse-Tung als Führer der KP Chinas entwickelte „langandauernde Volkskrieg“ stellt eine Revolutionstrategie dar. Er kann nicht, wie das einige bürgerliche Autoren tun, auf eine Strategie des Guerillakriegs verkürzt werden, auch wenn das Militärische beim Volkskrieg zentralen Raum einnimmt. Er stützt sich militärisch auf den Guerillakrieg und arbeitet ihn in all seinen Aspekten umfassend aus.

Die Guerilla war keine Erfindung von Mao. Historisch gesehen sind Guerillakriege in Europa erstmals im Partisanenkrieg der Spanier gegen Napoléon Bonaparte Ende des 18. Jahrhunderts aufgetaucht. Das Neue und Originelle bei Mao ist also nicht die Erfindung der Guerilla, sondern das er diese Kampfform (praktisch und theoretisch) vollständig erfasst, sie entwickelt und so die Potenziale der Guerilla erstmals voll ausschöpft.

Der Volkskrieg bei Mao basiert auf einer Landguerilla. Das strategische Ziel und eine der wesentlichen Neuerungen des Guerillakriegs im Volkskrieg besteht in den Stützpunktgebieten.

Die Kriegsführung dient dem übergeordneten

Ziel, die politische Macht im Staat zu erobern. Dies geschieht, indem zunächst in entlegenen und geografisch geeigneten Gebieten (Gebirge, Flussmündungen, Urwälder) ein Territorium erobert und dauerhaft gegen den Feind gehalten wird. In diesen Gebieten wird dann die revolutionäre Neue Macht errichtet, deren politische Maßnahmen (z.B. Bodenreform) wiederum Basis für die weitere Ausdehnung der Partisanenbewegung sind. Darüber hinaus bilden die Stützpunktgebiete militärisch das Hinterland, welches der Roten Armee der Partisanen alles für ihre Existenz und ihr Wachstum Notwendige beschafft (Menschen, Material, sicheres Versteck für die Führung usw.).

Der Volkskrieg strebt die Eroberung der Macht im gesamten Land an, indem die Stützpunktgebiete allmählich ausgeweitet werden und die verschiedenen Stützpunktgebiete langfristig verbunden werden. Plakativ wird diese Strategie in die Formel gefasst: Die Dörfer kreisen die Städte ein. Am Ende dieses Prozesses steht der bewaffnete Aufstand in den Städten.

Der Volkskrieg als revolutionäre Strategie zur Eroberung der politischen Macht in einem Land wurde in China erfolgreich angewandt, wo die Massen unter Führung Maos und der Kommunistischen Partei ihre Befreiung erkämpften.

Als Militär- und Revolutionsstrategie erfolgreich war der Volkskrieg auch in einer Reihe von antikolonialen und antiimperialistischen Kriegen unter Führung der nationalen Bourgeoisie. In einer ganzen Reihe von Fällen gelang es dem Imperialismus jedoch durch militärische Gegenstrategien der „Aufstandsbekämpfung“ (engl. counter-insurgency), die Aufstandsbewegung zu zerschlagen.

Dennoch kämpfen auch heute - und in einigen Fäl-

<sup>4</sup> Urban Perspective. Ein Dokument der Communist Party of India (Maoist), Internationale Debatte, Vorwort der HerausgeberInnen; Zitat stammt also nicht von CPI (Maoist)

len seit Jahrzehnten (Phillipinen, Indien) - Teile der unterdrückten Volksmassen unter dem Banner des klassischen Maoismus für ihre Befreiung.

Ausgehend von dem Verständnis des Volkskriegs als ‚Einkreisung der Städte durch die Dörfer‘ versuchen verschiedene maoistische Strömungen bzw. Parteien, einerseits Stützpunkte der „Roten Macht“ aufzubauen und andererseits den Städten eine mehr oder weniger ausgedehnte Hilfsfunktion als „Nebenkriegsschauplatz“ zu geben. Das reicht von rein legaler politischer Unterstützungsarbeit, über logistische Unterstützung des Volkskriegs bis hin zu Elementen einer maoistischen Stadtguerilla in Verbindung mit lokalen Milizen, wie sie z.B. von der KP Perus unter ihrem Vorsitzenden Gonzalo entwickelt wurden.

Alle maoistischen Bewegungen stehen jedoch letztlich vor dem strategischen Problem der Eroberung der Städte. Die nepalesische maoistische Partei konnte nach der erfolgreichen Umzingelung der Hauptstadt durch einen zehnjährigen Volkskrieg zwischen 1996 und 2006 deshalb nicht von der Phase des strategischen Gleichgewichts in die Phase der strategischen Offensive und des bewaffneten Aufstands in den Städten übergehen. Das Endresultat war der offene Verrat durch den maoistischen Guerilla-Führer Prachanda, der dem Sozialismus abschwor und Premier der neu gebildeten bürgerlich-demokratischen Republik wurde.

Der Mangel an Konzepten für diese Frage hängt in revolutionsstrategischer Hinsicht auch mit den geschichtlichen Besonderheiten des chinesischen Bürgerkriegs und seiner letzten Phase von 1945 bis 1949 zusammen. Militärisch eroberte Mao die Macht, indem er die Guerilla in eine reguläre Rote Armee verwandelte, die ganz klassisch einen konventionellen Krieg führte und gewonnen hat. Politisch konnte er 1948/49 die „Städte“ wie reife Früchte pflücken, da sein Gegner, die Kuomintang, politisch und moralisch völlig zersetzt war.

Doch nicht nur die Frage der Eroberung der Städte in neokolonialen Ländern nach erfolgreichen „Volkskriegen“ bleibt offen.

Auch die Frage der weltweiten Revolutionstheorie, das heißt wie die Hauptschlacht zu führen sei, nämlich die Eroberung der „Städte“ im Weltmaßstab und damit der imperialistischen Zentren, bleibt offen. Dies bleibt die entscheidende Schwäche der Revolutionstheorie des Maoismus!

Seit Maos Tod haben verschiedene sich auf seine Ideen beziehende Organisationen versucht, dieses Problem zu lösen, indem sie seine Theorien dogmatisierten und als „universell gültig“ erklärten. Im Jahr 1993 wurde dann der „Marxismus-Leninismus-

Maoismus“ in einer Erklärung des 1984 gegründeten Revolutionary Internationalist Movement (RIM) von einer größeren Anzahl von Organisationen als allgemeingültig anerkannt. Mit ihrer Analyse, dass heute der „Maoismus“ die höchste Stufe der proletarischen Ideologie sei, wurde auch der „Volkskrieg“ als universell anwendbar erklärt: „Mao erkannte, dass die Politik der Gewinnung von Stützpunktgebieten und der systematischen Errichtung politischer Macht der Schlüssel zur Entfesselung der Massen, zum Ausbau der bewaffneten Kräfte des Volkes und zur wellenförmigen Ausbreitung seiner politischen Macht ist. (...) Mao Tse-tungs Theorie des Volkskriegs ist universell in jedem Land der Welt anwendbar. Dennoch muss sie anhand der konkreten Situation des jeweiligen Landes angewendet werden, sowie insbesondere die unterschiedlichen Wege zur Revolution in den zwei Haupttypen von Ländern, die es heute auf der Welt gibt – imperialistische und unterdrückte Länder – betrachten.“<sup>5</sup>

Damit gingen sie weit über die eigenen Auffassungen Maos hinaus. Er ging davon aus, dass Ursachen für Entstehen und Existenz von Stützpunktgebieten („Rote Macht“) den eigentümlichen Bedingungen in China entsprangen. Die Rote Macht könne es „weder in irgendeinem imperialistischen Staat geben, noch in einem Kolonialland, das direkt unter imperialistischer Herrschaft steht. Nur in dem wirtschaftlich rückständigen, halbkolonialen China, das vom Imperialismus indirekt beherrscht wird, kann es sie geben. Denn eine derart seltsame Erscheinung muß von einer anderen seltsamen Erscheinung begleitet sein, nämlich von Kriegen innerhalb des weißen Machtbereichs. Eines der Merkmale des halbkolonialen China besteht darin, daß seit dem ersten Jahr der Republik (1912) die verschiedenen Cliquen der alten und neuen Militärmachthaber mit Unterstützung des Imperialismus sowie der einheimischen Kompradorenklasse und Feudalherrenklasse unausgesetzt gegeneinander Krieg führen. Eine solche Erscheinung kommt nicht nur in keinem einzigen imperialistischen Land vor, sondern auch in keiner direkt unter imperialistischer Herrschaft stehenden Kolonie; sie existiert lediglich in einem Land wie China, das unter der indirekten Herrschaft des Imperialismus steht. Für das Entstehen dieses Phänomens gibt es zwei Ursachen, nämlich eine lokal begrenzte Agrarwirtschaft (keine einheitliche kapitalistische Wirtschaft) und die Spaltungs- und Ausbeutungspolitik der Imperialisten, die China in Einflusssphären aufgeteilt haben. Die anhaltenden Zwigigkeiten und

5 „Es lebe der Marxismus-Leninismus-Maoismus“ <http://mlm-kommunismus.blogspot.de/2015/09/es-lebe-der-marxismus-leninismus.html>

Kriege innerhalb des weißen Machtbereichs haben Voraussetzungen dafür geschaffen, daß ein oder mehrere kleine rote Gebiete unter der Führung der Kommunistischen Partei in einer völligen Einkreisung durch das weiße Regime entstehen und sich behaupten können.“<sup>6</sup>

Die heutigen „maoistischen“ Organisationen gehen nicht nur davon aus, dass der Volkskrieg in allen unterdrückten Ländern angewendet werden muss, sondern universell, in jedem Land.

Für die Frage der Strategie der proletarischen Weltrevolution bedeutet diese Antwort: Einkreisung der Welt-„Städte“ durch das Welt-„Dorf“. Die Perspektiven für die Revolution werden in den unterdrückten Ländern in Asien, Afrika und Lateinamerika gesehen: Erst wenn diese „gefallen“ seien, könne die Revolution in imperialistischen Zentren gelingen – auch weil somit die Möglichkeit der Bestechung der Arbeiterklasse durch Extraprofite weg falle.

Faktisch handelt es sich beim heutigen Maoismus damit um eine räumliche Etappentheorie durch die Verlagerung der Revolution und des Volkskriegs in die unterdrückten Nationen.

Dies gilt nicht nur für den „Mainstream“ der heutigen Maoisten, die, wie z.B. die türkische TKP-ML es ganz offen vertritt, für die imperialistischen Zentren nur demokratische Aufgaben sehen. Auch der Teil der Maoisten, die unter Berufung auf die KP Perus und Gonzalo eine ‚militarisierte Partei‘ anstreben und in den imperialistischen Zentren auf eine maoistische Stadtguerilla orientieren<sup>7</sup>, sehen die strategische Hauptseite im Volkskrieg der Bauernmassen und dem Aufbau von Gebieten der Neuen Macht in den unterdrückten Nationen.

Selbst wenn nach diesen, sich im Detail durchaus unterscheidenden Revolutionsstrategien die unterdrückten Länder befreit werden könnten, was wir aus verschiedenen Gründen anzweifeln, könnte daraus kein Sozialismus im Weltmaßstab erwachsen. Schlicht und einfach, weil der Imperialismus nicht zuschaut, wie die (revolutionären) Dörfer seine Zentren (der Macht) einkreisen. Solange der Imperialismus aber in den Zentren die Macht innehat, hat er zugleich auch die Macht, die „Dörfer“ notfalls dem Erdboden gleich zu machen. Die letzten Jahrzehnte der Menschheitsgeschichte haben eindrücklich bewiesen, dass der Imperialismus keine Sekunde zögert, diese Option zu ziehen, wenn er ernsthaft auf irgendeinem Flecken dieses Planeten in die Enge

getrieben wird. Die unverhohlene Drohung des US-Imperialismus durch Trumps Rede vor der UN-Generalversammlung, das nordkoreanische Volk mittels Atomkrieg zu vernichten, ruft dies eindringlich in Erinnerung!

### „Internationale sozialistische Revolution“

Auf den ersten Blick scheint die „Internationale sozialistische Revolution“ der „Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands“ (MLPD) als Revolutionsstrategie keine Trennung in räumliche oder zeitliche Etappen zu kennen. Sie kommt somit nicht nur „modern“, sondern auch als aus einem Guss daher. Auch aufgrund der ideologischen Schwäche der marxistisch-leninistischen Parteien weltweit, kann die MLPD damit auch auf internationaler Ebene im Rahmen der ‚International Coordination of Revolutionary Parties and Organisations‘ (ICOR) punkten.

Die MLPD bzw. ihre Vorläuferorganisation KABD war, wie alle nach 1968 gegründeten marxistisch-leninistischen Organisationen in Deutschland, ursprünglich an den „Mao Tse-tung-Ideen“ orientiert. In den letzten zwanzig Jahren hat sie im Rahmen einer umfassenden Theoriearbeit eine eigenständige politische Ideologie entwickelt. Dies zeigt sich auch in der hier untersuchten Frage der Revolutionsstrategie. Im bewussten Bruch mit der leninistischen Begrifflichkeit der „proletarischen Weltrevolution“ wird mit der „Internationalen sozialistischen Revolution“ nicht nur ein neuer Begriff benutzt, sondern eine inhaltlich eigenständige, neue Revolutionsstrategie vorgeschlagen:

„Der Prozess der Internationalisierung der Produktion entstand schon mit dem Kapitalismus selbst. Heute aber produzieren die Monopole hauptsächlich für den Weltmarkt und im Rahmen eines internationalen Systems von Produktion und Handel.

In den weltweiten Produktionsverbänden ist ein internationales Industrieproletariat entstanden, eine besondere Schicht der internationalen Arbeiterklasse also, die in ihrer Produktionsweise vor allem in einer länderübergreifenden Arbeitsteilung und Arbeitszentralisation organisiert ist.

Als Hauptkontrahenten des weltweiten Klassenkampfes stehen sich dieses internationale Industrieproletariat und das allein herrschende internationale Finanzkapital mit seinen internationalen Übermonopolen und seinen imperialistischen Staatsapparaten gegenüber.

Das internationale Industrieproletariat ist hauptsächlichlicher Träger einer künftigen sozialistischen Produktionsweise in den vereinigten Staaten der Welt.

6 Mao Tse-Tung: „Warum kann die chinesische Rote Macht bestehen?“, [http://infopartisan.net/archive/maowerke/MaoAWI067\\_2.html](http://infopartisan.net/archive/maowerke/MaoAWI067_2.html)

7 Zur Unzulänglichkeit dieser Strategie siehe den Abschnitt zu „Stadtguerilla“.



*Aufstände in Tunesien*

Die Revolution nimmt auf der Basis der internationalisierten Produktion künftig den Charakter einer internationalen sozialistischen Revolution an.“<sup>8</sup>

Naheliegende Kritiken, dass sie damit bei der trotzkistischen Weltrevolution und der Unmöglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem Land angeht, weist die MLPD empört zurück. Formell räumt die MLPD auch ein, dass die internationale sozialistische Revolution nicht homogen ist, „sondern von Land zu Land unterschiedlich, und wohl auch zeitversetzt, je nach Stand der Produktivkräfte und des Klassenkampfes in den einzelnen Ländern“ stattfinden wird. Trotzdem bleibt das Ganze ziemlich nebulös. Nimmt man die jüngst erfolgte Programmänderung dazu, wonach Gewaltanwendung bei der Eroberung der politischen Macht nur noch „gegebenenfalls“ notwendig sein wird,<sup>9</sup> so wird auch in Verbindung mit der gesamten Politik der MLPD – zuletzt bei ihrer Positionierung zu den Kämpfen gegen den G20-Gipfel in Hamburg<sup>10</sup> – deutlich, wohin

die Reise geht.

Letztlich muss man die „Internationale sozialistische Revolution“ wohl als eigenartig gelungene Synthese aller Etappentheorien interpretieren. Zeitlich wird die Revolution in eine fernere Zukunft verlegt und räumlich auf die gesamte Welt und damit ins Abstrakte verschoben. Womit theoretisch eine gewisse Sicherheit entsteht, dass ganz praktisch die „hässliche“ Gewaltfrage in den nächsten Jahrzehnten in Deutschland jedenfalls nicht konkret beantwortet werden muss.

Dass die MLPD mit dieser Strategie schon heute auf der Bremse steht, wenn die objektiven Bedingungen des Klassenkampfes die Frage der revolutionären Gewalt und des Aufstandes auf die Tagesordnung setzen, konnten wir live in Tunis 2016 während des Vereinigungsparteitags der PPDS (Watad) miterleben. Dort hatten die tunesischen GenossInnen gerade einen erfolgreichen demokratischen Volksaufstand zum Sturz einer 30-jährigen faschistischen Diktatur hinter sich, dem die Führung durch eine Kommunistische Partei gefehlt hat. Deswegen hatten sie das Thema „Aufstand“ nicht nur aus der theoretischen Perspektive auf die Tagesordnung gesetzt. Ihnen so zu antworten, wie Stefan Engel dies in seinem Referat getan hat (s.o.), ist nicht einfach nur ein diplomatischer Fehltritt ersten Ranges. Die GenossInnen haben den internationalen Gästen berichtet, dass in Tunesien eine konkret revolutionäre Situation besteht. Wie kann man dann den vehement vorgetragenen Hinweis auf die Notwendigkeit einer „Internationalen Sozialistischen Revolution“, deren Bedingungen erst langsam heranreifen, anders verstehen als die wenig verblühte Aufforderung der MLPD, in Tunesien jetzt keine sozialistische Revolution zu versuchen, wenn man dazu die Möglichkeit hätte?

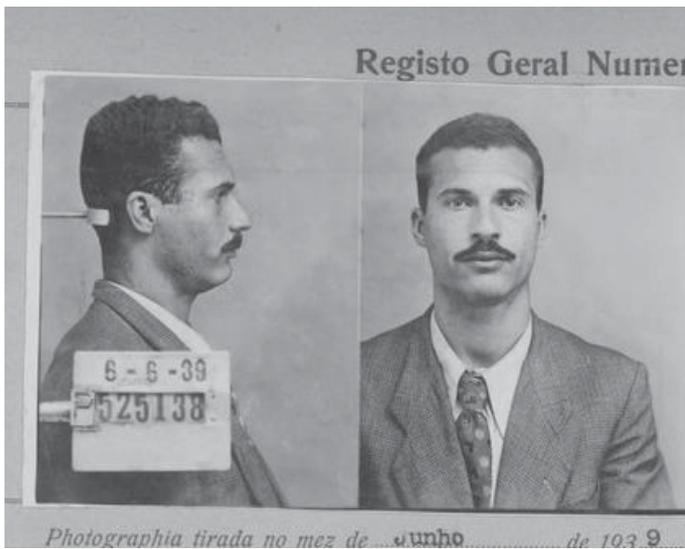
8 Stefan Engel, Rede auf dem Vereinigungsparteitag der „Parti Patriotique Democratique Socialiste – Watad“ (PPDS), Tunis, Februar 2016

9 siehe dazu: Die Bundestagswahl 2017, Kommunismus Nr. 8, Abschnitt Internationalistische Liste / MLPD und insbesondere S. 9f, wo wir in einer Fußnote ausgeführt haben: „Konsequenterweise führt die MLPD ihre Politik der ‘Entschärfung’ bei der Änderung in einer prinzipiellen Frage in ihrem Parteiprogramm fort. So hieß es in ihrem Parteiprogramm von 2014 zur Frage der Revolution zumindest auf dem Papier noch: ‘Die Arbeiterklasse wünscht, dass sich die Revolution ohne Gewaltanwendung durchsetzen würde. Doch die Frage der Gewalt stellt sich unabhängig vom Willen des Proletariats. Wenn die Kämpfe einen revolutionären Aufschwung nehmen, werden die Monopole nach allen geschichtlichen Erfahrungen versuchen, ihre Macht mit brutaler Gewalt aufrechtzuerhalten. Deshalb muss sich die Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei zum bewaffneten Aufstand erheben.’ In ihrem 2016 veränderten Parteiprogramm wurde dann das unscheinbare aber bedeutende Wort „gegebenenfalls“ hinzugefügt. So heißt es jetzt ‘(...) muss sich die Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei gegebenenfalls zum bewaffneten Aufstand erheben.’“

10 Siehe dazu Rote Fahne vom 9.07.2017, ‘Von Krawall, Provokationen und rechtem Widerstand’ und vom 12.07.2017, ‘Reaktionäre, antikommunistische Medienkampagne gegen

“Linksradikalismus”, wo die Kämpfe und militanten Aktionen undifferenziert als massenfeindliche Randalen eingeschätzt werden

## Stadtguerilla



Vordenker der Stadtguerilla: Carlos Marighella

Geschichtlich gesehen waren die Stadtguerilla bzw. der bewaffnete Kampf als Revolutionsstrategie die Antwort eines internationalen revolutionären Aufschwungs, den sogenannten „68ern“, auf die offensichtlichen Schwächen der kommunistischen Weltbewegung. Die Lüge vom „friedlichen Übergang zum Sozialismus“ hatte die Aufstandsstrategie und vor allem die leninistische Revolutionsstrategie (inklusive des Partisanenkampfes) im Revisionismus völlig in den Hintergrund gedrängt. Gleichzeitig konnte der Maoismus mit dem Volkskrieg zwar in den antiimperialistischen und antikolonialen Befreiungskämpfen als brauchbares Konzept punkten, aber für die jungen RevolutionärInnen in den Metropolen keine befriedigende Antwort auf ihr Drängen nach der Revolution liefern.

Die Stadtguerilla als Revolutionskonzept tauchte zuerst in Lateinamerika auf, zunächst in Argentinien, wo die ‚Tupamaros‘ inspirierend auf eine ganze Generation von RevolutionärInnen weltweit wirkten. Aufbauend auf lokalen Traditionen revolutionärer Volksführer und Aufstände vereinigt die Stadtguerilla Elemente des Foquismus (deutsch: Fokustheorie), wie er durch das Leben und den Kampf des Revolutionärs Che Guevara repräsentiert wird, mit dem maoistischen Volkskrieg. Militärisch werden bei der Stadtguerilla die Partisanen des langandauernden Volkskriegs in die Städte verpflanzt. Politisch wird die entschiedene Tat eines revolutionären Kerns (des Fokus), der losgelöst von den Massen durch sein Vorbild als „Funke einen Steppenbrand“ entfacht, in den Mittelpunkt der Strategie gerückt.

Die Stadtguerilla bzw. der bewaffnete Kampf entfalten eine enorme Anziehungskraft im gesellschaftlichen Aufbruch der vom Vietnamkrieg des US-Imperialismus radikalisierten 68er Generation,

insbesondere in den imperialistischen Zentren in den USA, Japan und Westeuropa. Die Strategie des bewaffneten Kampfes wurde durch dutzende Guerillaorganisationen weltweit in allen Facetten praktisch erprobt. Militärisch reicht die Spannbreite von Organisationsstrukturen mit Milizcharakter, wie die Selbstverteidigungsstrukturen der Black Panther Party, über an Massenkämpfen orientierte Strukturen wie z.B. bei den Revolutionären Zellen (RZ) in Deutschland bis hin zu strikt konspirativ im Untergrund agierenden militärischen Strukturen mit dem Charakter kleiner Verschwörerorganisationen. Politisch wurde das Konzept Stadtguerilla mit den unterschiedlichsten Weltanschauungen und Ideologien vom bürgerlichen Existenzialismus über den Operaismus und Anarchismus bis zum Marxismus-Leninismus verbunden.

Letztlich ist der bewaffnete Kampf als Revolutionsstrategie in den 70er und 80er Jahren weltweit gescheitert. Die allermeisten Organisationen wurden entweder zerschlagen oder lösten sich wie die RAF selbst auf. Die DHKP-C in der Türkei ist heute eine Vertreterin des in den letzten Jahren wieder vermehrt diskutierten Konzepts der Stadtguerilla, an der sich auch einige neu entstehende Gruppen und Zirkel in den imperialistischen Zentren vor allem in Europa orientieren.

Die tiefere Ursache für das Scheitern dieses Ansatzes liegt unserer Einschätzung nach in seiner Begrenztheit. Letztlich überträgt die Stadtguerilla nur die Militärstrategie Maos (Guerillakrieg) auf die imperialistischen Zentren, ohne eine umfassende Revolutionsstrategie zu entwickeln. Wie die Massen erobert und organisiert werden sollen, die für die Eroberung der politischen Macht im Bürgerkrieg unerlässlich sind, wird entweder falsch – im anarchistisch-idealistischen Sinne des Foquismus – oder gar nicht beantwortet.

## REVOLUTIONSSTRATEGIE – DIE PRAXIS EILT DER THEORIE VORAUS

Oberflächlich betrachtet scheinen zum 100. Jubiläum der großen proletarischen Oktoberrevolution also alle strategischen Ansätze der revolutionären und kommunistischen Weltbewegung gescheitert zu sein. Sollte am Ende doch der Imperialismus Recht behalten und die Aussage vom ‚Kapitalismus als Ende der Geschichte‘ stimmen?

Das hätten die Herrscher der Welt zwar gerne, aber die gesellschaftliche Realität sieht ganz anders aus. Damit sprechen wir jetzt nicht die weltweit spontan entstehenden Aufstandsbewegungen und

Kämpfe an, die gerade in den letzten Jahren zunehmen.

Uns geht es hierbei vielmehr um eine selten verstandene objektive gesellschaftliche Dialektik, die von den KommunistInnen aufgrund ihrer subjektiv stark wahrgenommenen Schwäche oft nicht erkannt wird. Dass die Konterrevolution so stark ist und ihre Herrschaftsmethoden immer weiter perfektioniert, bedeutet dialektisch zugleich, dass die kommunistische und revolutionäre Bewegung im politischen Kampf zur theoretischen wie praktischen Überwindung ihrer Schwäche, nämlich der fehlenden Revolutionsstrategie für die imperialistischen Zentren, gedrängt wird.

### Kampf in Stadt und Land

#### - kommunistischer Flügel der Stadtguerilla

Wenn wir unseren Blick aus den Büchern und Dokumenten heben und der gesellschaftlichen Praxis zuwenden, sehen wir, dass bei der Suche der kommunistischen und revolutionären Weltbewegung nach Antworten bereits Ansätze von weiterführenden Lösungen auf unser Problem der Revolutionsstrategie im Entstehen begriffen sind.

Alle maoistischen Parteien, die heute noch kämpfen, müssen sich mit dem strategischen Dilemma des „blockierten Wachstums“ auseinandersetzen. Der Volkskrieg ist eine Revolutionsstrategie, in der der Partisanenkrieg der Bauernmassen darauf abzielt, die feindliche Macht taktisch zu vernichten, um so langfristig die eigene Macht zu akkumulieren. Das alles folgt der strategischen Maßgabe „Überleben, um zu wachsen“. Was aber, wenn die Guerilla ihre strategische Initiative verliert und der ganze Krieg zum „Stellungskrieg“ im strategischen Patt wird, den keine der beiden Seiten auf absehbare Zeit gewinnen kann? Was eine imperialistische Armee, vor allem wenn die Verluste und Kosten einen erträglichen Rahmen nicht übersteigen, auf Jahrzehnte durchhalten kann, ist für den Volkskrieg eine strategische Falle allerersten Ranges. Wenn es keine Aussicht auf Sieg gibt, wird früher oder später die Unterstützung der Massen schwinden, Kriegsmüdigkeit macht sich breit und die Integrationsangebote durch Friedensverhandlungen und demokratische Teilhabe fallen auf fruchtbaren Boden.

In den Kämpfen der unterdrückten Massen, wie sie z.B. in Indien und auf den Philippinen unter maoistischer Führung stattfinden, wie in den theoretischen Überlegungen der maoistischen Parteien lautet die strategische Antwort darauf: Wir müssen



*Militärische Front in der Türkei*

in die Städte eindringen!

Den teilweise umgekehrten Weg – Aufbau einer Landguerilla neben den Milizen in den Städten – geht bemerkenswerterweise eine Partei aus der Tradition des „hoxhaistischen“ Flügels der marxistisch-leninistischen Bewegung, die nicht im Sumpf der Etappentheorie samt Liquidation der illegalen Strukturen als Kern der Kommunistischen Partei versunken ist. Die MLKP Türkei/Kurdistan baut, neben ihren eigenen Parteimilizen, zusammen mit der kurdischen Befreiungsbewegung, mit der sie seit vielen Jahren in einem strategischen Bündnis verbunden ist, einen militärischen Arm auf. Zunächst in Rojava und seit 2016 mit der HBDH (Halkların Birlesik Devrim Hareketi, dtsh: Vereinigte Revolutionsbewegung der Völker) in der Türkei selbst.<sup>11</sup>

Last but not least muss der „kommunistische Flügel“ im Spektrum der Stadtguerillaströmung erwähnt werden. Die ‚Roten Brigaden‘ in Italien sind das vielleicht bekannteste Beispiel für den Versuch, die militärische Strategie der Stadtguerilla mit den Massenkämpfen und der ArbeiterInnenbewegung zu verknüpfen.

Während sich Dogmatiker in der Internationalen Kommunistischen Bewegung im Ungefähren der Etappentheorie verloren und in genauso endlosen wie fruchtlosen akademischen Debatten von Aufstand versus Guerilla festgebissen haben, weist die revolutionäre Praxis eine ganz andere Entwicklungstendenz auf.

Es entstehen hybride Strategien und Kampfformen, die das Politische und Militärische, die Partisanen und die Massen, die Städte und das Land dialektisch zu einem einzigen revolutionären Klassenkrieg verschmelzen.

<sup>11</sup> Zu den dahinter stehenden strategischen Überlegungen siehe ‚Rojava Report‘, Hrsg. Revolutionärer Aufbau Schweiz, 2017, insbesondere den Einleitungstext ‚Zur Situation in der Türkei‘, S. 10 bis 17.

## Hybride Kriegsführung

Eine vergleichbare Entwicklung lässt sich auch auf Seiten der Konterrevolution feststellen. Die Oktoberrevolution 1917 konnte man aus Sicht der Bourgeoisie als eine Art Betriebsunfall begreifen, den der Imperialismus ja auch zunächst erfolgreich auf das Gebiet der Sowjetunion eindämmen konnte. Die Rolle der Partisanen im 2. Weltkrieg und vor allem der Sieg der KP Chinas 1949 nach 25 Jahren Bürgerkrieg waren strategisch gesehen dagegen der Super-GAU. Hier war etwas Undenkbare geschehen, nämlich dass der Schwächere den vielfach überlegenen Gegner besiegt hatte. Das Gesetz der Zahl im Krieg, auf das sich die Imperialisten mit ihrer überlegenen Feuerkraft regulärer Armeen samt modernster Kriegstechnologie stützen, schien durch Maos Revolutionsstrategie des langandauernden Volkskriegs außer Kraft gesetzt zu sein.

Abhilfe musste her, umso mehr, als Maos Volkskrieg in den antikolonialen Befreiungskriegen der 50er und 60er Jahren noch mehrfach seinen Erfolg wiederholen konnte. Militärs, Politiker, Psychologen, Strategen u.a. studierten intensiv diese Erfahrungen wie die theoretischen Konzepte der revolutionären Seite. Im Ergebnis entstand eine ganz neue Wissenschaftsgattung der Aufstandsbekämpfung (engl. counter-insurgency). Dies brachte der Welt einige perfide Erfindungen wie z.B. die Entwicklung der Droge LSD und der „weißen Folter“ von politischen Gefangenen durch systematischen Entzug aller Sinnesreize (sogenannte sensorische Deprivation) in speziellen Isolationsgefängnissen.



*Häuserkampf gehört dazu*

Daneben war ihre strategische Ausrichtung vor allem darum bemüht, den Militärs das politische Denken beizubringen. Elemente wie die Neugestaltung der sozialen Beziehungen in Aufstandsgebieten, der Gewährleistung rudimentärer staatlicher Grundfunktionen (z.B. Sicherstellung einer Ernährung) und umfassende psychologische Operationen im Sinne einer sehr weit gefassten Propaganda wurden als direkte Aufgaben und Funktionen einer imperialistischen Armee im Kampf gegen eine subversive Aufstandsbewegung entwickelt. Parallel dazu wurden ab den 70er Jahren Polizei und Justizapparate grundlegend neu ausgerichtet und auf die Bekämpfung des inneren Feinds und den kommenden Bürgerkrieg getrimmt. Die Schlagworte der Militarisierung der Polizei und der Verpolizeilichung der Krieger deuteten schon damals eine Verschmelzung an, die heute mit der ‚hybriden Kriegsführung‘<sup>12</sup> ihre Vollendung gefunden hat.

Der „hybride Krieg“ ist ein totaler Krieg, bei dem der Unterschied zwischen Soldaten und Zivilisten verschwindet und alle Mittel und Ressourcen eingesetzt werden zur Erreichung der militärischen Ziele und der politischen Zwecke des Krieges. Das gilt im Kampf gegen die revolutionäre Seite ebenso wie in der innerimperialistischen Konkurrenz mit gegnerischen Staaten. So schreibt z.B. Valery Gerasimov, Chef des Generalstabs der russischen Armee:

„Die Regeln der Kriegsführung haben sich verändert. Die Bedeutung der nicht-militärischen Mittel zur Erreichung politischer und strategischer Ziele ist gewachsen und sie hat sogar in vielen Fällen die Bedeutung der Macht der bewaffneten Streitkräfte und ihrer Effektivität überholt.“<sup>13</sup>

Weniger abstrakt und ganz nah an die gesellschaftlichen Realität des Klassenkampfes angelehnt üben EU und NATO im September 2017 sechs Wochen lang die Abwehr hybrider Bedrohungen und die Stabilität der staatlichen Strukturen beim Krisenmanagement.<sup>14</sup> Als Gefahren/Angriffe, die es abzuwehren gilt, werden dabei u.a. durchgespielt:

- der konkurrierende Großstaat ‚Froterre‘, der über

12 Siehe dazu ‘Sun Tsu besucht Garmisch – Hybride Kriegsführung im 21. Jahrhundert, Kommunismus Nr. 3, November 2015

13 The Value of Science is in the Foresight, New Challenges Demand Rethinking the Forms and Methods of Carrying out Combat Operations, freie Übersetzung von uns aus dem Englischen nach: Military Review, January-February 2016, russisches Original veröffentlicht am 27.02.2013, [www.theatlantic.com/education/archive/2015/10/complex-academic-writing/412255/](http://www.theatlantic.com/education/archive/2015/10/complex-academic-writing/412255/)

14 Der Westen probt den hybriden Aufstand, Telepolis 27.07.2017, [www.heise.de/tp/features/Der-Westen-probt-den-hybriden-aufstand-3884080.html](http://www.heise.de/tp/features/Der-Westen-probt-den-hybriden-aufstand-3884080.html); Das geleakte Original des Übungsszenarios findet sich auf der Webseite der englischen Bürgerrechtsorganisation Statewatch unter [www.statewatch.org/news/2017/jul/eu-council-exercise-exinst-nato-11256-17.pdf](http://www.statewatch.org/news/2017/jul/eu-council-exercise-exinst-nato-11256-17.pdf)

beachtliche offensive Cyberfähigkeiten verfügt

- anonyme Hackergruppen ‚APT Fabelwolf‘ und ‚APT Schimärenwolf‘, hinter denen ‚Froterre‘ stecken soll

- ein ‚Neugeborener Extremistenstaat (NEXSTA), der als religiöse Sekte ein weltweites Kalifat erschaffen will und dazu mittels digitaler Propaganda und Terroranschlägen in Europa agiert

- eine ‚Antiglobalisierungsgruppe‘ (AGG), eine internationale Bewegung, deren besondere Spezialität im Organisieren von Krawallen liegt, die sich als Demonstrationen tarnen

- illegale MigrantInnen, die in Massen übers Mittelmeer in die EU eindringen und deren Abwehr durch antirassistische und antimilitaristische NGO's erschwert wird, die wiederum durch die AGG finanziert werden, um die EU zu schwächen

Geübt werden koordinierte strategische und operative Gegenmaßnahmen der EU und NATO gegen diese fünf großen Bedrohungen. Das Bemerkenswerteste an diesem Kriegsspiel ist die Tatsache, dass die einzigen dort vorkommenden Gewaltakte bzw. bewaffneten Angriffe („militärische Aktivitäten“) vereinzelt Terroranschläge von NEXSTA-Anhängern sind, die faktisch nur eine untergeordnete Rolle spielen.

## Revolutionärer Klassenkrieg

Wenn Revolution wie Konterrevolution als Ergebnis der gesellschaftlichen Praxis der letzten einhundert Jahre übereinstimmend dazu tendieren, das Politische und das Militärische sowie die psychologische Ebene und die Kommunikation zur Beeinflussung der Moral der kämpfenden Seiten zu einer einheitlichen Gesamtstrategie im revolutionären Klassenkrieg zu verschmelzen, sind wir wieder am Ausgangspunkt angelangt – nämlich jener genialen, ihrer Zeit weit voraus eilenden, alle Aspekte des sozialen Lebens umfassenden Revolutionsstrategie, die Lenin theoretisch entwickelt und praktisch in die Tat umgesetzt hat.

## EIN VORLÄUFIGES FAZIT: WO STEHEN WIR HEUTE?

Mit historischen Analogien zu arbeiten hat seine Tücken. Auch wenn es streng wissenschaftlich gesehen unzulässig ist, wollen wir als Bild zur Erläuterung die Frage aufwerfen, wo wir heute stehen würden, wenn wir 100 Jahre früher leben würden. Verglichen mit der Geschichte der KPDSU (B) befänden wir uns dann heute eher 1895 in einer Vorphase, 1901/1902 als ‚Was tun?!‘ geschrieben und die Iskra

als leitendes Zentrum entsteht, 1904 kurz vor dem Moskauer Aufstand oder gar schon 1913 am Ende der reaktionären Phase der sogenannten Stolypinschen Reaktion und kurz vor Ausbruch des Weltkriegs, an dessen Ende der Sieg der sozialistischen Revolution stehen sollte?

Die Antwort auf dieses Gedankenexperiment muss offensichtlich je nach Land unterschiedlich ausfallen, zu verschieden sind die Entwicklungen des Klassenkampfes z.B. in Kurdistan, der Türkei, Tunesien, Spanien und Deutschland, als dass es eine einzige Antwort geben könnte.

Vor allem aber muss die Antwort lauten, dass es keine in Stein gemeißelte Antwort gibt. Die Zukunft ist offen. Die gesellschaftlichen Widersprüche treiben die Entwicklung immer wieder in neue Richtungen voran, die keiner geschichtlichen Analogie folgen und sich keinen starren Schemata aufeinander folgender Etappen unterwerfen.

Wir können weder ‚Was tun?!‘ noch den ‚Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPDSU (B)‘ noch das Lehrbuch der KI zum Aufstand noch die militärischen Schriften Maos oder die Erfahrungen einzelner Volkskriege als „Kochrezepte“ begreifen, die wir einfach nur auf heute anwenden müssten.

Was wir aus der Oktoberrevolution im Besonderen und dem Marxismus-Leninismus im Allgemeinen lernen müssen, ist die dem bürgerlichen Denken schwer zugängliche abstrakte Wahrheit zu begreifen, dass die Revolutionsstrategie ein einheitliches Gesamtkunstwerk darstellt. Wir dürfen die politische „Kunst, Macht zu schaffen“ nicht in einzelne Etappen und getrennte Bereiche zerlegen.

Wir haben hier einige Grundzüge der Revolutionsstrategie auf abstrakter, teils fast schon philosophische Ebene, erörtert. Die praktisch orientierten GenossInnen werden jetzt vielleicht fragen: Was bedeutet das konkret? Wie sieht unsere Strategie für die sozialistische Revolution in Deutschland aus?

Die Antwort darauf werden wir in keinem Buch der Weltgeschichte finden. Bücher, die die praktischen Erfahrungen unserer VorgängerInnen theoretisch verallgemeinern, liefern uns nur das Handwerkszeug, die allgemeinen Grundsätze der Strategie.

Wie der Weg zum Ziel unter den heutigen Bedingungen aussieht, das müssen wir – so wie Lenin und die Bolschewiki es vormachten – in der Praxis selbst herausfinden. Orientierung dafür mag uns ein dialektischer Merksatz bieten, mit dem wir den Kreis schließen möchten:

„Revolutionäre Politik heißt Krieg führen, immer und überall – auch wenn wir in unserem ganzen Leben keinen einzigen Schuss abfeuern!“



# AKTIVE SELBSTVERTEIDIGUNG UND ORGANISIERUNG

– Die Black Panther Party

**D**as Leben der schwarzen Bevölkerung in den USA in den 1960er Jahren war geprägt von Diskriminierung, härtester Unterdrückung und Ausbeutung. Viele Schwarze waren arbeitslos, hatten keinen Zugang zu einer Gesundheitsversorgung und litten unter Hunger. Das Gesetz machte die Schwarzen zu Menschen zweiter Klasse. Rassismus und Chauvinismus waren offizielle Staatsideologie.

New York, Sommer 1964: Ein weißer Polizist erschießt in seiner Freizeit einen 15-jährigen Schwarzen. Bei den anschließenden tagelangen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und der schwarzen Bevölkerung kommt es zu 7 Toten, 800 Verletzten, über 1000 Festnahmen und Schäden in Millionenhöhe.

Los Angeles, Sommer 1965: Ein schwarzer Autofahrer wird willkürlich von der Polizei verhaftet und zusammengeschlagen. Bei den Protesten der schwarzen Bevölkerung kommt es zu tagelangen Kämpfen mit der Polizei. 35 Tote, über 800 Verletzte,

700 niedergebrannte Häuser und 80 Millionen Dollar Schaden sind das Resultat.

Sommer 1966: Nach willkürlichen Repressionen durch die Polizei kommt es in zwei Dutzend Städten zu Kämpfen mit der Polizei.

Im Sommer 1967 kommt es in mehr als 100 Städten zu Straßenkämpfen. Die Herrschenden schlagen die Aufstände blutig nieder. Sie mobilisieren tausende Polizisten, Soldaten und Spezialeinsatzkräfte. Schützenpanzer und Scharfschützen kommen zum Einsatz. Soldaten, die vor wenigen Wochen noch in Vietnam gekämpft haben, werden nun gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt.

In diesem gesellschaftlichen Spannungsfeld wurde am 15. Oktober 1966 die Black Panther Party for Self-Defense (Partei der schwarzen Panther für Selbstverteidigung) gegründet. Die soziale Basis der Black Panther waren die schwarzen Armenviertel in den amerikanischen Großstädten. Waren die Aufstände der vergangenen Jahre vor allem spontane Volksauf-

---

stände, fehlte es der schwarzen Bewegung an revolutionären Organisationen, welche der schwarzen Bevölkerung eine organisierte revolutionäre Perspektive bieten konnten. Der Rassismus in der amerikanischen Gesellschaft war so tief verwurzelt, dass eine gemeinsame Organisation von Weißen und Schwarzen nicht möglich schien - beziehungsweise von beiden Seiten abgelehnt wurde.

## PRAXIS DER BLACK PANTHER PARTY: DEM VOLKE DIENEN UND SELBSTVERTEIDIGUNG

Das Programm der Black Panther bestand zunächst aus einem 10-Punkte-Katalog. Das Programm umfasste die elementaren Lebensbedürfnisse der schwarzen Bevölkerung. Es forderte Arbeit, Brot, Wohnung, Bildung und Gerechtigkeit. Das besondere an den Black Panther war, dass sie diese Sachen nicht nur forderten, sondern konkret versuchten, sie mit den Mitteln ihrer Mitglieder und Sympathisanten in die Tat umzusetzen.

Unter der von Mao Tsetung geprägten Parole „Dem Volke dienen!“ versorgten die Black Panther mit sogenannten Community-Programmen die schwarzen Armenviertel mit dem Nötigsten. Sie organisierten die kostenlose Ausgabe von Kleidung und kostenlose Mahlzeiten für Kinder. Sie richteten kostenlose Gesundheitsstationen vor allem für die Bekämpfung von typischen „Armenkrankheiten“ ein, in denen Ärzte und Pfleger ehrenamtlich arbeiteten. Sie bildeten Fahrdienste zu den Gefängnissen, damit Angehörige von schwarzen Gefangenen diese besuchen konnten. Nach und nach wurden zudem sogenannte „Liberation Schools“ eingerichtet, in denen die schwarzen Kinder nicht nur eine gute, sondern auch alternative Schulbildung und Erziehung bekommen sollten.

Um der Forderung nach Gerechtigkeit einen Schritt näher zu kommen, studierten die Black Panther genauestens alle Möglichkeiten, inwieweit sie sich im Rahmen der Legalität gegen die rassistische Polizeigewalt schützen konnten. Da es die amerikanischen Gesetze grundsätzlich jedem Erwachsenen erlauben, eine Waffe zu besitzen und zu tragen, riefen die Black Panther alle Schwarzen auf, sich zu bewaffnen und ihre Waffen offen auf der Straße zu tragen. Sie wollten damit erreichen, dass sich die Polizisten zweimal überlegen, ob sie einen Schwarzen auf der Straße grundlos angreifen oder es besser bleiben lassen. Doch sie riefen nicht nur dazu auf, sich zu bewaffnen, sondern sie sammelten auch Gelder, um Waffen zu kaufen und sie an ihre Mitglieder auszugeben. Alle Mitglieder wurden in regelmäßigen

Kursen und Trainings in der Handhabung von Feuerwaffen ausgebildet. Zudem wurden die Mitglieder in militärischen Taktiken und juristischem Grundlagewissen geschult. Jedes Mitglied, jeder Sympathisant, ja jeder Schwarze in den armen Vierteln sollte seine Rechte kennen, sie ausüben und auch aktiv die schwarze Community gegen die Polizeigewalt und Angriffe von Rassisten und Faschisten verteidigen. Die Black Panther gingen auch aktiv gegen große Drogendealer und kriminelle Banden vor, welche zum Teil direkt vom FBI unterstützt und gezielt in die schwarzen Viertel geschickt wurden.

## DIE ORGANISIERUNG DES WIDERSTANDES

Die Black Panther Party verstand sich zwar als bewaffnete Formation, setzte ihre Waffen aber lediglich zur Selbstverteidigung und der Abwehr von Angriffen ein. Sie organisierte sich stets legal und im gesetzlichen Rahmen der Verfassung der USA. Auf diese Widersprüche und die sich dadurch ergebenden Spannungen und verschiedenen taktischen wie strategischen Überlegungen werden wir weiter unten noch eingehen.

Dass die Black Panther sich als eine Art militärische Selbstverteidigungsformation verstanden, spiegelt sich auch in der Struktur und den Regeln der Organisation wieder. Die Partei verstand sich als marxistisch-leninistische Kaderpartei. „Einem System wie diesem kann man nur mit einer Organisationsstruktur Widerstand leisten, die noch nachdrücklicher diszipliniert und strukturiert ist,“ so Huey P. Newton, eines der Gründungsmitglieder der Black Panther Party. Mit diesem Verständnis brach die Partei mit der in den 50er und 60er Jahren vorherrschenden Organisationsfeindlichkeit und Spontaneität der „Black Power“-Bewegung und stellte ihr das Konzept einer straff organisierten Kaderorganisation entgegen. Hauptfunktion der Partei sollte es sein, das Volk wachzurütteln und es die Strategie des Widerstandes gegen den Machtapparat zu lehren, heißt es in den ersten Bildungsmaterialien der Partei. Die Black Panther waren eine der ersten schwarzen Organisationen, die nicht allein den Rassismus in der amerikanischen Gesellschaft überwinden wollten, sondern die Befreiung der schwarzen Bevölkerung im Sozialismus sahen. So lehnte die Partei auch strikt die illusionäre Vorstellung eines „schwarzen Kapitalismus“ in den USA ab. Diese Idee herrschte in Teilen der schwarzen Bewegung der damaligen Zeit vor.

Die Partei war nach militärischen Rängen organisiert. Vom einfachen Mitglied (einfacher Soldat = „Private“) über die Leiter von Stadtteilen und Städten (Unteroffiziere und Offiziere) bis zum Zentral-

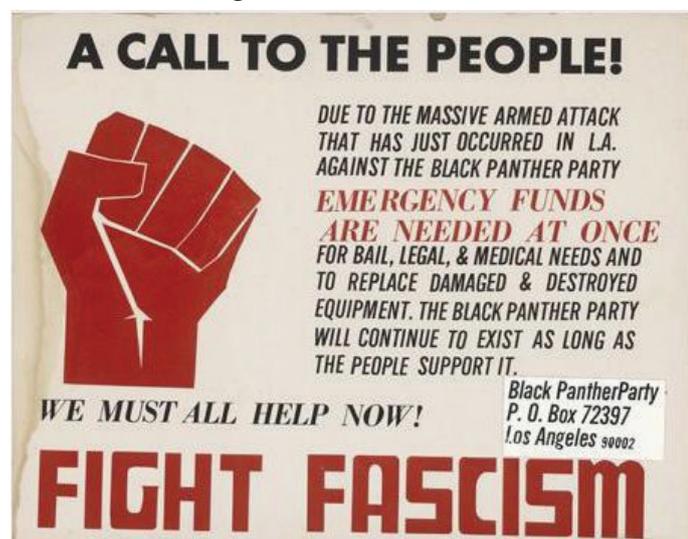
komitee der Partei (z.B. Verteidigungsminister). Ihre Mitglieder trugen Uniformen, an denen die Menschen sie auf der Straße erkennen konnten. Schwarze Hose, blaues Hemd, schwarze Lederjacke, eine schwarze Baskenmütze, sowie den schwarzen Panther als Symbol auf Fahnen und der Parteizeitung. Entsprechend einer straffen Disziplin in der Partei bildeten drei Hauptregeln die Orientierung für jede Handlung im Rahmen der Parteiarbeit:

1. Gehorche den Anordnungen in all deinen Handlungen.

2. Bemächte dich nicht einer einzigen Nadel oder eines Fädchens von den „armen und unterdrückten“ Massen.

3. Reiche alles ein, was vom angreifenden Feind erbeutet wird.

Verstöße gegen diese Regeln hatten den Parteiauschluss zur Folge. Zusätzlich zu diesen Hauptregeln gab es noch acht Punkte, wie sich ein Parteimitglied grundsätzlich zu verhalten hat und 26 weitere Regeln, welche die Aufgaben und Funktionen der Parteigliederungen regelten. Die wichtigsten Themen dieser einem Statut ähnelnden Regeln bestanden in folgenden Punkten: Alle Parteimitglieder müssen eine militärische Bildung haben. Waffen dürfen nur bei Notwendigkeit eingesetzt werden. Es wurde festgelegt, welche Angaben man im Fall einer Verhaftung zu machen hat. Jedes Mitglied musste einen täglichen Arbeitsbericht anfertigen und die Sekretäre der örtlichen Gruppen mussten wöchentliche Berichte für das nächsthöhere Organ anfertigen. Die Teilnahme an politischen Bildungskursen war für alle Mitglieder verpflichtend. Der Besitz und das Konsumieren von Drogen waren verboten, ebenso wie das Trinken von Alkohol während der Parteiarbeit. Jede Diskriminierung, Ungleichbehandlung von Frauen oder Gewalt gegen Frauen wurde verboten und unter Strafe gestellt.



Plakat der BPP

Die Black Panther Party war eine der ersten politischen schwarzen Organisationen, welche Frauen als Mitglieder zuließ, ihnen Leitungsaufgaben übertrug und sie militärisch schulte. Die Partei wollte, dass sich sowohl in den Familien als auch im Parteilieben traditionelle Familien- und Rollenbilder nicht reproduzierten. So wurden von Männern und Frauen geführte Kindergärten für die Kinder von Parteimitgliedern geschaffen, um auch den Frauen die Möglichkeit zu geben, voll am Kampf der Partei teilzuhaben und nicht an das eigene Haus gefesselt zu sein. Auch die Aufgabenverteilung innerhalb der Partei sollte aufgebrochen werden. So sollte darauf geachtet werden, dass alle Arbeiten von Männern und Frauen gemacht werden und nicht etwa zum Beispiel alle „Schreibarbeiten“ nur von Frauen erledigt werden. Auch im Privatleben war den Mitgliedern vorgeschrieben, dass die Reproduktionsarbeiten von Männern und Frauen gleichermaßen zu machen seien. Damit sollten traditionelle Rollenbilder aufgebrochen werden und man hat versucht, die Vorstellungen einer solidarischen Gesellschaft bereits im Hier und Jetzt umzusetzen - nach dem Motto: „Der Sozialismus soll in jedem Panther-Haus gelebt werden“. Viele schwarze Organisationen lehnten diese Ansichten der Black Panther grundsätzlich ab und verboten es zum Teil sogar, dass Frauen Mitglieder in ihren Organisationen werden konnten.

Die Black Panther Party machte zwar große Fortschritte in der Frage der Frauenbefreiung, blieb in ihren Erfolgen jedoch begrenzt. Auch in der Black Panther Party waren die meisten führenden Kader männlich, während in den Community-Programmen auch viele Frauen arbeiteten.

Bis 1970 schaffte es die Partei, ihre Aktivitäten auf rund 100 Städte in den USA auszuweiten. Es wird geschätzt, dass die Partei zu diesem Zeitpunkt rund 15.000 Mitglieder hat. Hinzu kommt ein Umfeld von mindestens zehntausenden Sympathisanten und Aktivisten.

## VON DER PASSIVEN SELBSTVERTEIDIGUNG ZUM KLASSEN- UND GUERILLAKRIEG

Der Bezug der Black Panther Party auf die bewaffnete Selbstverteidigung war zu Beginn eine aus der Schwäche bzw. Defensive heraus begründete Sofortmaßnahme gegen den ausufernden Polizeiterror. Es war zunächst keine strategische oder programmatische Frage, sondern vielmehr eine praktische Frage des täglichen Lebens, des Überlebens, des Alltags in den schwarzen Ghettos. Beschränkte sich das Konzept der Selbstverteidigung und Bewaffnung der

Black Panther zunächst auf den eher passiven Widerstand gegen Polizeigewalt, so entwickelte sich ihr Konzept mit der politischen und ideologischen Reifung der Partei weiter. Die Bewaffnung wurde zu einem programmatischen und strategischen Punkt. Sie entwickelte sich zu einem Mittel im Kampf für die Zerschlagung des imperialistischen amerikanischen Staates. Sie wurde zur Strategie im antiimperialistischen revolutionären Kampf. Huey Newton beschrieb im September 1970 das Selbstverteidigungs-Verständnis der Black Panther wie folgt: „Wir haben realisiert, dass wenn wir das Wort ‚Selbstverteidigung‘ nutzen, alle Unterdrückten, alle revolutionären unterdrückten Menschen niemals die Aggressoren sind. Alle ihre Aktionen sind Selbstverteidigung. Das vietnamesische Volk übt lediglich Selbstverteidigung aus. Es sind die kapitalistischen, imperialistischen Ausbeuter welche die Initiative für Gewalt und Aggressionen haben. Deshalb ist alles, was die Menschen tun, für ihre Befreiung, für ihre Freiheit, eine Selbstverteidigungstaktik. Wenn wir von Selbstverteidigung sprechen, dann meinen wir dies im breitesten Sinne.“

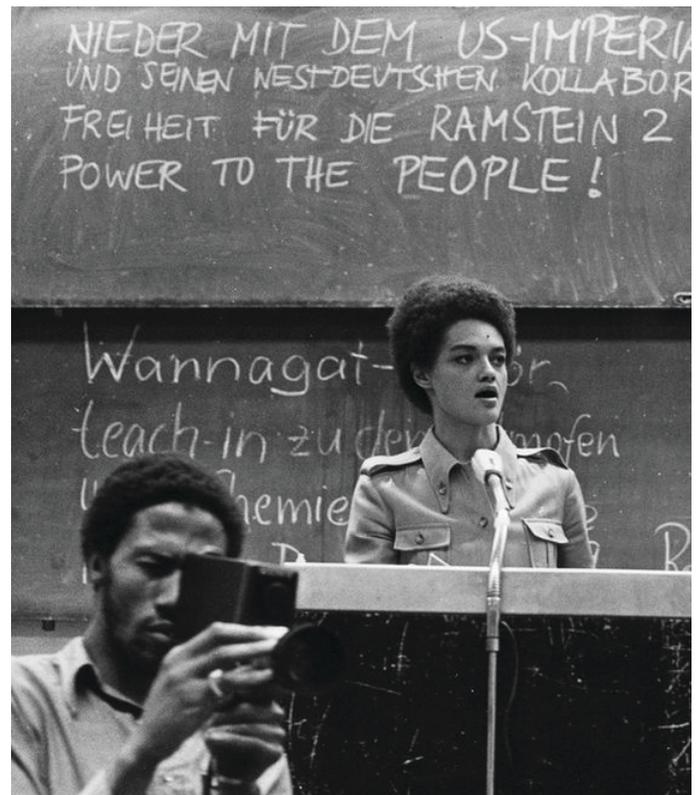
Die Selbstverteidigung der Black Panther entwickelte sich so von einem passiven, aus der Defensive heraus entwickelten Konzept zu ihrer revolutionären Strategie. Entsprechend dieser Strategie wurden alle Mitglieder der Partei in dem Gebrauch von verschiedenen Feuerwaffen und militärischen Taktiken geschult. Aufgrund der besonderen Gesetzeslage in den USA konnte die Partei dies vollkommen legal organisieren und tat dies auch. Die Community-Programme ergänzten diese Strategie, da sie es der Partei ermöglichten, Tausende in den schwarzen Armenvierteln in ihre Arbeit mit einzubeziehen und sie sich sehr stark in den Massen verankern konnte. Auch die Community-Programme wurden von der Black Panther Party als Akt der politisch-sozialen Selbstverteidigung verstanden. Sie verschafften der Partei ein gigantisches Ansehen bei zehntausenden Schwarzen in den USA und dienten ihnen als Beweis, dass die Partei mit ihren antikapitalistischen revolutionären Zielen, die Bedürfnisse der Menschen besser erfüllen konnte, als dies der rassistisch-imperialistische Staat tat, der sie täglich angriff und zum Teil zu vernichten versuchte. Die Black Panther verstanden den Kampf gegen die rassistische Unterdrückung als nationalen Befreiungskampf der afroamerikanischen Bevölkerung gegen die weiße Staatsmacht. So war das Ziel der Partei eine Art „doppelte Revolution“ und man propagierte ab 1969 den gleichzeitigen nationalen Befreiungskampf der Schwarzen und den Klassenkampf aller Unterdrückten gegen die weiße herr-

schende Klasse.

Die Partei bewegte sich immer in dem Spannungsfeld zwischen dem von ihr propagierten nationalen Befreiungskampf gegen die herrschende „weiße Rasse“ und dem antikapitalistischen Klassenkampf gegen die herrschende „weiße Kapitalistenklasse“.

Der nächste Schritt der Black Panther Party wäre der Beginn des offensiven bewaffneten Kampfes gewesen, der über das frühere Konzept der reinen Selbstverteidigung hinaus geht. Die führenden Kader und theoretischen Vordenker der Partei studierten dazu die verschiedenen Strategien und Taktiken des bewaffneten Kampfes und bezogen sich dabei vor allem auf die Konzepte Carlos Marighelas und seines „Handbuch des Stadtguerilleros“. Die Viertel der Schwarzen sollten als Rückzugsort, personelle und infrastrukturelle Basis einer schwarzen Stadtguerilla dienen. Hier sollten die ersten Zellen aufgebaut werden, die sich in der Entwicklung des Kampfes zu einer Befreiungsarmee zusammen schließen sollten. Gleichzeitig diskutierten die Black Panther Konzepte der Volksmilizen.

Die Black Panther waren gegenüber anderen revolutionären Gruppen weltweit in einigen Punkten im großen Vorteil, dass sie sich legal bewaffnen, formieren und ihre Mitglieder legal militärisch ausbilden konnten. Diese Legalität brachte sie zugleich in massive Bedrängnis. Der nächste Schritt hin zu einem offenen Kampf gegen den imperialistischen amerikanischen Staat wäre zweifelsohne der Aufbau illegaler und klandestiner politischer, organisatorischer und militärischer Strukturen gewesen.





Die Black Panther wären auf diesem Gebiet keinesfalls allein gewesen. Zahlreiche Gruppen organisierten sich nach Stadtguerillakonzepten und nahmen den bewaffneten Kampf in den Städten der USA auf. Die wohl bekannteste dürfte die Weathermen Underground Organization sein. Auch unter anderen großen Minderheiten entstanden militante Organisationen überall in den USA. Die Young Lords Party (Puerto Ricaner), Red Guards (Chinesen), American Indian Movement (Indianer), Brown Berets (Mexikaner) diskutierten Ende der 60er Jahre den bewaffneten Kampf und verschiedene Stadtguerillakonzepte. Allein in den Jahren 1965 bis 1970 wurden laut Regierungsangaben in den USA 1391 Sabotage- und bewaffnete Guerillaaktionen registriert. Sie richteten sich gegen Einrichtungen der Regierung, der Polizei, des Militärs, der Banken, Bildungseinrichtungen und der Rüstungsindustrie.

Doch die Black Panther verpassten den histori-

schen Schritt, sich organisatorisch weiter zu entwickeln. Die zu diesem Zeitpunkt sich massiv verschärfende Repression und echte und durch die Geheimdienste geschürte Konflikte innerhalb der Partei verhinderten dies.

## REPRESSION, STRATEGISCHE DIFFERENZEN UND SPALTUNG DER BLACK PANTHER

Je erfolgreicher sich die Black Panther Party entwickelte und je weiter sich ihre Analyse hin zu einem revolutionären Selbstverständnis und der aktiven Bekämpfung des kapitalistisch-imperialistischen Systems als Ganzes entwickelte, desto mehr standen sie nicht nur im Visier der Polizei, sondern auch der amerikanischen Geheimdienste. Der Präsident des amerikanischen FBI J. Edgar Hoover beschreibt die Black Panther Ende der 1960er Jahre als die größte nationale Gefahr für die Sicherheit der USA. Wen wundert es da, dass der Geheimdienst alles daran setzte, diese Partei zu bekämpfen

und zu zerschlagen. Die Geheimdienste entwickelten im Rahmen von allgemeinen Aufstandsbekämpfungsprogrammen eigene Programme, um die Black Panther zu zerschlagen. Das FBI gründete dazu in den 1960er Jahren das COINTELPRO-Programm, zur systematischen Überwachung, Unterwanderung und Zerstörung politischer Organisationen. Das Programm war geheim und unterlag keiner gerichtlichen Kontrolle. Die Methoden reichten vom Einschleusen von Spitzeln über die Fälschung von Beweisen, psychologischen Terror durch das Streuen von falschen Gerüchten, physischen Terror durch Überfälle und gewaltsame Verhaftungen bis zu gezielten Morden. Anfang der 1970er Jahre wurde die Black Panther Party zum Hauptziel dieser Angriffe. Zahlreiche Parteimitglieder wurden auf Grund von gefälschten Beweisen festgenommen und verurteilt. Dutzende Mitglieder wurden als Polizeispitzel an-

---

## DIE SCHWARZE BEWEGUNG HEUTE UND DIE BLEIBENDE BEDEUTUNG DER BLACK PANTHER PARTY

geworben und eingeschleust. Hunderte vom FBI in Umlauf gebrachte Gerüchte und gefälschte Briefe und angebliche Polizeiprotokolle wurden in Umlauf gebracht. Damit schaffte das FBI eine Stimmung des allgemeinen Misstrauens in der Partei, die aufgrund ihrer legalen Organisationsweise besonders angreifbar war. Allein im Jahr 1971 soll das FBI mehr als 100 gefälschte Briefe im Namen führender Parteimitglieder verschickt haben.

Neben den Spannungen in der Partei, durch die Arbeit der Geheimdienste und Diskussionen über den bewaffneten Kampf und die Notwendigkeit, sich auch illegal zu organisieren, nahmen auch die bewaffneten Auseinandersetzungen auf der Straße immer mehr zu. Bewaffnete Überfälle und Exekutionen durch die Polizei und von den Geheimdiensten bezahlten Mafia- und Drogengangs kosteten 1967 bis 1970 mehr als 40 Parteimitglieder das Leben, viele weitere wurden verletzt.

1971 gipfelten die von Polizei und Geheimdiensten geschaffenen und geförderten Differenzen und das Misstrauen in die Führungsebene der Partei schließlich in der Spaltung der Black Panther Party. Die Spaltung gipfelte auch in einigen bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Seiten. Inwieweit die Arbeit der Geheimdienste verantwortlich für die Spaltung der Partei ist, ist bis heute schwer zu beurteilen. Dass sie den Prozess der Spaltung beschleunigte und viele Konflikte nur künstlich von Polizei, Geheimdiensten und Spitzeln erzeugt worden sind, kann jedoch heute zweifelsfrei gesagt werden. Ebenso, dass sich, unabhängig von der staatlichen Zersetzungsarbeit, taktische und strategische Differenzen über den weiteren Kampf der Black Panther Party Anfang der 1970er Jahre zuspitzten und eine Richtungsentscheidung erforderten. Der größte Diskussionspunkt dürfte hier unweigerlich die zukünftige Organisationsweise der Partei gewesen sein. Der nächste Schritt wäre es gewesen, neben den offenen Massenstrukturen und den Community-Programmen der Partei einen illegalen Apparat zu schaffen und Strukturen der Stadtguerilla aufzubauen. Doch dazu kam es aufgrund der Spaltung nicht mehr. Mit der Spaltung verlor die Partei massiv an Einfluss auf die schwarze Bevölkerung und stellte nach und nach die Community-Programme ein. Versuche, die Partei wiederzubeleben und die Gründung von neuen schwarzen Untergrundorganisationen wie der Black Liberation Army (Schwarze Befreiungsarmee) konnten nicht annähernd an die Größe bzw. den Einfluss und Autorität der Black Panther Party auf die schwarzen Massen anknüpfen.

In den letzten Jahren haben Polizeigewalt und dutzende rassistische Morde an der schwarzen Bevölkerung erneut eine soziale und politische Bewegung der afroamerikanischen Bevölkerung entstehen lassen. Unter dem Motto „Black lives matter“ („Schwarze Leben zählen“) gehen seit 2013 zehntausende Menschen in den USA auf die Straße. In immer mehr Städten der USA organisieren sich Gruppen unter diesem Namen und rufen zur Dokumentation und Aktionen gegen Polizeigewalt und alltäglichen Rassismus auf.

Seit dem Jahr 2016 bilden sich auch immer mehr lokale und regionale Selbstschutzstrukturen in der schwarzen Bevölkerung. In Anlehnung an die Black Panther Party patrouillieren sie bewaffnet und zum Teil uniformiert durch ihre Viertel, um sie vor Polizeimorden zu beschützen. In immer mehr Städten der USA bilden sich heute schwarze „Gun Clubs“ (Waffenvereine), welche sich auf die Konzepte der Black Panther Party beziehen und diese heute wieder anwenden wollen. In diesen Vereinen lernen die Mitglieder den Umgang mit Waffen und ihre Rechte, diese einzusetzen.

Was bei dem heutigen neuen Aufschwung der schwarzen Bewegung und ihrer Selbstverteidigungsstrukturen fehlt, ist eine landesweite, nationale Organisation und ein politisches Konzept, welches ihnen durch Strategie und Taktik eine klare Entwicklungsperspektive gibt. Die zahlreichen kleineren Protestzirkel, Verteidigungskomitees und Menschenrechtsgruppen arbeiten weitestgehend getrennt voneinander und ohne Bezug zueinander. Nichtsdestotrotz ist dies ein deutlicher Schritt in die richtige Richtung und kann eine Grundlage bilden für die Neubildung nationaler Netzwerke und Organisationen mit einem klaren politischen Programm.

Sicherlich mag die rechtliche Situation und damit die legale Möglichkeit, Waffen zu kaufen, diese in der Öffentlichkeit zu tragen und zum eigenen Schutz auch einzusetzen, in den USA einmalig sein. Die offene Massenarbeit und Verankerung der Black Panther in den Massen und ihrer revolutionären Theorie der Selbstverteidigung kann aber auch heute als Anschlusspunkt für aktuelle Überlegungen in anderen Ländern dienen. Ebenso sollten die Fehler in Theorie und Praxis eine historische Lehre für uns heute kämpfende Kommunisten und Revolutionäre sein.



# DIE ANNEKTION DER DDR UND IHRE FOLGEN

Welche Aufgaben haben die Kommunisten?

**B**ald 30 Jahre nach der Annektion der DDR durch die BRD hat sich der Fokus der politischen Diskussion deutlich verschoben. Rufen wir uns in Erinnerung, welche massiven Auseinandersetzungen in der politischen Widerstandsbewegung die sogenannte „Wiedervereinigung“ insbesondere in der Antifa-Bewegung hervorgerufen hat. Der Kontrast zur Friedhofsruhe, die heute zu diesem Thema herrscht, könnte größer kaum sein.

Heute leben noch gut 14 Millionen Menschen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Für sie ist die kapitalistische Übernahme der Volkswirtschaft der DDR, die mit der politischen Annektion verbunden gewesen ist, jedoch keinesfalls vom Tisch. Der historisch einmalige Raubzug des deutschen Imperialismus bestimmt weiterhin die Lebens- und Arbeitsbedingungen und prägt vor allem ihr Lebensgefühl.

Die in der politischen Widerstandsbewegung eingetretene Stille zu diesem Thema ist eine Widerspiegelung des gegenseitigen Misstrauens und Unverständnisses, das unter der Bevölkerung von Ost- und Westdeutschland noch heute herrscht.

Für KommunistInnen, die sich das Ziel gesetzt haben, eine Kommunistische Partei aufzubauen und die ArbeiterInnenklasse in Deutschland für den Sozialismus zu gewinnen, sollte das Grund genug sein, sich erneut mit diesem Thema zu beschäftigen. Unserer Meinung nach müssten sich aber auch alle AntifaschistInnen (erneut) die Frage stellen, was in den 90er Jahren in den „fünf neuen Bundesländern“

geschehen ist? Der vom Imperialismus gedeckte Vormarsch der Faschisten, die in ihren regionalen Hochburgen entlang der Ostgrenze Deutschlands dabei sind, eine geschlossene Braunzone aufzubauen, zwingt uns dazu. „No Pasaran“ - den Faschismus zu stoppen bedeutet unter den aktuellen Bedingungen, den Kampf um die Köpfe der mehrheitlich rassistisch verhetzten und vielfach nach rechts tendierenden ArbeiterInnen und Werktätigen nicht nur, aber eben auch im Osten Deutschlands aufzunehmen. Auf bürgerlich-demokratischer Grundlage wird das aber nach den massenhaften Erfahrungen unserer „ostdeutschen Klassenbrüder und -schwestern“ mit dem real existierenden Kapitalismus nicht gelingen!

Der vorliegende Artikel wird sich vor allem mit der Entwicklung seit der sogenannten „Wiedervereinigung“ beschäftigen. Wenn es um die Erledigung der oben gestellten Aufgaben geht, dann ist das natürlich nur ein Bruchteil der Arbeit. Eine Analyse der Entwicklungen, die zum Scheitern des sozialistischen Aufbaus in der DDR führten, muss zu einem späteren Zeitpunkt folgen, ebenso wie eine Analyse der vor 1945 liegenden historischen Besonderheiten verschiedener Teile Deutschlands.

## DIE ANNEKTION DER DDR

Mit der Annektion der DDR hat die westdeutsche Bourgeoisie einen weltgeschichtlich beispiellosen Triumph feiern können. Weder zuvor noch danach

ist eine eigenständige Volkswirtschaft von ähnlicher Stärke von einer anderen kapitalistischen Macht zerschlagen und derartig kompromisslos den eigenen Interessen untergeordnet worden, ohne dass ein Krieg notwendig gewesen wäre, um diese Entwicklung zu erzwingen.

Die inneren Widersprüche des „realsozialistischen“ Lagers in Verbindung mit permanenter Zersetzungsarbeit und Propagandafeuer aus Westdeutschland führten zu einer Situation, in der 1989/90 keine Alternative zur Einverleibung der DDR mehr durchsetzbar war. Die Staatsführung der DDR war dazu zu schwach geworden. Ihre politischen Hoffnungen, die sie zum Teil ernsthaft gehabt haben mag und zum Teil propagierte, um einen Teil der DDR-Bevölkerung zu beruhigen, scheiterten infolgedessen. Die Einrichtung der Treuhandgesellschaft zur Verwaltung des staatlichen Eigentums beispielsweise erfolgte noch durch eine DDR-Regierung. Zumindest öffentlich wurde ihr eine ganz andere Rolle zugewiesen als die, die sie letztlich einnahm: Statt als Vollstrecker des Willens der westdeutschen Bourgeoisie galt sie Hans Modrow als Institution, um „den schrittweisen Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft so zu gestalten, dass die unausbleiblichen tief gehenden strukturellen Veränderungen in der Volkswirtschaft strikt im Interesse der Allgemeinheit erfolgen.“<sup>1</sup>

Nach der Entmachtung des DDR-Staatsapparates, bei der nur teilweise oder zeitweise alte Beamte in den Apparat der BRD übernommen wurden, lag also die DDR-Wirtschaft offen vor der westdeutschen Bourgeoisie. Wie sollte sie daran herangehen? Klaus Steinitz, in den letzten Jahren der DDR führender Ökonom und danach Teil der Führung der „Partei des demokratischen Sozialismus“ (PDS), nennt in einem sehr lesenswerten Artikel aus dem Jahr 2011 drei Motive, die das Vorgehen der Treuhandgesellschaft unter dem Kommando der BRD im wesentlichen bestimmt hätten: Erstens, die Absatzmärkte sowohl auf dem Gebiet der DDR selbst als auch die Marktanteile der DDR in Osteuropa und Asien zu erobern. Zweitens, zu verhindern, dass Konkurrenz zu den westdeutschen Monopolen entstehen könnte. Drittens, den westdeutschen Monopolen großzügig Gelegenheit zu geben, sich an dem auf dem Gebiet der DDR vorhandenen Kapital zu bereichern.<sup>2</sup> Diese Einschätzung halten wir für zutreffend, jedoch muss nach unserer Meinung ein viertes Motiv ergänzt

werden: Die Ersparnisse der damals gut 16 Millionen Bürger der DDR als Kapital für die Bourgeoisie der BRD zu mobilisieren. Wie die Wiedervereinigung in dieser Hinsicht ablief, soll hier kurz dargestellt werden.

## Übernahme der Absatzmärkte

„Erstens ging es darum, einen möglichst großen Teil des ostdeutschen Absatzmarktes und zugleich des osteuropäischen Marktes zu übernehmen, ohne lange Transportwege zu benötigen. Ausdruck hierfür war, dass die westdeutschen Käufer weniger an den leistungsfähigen Exportunternehmen des Maschinenbaus mit einem relativ geringen Produktivitätsrückstand, wie z.B. Werkzeugmaschinenkombinat Fritz-Heckert in Chemnitz, interessiert waren als an Unternehmen der Lebensmittel- und Verbrauchswarenindustrie, die oft stark veraltete Anlagen und überdurchschnittliche Produktivitätsrückstände aufwiesen, aber einen guten Namen hatten und vorwiegend für den regionalen Markt bestimmte Erzeugnisse produzierten. So wurden als Erstes 1990 solche Betriebe von westdeutschen Interessenten gekauft wie die Zuckerfabriken der DDR (Südzucker AG, Zuckerverband Nord AG u.a.), die VEB Dresdner Zigarettenfabriken, die die „f6“ herstellten (Zigarettenhersteller Phillip Morris München), Genthiner Waschmittelwerk, wo das Waschmittel Spee hergestellt wurde (Firma Henkel).“<sup>3</sup>

Das westdeutsche Kapital beeilte sich nicht nur, sich die Handelsketten anzueignen, sondern ebenso, das Stromnetz in Beschlag zu nehmen. Im August 1990 kauften RWE, PreussenElektra AG und Bayernwerk AG (die letzten beiden bilden heute Teile von E.ON) bei der Treuhand das zentrale „Energieverbundnetz der noch existierenden DDR“.<sup>4</sup>

In einem anderen Artikel gibt derselbe Autor Zahlen zur Entwicklung des Außenhandels an. Mit einem Exportvolumen von ca. 30 Milliarden DM war die DDR 1990 etwa gleichauf mit dem Wert der Waren, die aus der BRD nach Osteuropa exportiert wurden. Nach der Annektion der DDR brachen die Exporte aus Ostdeutschland ein und die aus Westdeutschland stiegen an. 1995 gingen aus „dem Westen“ Exporte im Wert von 56 Milliarden DM, aus „dem Osten“ nur noch im Wert von 5 Milliarden DM nach Osteuropa.<sup>5</sup>

1 Ralph Hartmann: Die Liquidatoren, Verlag Neues Leben, 1996 Berlin, S.9.

2 Klaus Steinitz: Die Treuhandgesellschaft und der wirtschaftliche Absturz Ostdeutschlands in: Die Treuhand - der Widerstand in Betrieben der DDR - Gewerkschaften (1990 -1994), Nora Verlag, S.17 f.

3 Klaus Steinitz: Die Treuhandgesellschaft und der wirtschaftliche Absturz Ostdeutschlands, a.a.O., S.17

4 Klaus Steinitz: Die Wirtschaft in den neuen Ländern nach der Wende (1989/90 - 1998); Quelle: <http://www.barkhof.uni-bremen.de/kua/memo/docs/steinitz.pdf>, S.8

5 Klaus Steinitz: Die Wirtschaft in den neuen Ländern nach der Wende (1989/90 - 1998); a.a.O., S. 24

## Keine Konkurrenz entstehen lassen

„Die Angliederung der ostdeutschen Wirtschaft war vor allem ein Prozess der Neuverteilung des Vermögens und der Märkte sowie der Abwicklung der ehemals volkseigenen Betriebe im Interesse der westdeutschen Konzerne. Die Treuhand hat rund 85% des von ihr verwalteten produktiven, ehemals volkseigenen Vermögens der DDR in den Besitz westdeutscher Unternehmen überführt.“<sup>6</sup>

Eine andere Quelle bestätigt diese Zahl und gibt außerdem an, dass ausländische Investoren sich weitere 9% des vorhandenen Kapitals aneignen konnten. Nur 6% entfielen auf „Ostdeutsche“-Bewerber.<sup>7</sup> Versuche von Betriebsdirektoren, die von ihnen zuvor geleiteten Betriebe zu übernehmen, wurden meist abgelehnt und ihnen wurden die dazu notwendigen Kredite in der Regel nicht zur Verfügung gestellt.<sup>8</sup> Dieses Vorgehen prägt die ökonomische Struktur Ostdeutschlands noch heute, wie wir weiter unten sehen werden. Wo Produktionsstätten nicht einfach stillgelegt wurden, wurden sie in Anhängsel der Konzernzentralen in Westdeutschland verwandelt.

## Aneignung der Ersparnisse der Bevölkerung

Eine der Funktionen von Banken und insbesondere Versicherungen im Kapitalismus ist es, Ersparnisse der Bevölkerung in Kapital zu verwandeln. Dementsprechend war auch hier die Treuhandgesellschaft sehr bemüht, schnell mit westdeutschen Konzernen handelseinig zu werden, um dieses Potenzial auszunutzen.

„Das gesamte Geld- und Kreditwesen sowie die Versicherung der DDR wurde von den westdeutschen Banken und Versicherungskonzernen übernommen. Ein dichtes Netz von Filialen wurde in einem rasanten Tempo und mit beträchtlichen Mitteln aufgebaut und erweitert.“<sup>9</sup>

## Geschenke an westdeutsche Konzerne

„Zu dem in Treuhandregie zu privatisierenden Vermögen gehörten 8.500 Kombinate und Betriebe, deren Anzahl sich durch Aufteilungen auf 12.000 erhöhte, rund 20.000 große und kleine Einzelhandelsgeschäfte, rund 7.500 Betriebe der Gastronomie, rund 9.000 Buchläden, 1.854 Apotheken, 3,68 Millionen Hektar land- und forstwirtschaftliche Flächen



*Industrieruine*

und 25 Milliarden Quadratmeter Immobilien.“<sup>10</sup>

Der Gesamtwert dieses Kapitals, das die Treuhand zu verwalten hatte, wurde auf 600 Milliarden DM geschätzt. Bei ihrer Auflösung wies ihre Bilanz jedoch ein Minus von 256 Milliarden DM auf.<sup>11</sup> Machen wir uns bewusst, dass es hierbei nicht um trockene Buchhaltung mit großen Zahlen geht. Real organisierte die Treuhand den erfolgreichsten imperialistischen Raubzug aller Zeiten mit satten 850 Milliarden DM als fette Beute für die kapitalistischen Eroberer. Wie konnte das passieren? All diese Betriebe wurden fast ausschließlich zu symbolischen Preisen verkauft, und zwar wie oben geschrieben zumeist an westdeutsche Konzerne. Einige der so aufgekauften Betriebe wurden nach oben benannten Kriterien in die nunmehr gesamtdeutsche Ökonomie eingeordnet. Andere wurden jedoch geschlossen, das in ihnen fixierte Kapital wurde verkauft.

Auch erhielten aufgekaufte Betriebe Anschubfinanzierungen im großen Stil aus EU-Fördermitteln. Ihr Gesamtvolumen betrug weitere 264 Milliarden DM. Auch hiervon ist ein großer Teil veruntreut oder ganz legal zum Stopfen von Löchern im Budget der neuen Mutterkonzerne genutzt worden.<sup>12</sup> Klaus Blessing gibt für die damals grassierende Korruption mehrere Beispiele, von denen wir hier eines zitieren: „Der Treuhanddirektor der Niederlassung Halle, Wilfried Glock, einst Gebrauchtwagenhändler, wurde 1995 vom Landgericht Stuttgart zu fünfeinhalb Jahren Haft verurteilt. Er hatte sich von dem Ex-Chef der Göppinger Bellino-Werke, Wolfgang Greiner, mit mehr als 5 Millionen DM bestechen lassen. Als Gegenleistung durfte Greiner mit Glocks Segen 23 Firmen und Grundstücke aus dem Vermögen der Treuhandanstalt erwerben und ausbeuten. Greiner fälschte eine Auszahlungsmittelteilung und zweigte zwei Millionen DM auf sein Privatkonto ab. Dreimal

6 Klaus Steinitz: Die Wirtschaft in den neuen Ländern nach der Wende (1989/90 – 1998); a.a.O.,

7 Klaus Blessing: Die Schulden des Westens, edition Ost, S. 17

8 Klaus Steinitz: Die Treuhandgesellschaft und der wirtschaftliche Absturz Ostdeutschlands, a.a.O., S.17

9 Klaus Steinitz: Die Wirtschaft in den neuen Ländern nach der Wende (1989/90 – 1998); a.a.O., S.8

10 Klaus Steinitz: Die Treuhandgesellschaft und der wirtschaftliche Absturz Ostdeutschlands; a.a.O., S.16

11 Klaus Blessing: Die Schulden des Westens, edition Ost, S. 15f.

12 Klaus Blessing: Die Schulden des Westens, edition Ost, S. 21

missbrauchte er seine Zugriffsmöglichkeit auf die erworbenen Unternehmen, um insgesamt 20 Millionen DM zur Sanierung seiner inzwischen notleidenden Firma Bellino zu verwenden.“<sup>13</sup>

Dies sind nur einige Methoden, die sowohl Unternehmer als auch Manager und Unternehmensberater nutzten, um sich an der Annektion der DDR zu bereichern. Hinzu kommen zum Beispiel offene Kredite in Milliardenhöhe<sup>14</sup>, die westdeutsche Banken zusammen mit den ostdeutschen Bankhäusern oft zu Spottpreisen übernahmen. Die BRD verbürgte sich für diese Kredite und zahlte, wenn die Gläubiger zahlungsunfähig wurden, die Kredite aus Steuergeldern zurück.

Die dadurch notwendigerweise explodierende Staatsverschuldung des „wiedervereinigten“ Deutschlands wurde an die ArbeiterInnenklasse durchgereicht. Gesamtdeutsch über den Solidaritätszuschlag auf die Lohnsteuer, der eben nicht von den „Wessis“ an die „Ossis“ fließt, sondern von den ArbeiterInnen an die Kapitalisten gezahlt wird. Weniger bekannt, aber für die konkreten Lebensbedingungen im Osten bis heute sehr zentral ist der folgende Dreh: In der Planwirtschaft der DDR entstanden in den Kommunen planmäßig als Rechnungsgrößen Schulden für notwendige Ausgaben, die der Bevölkerung zugute kamen, aber keine bzw. keine kostendeckenden Einnahmen erwirtschafteten. Diese rechnerischen Verluste wurden in der DDR aus dem Staatshaushalt nach Plan ausgeglichen. Mit dem Einheitsvertrag wurden diese Rechengrößen über Nacht zu echten Schulden der ostdeutschen Kommunen. Sie werden von der Bevölkerung, d.h. den ArbeiterInnen und Werktätigen, in einer Art Schuldnechtschaft seit Jahrzehnten „zurückgezahlt“. Dies geschieht in Form von verfallener Infrastruktur abseits der schmucken Innenstädte, ausgedünnten staatlichen Dienstleistungen, neuen Gebühren (z.B. für Kinderbetreuung in Kitas), steigenden Mieten in den Plattenbauten, die oft noch kommunalen Wohngesellschaften gehören usw.

## DER KAPITALISMUS MUSS TUN, WAS DER KAPITALISMUS TUN MUSS!

Das Ergebnis dieses Vorgehens war ein sowohl für die Wirtschaft, als auch für die Menschen in Ostdeutschland sehr einschneidender Prozess. Der Absturz in der Wirtschaftsleistung und im Lebensstandard war in der ersten Hälfte der 90er Jahre am krassesten, seine Auswirkungen halten jedoch bis

heute an. Diverse Autoren, die mit der DDR sympathisierten oder einfach nur von der Entwicklung schockiert sind, stehen ratlos vor diesem Prozess. Sie empören sich darüber, dass der „Westen“ eine jahrelang einigermaßen eigenständige Volkswirtschaft einfach platt gemacht habe. Sie führen Beispiele dafür an, dass es zahlreiche Betriebe gab, deren Exportgüter in die ganze Welt geliefert worden sind. Sie führen an, dass dieser Export ja wohl weiterhin möglich gewesen wäre. Das Problem an dieser Argumentation ist, dass sie betriebswirtschaftlich herangeht und nicht volkswirtschaftlich und bürgerlich statt marxistisch.

Als MarxistInnen müssen wir das Kapital so sehen, wie es heute im Imperialismus funktioniert: Reichtum in den Händen einer gesellschaftlichen Minderheit, der in Bewegung gesetzt wird, um Maximalprofit zu erwirtschaften. Es ist deswegen nicht entscheidend, was aus betriebswirtschaftlicher Sicht vorstellbar oder sinnvoll gewesen wäre, und auch nicht, was jahrzehntelang in der DDR funktioniert haben mag. Denn die DDR wurde beseitigt und der BRD eingegliedert. Ab diesem Moment ist hauptsächlich entscheidend gewesen, was den Interessen der herrschenden Klasse der BRD dient.

Wenn wir uns vor diesem Hintergrund das oben geschilderte Vorgehen ansehen, dann bleibt kein Platz für moralische Empörung. Wir müssen stattdessen anerkennen, dass die Annektion der DDR ein großer Coup für die westdeutsche Bourgeoisie war und sie vollkommen rational gehandelt hat. Die Jahre der Wiedervereinigung und danach waren weltweit und insgesamt in Europa von einer zyklischen Überproduktionskrise geprägt. Die westdeutsche Bourgeoisie brauchte Absatzmärkte und Anlagemöglichkeiten für ihr Kapital wie jede imperialistische Bourgeoisie. Das ist, was sie sich in Ostdeutschland geschaffen hat. Was sie sicherlich nicht brauchte, waren eigenständige ostdeutsche Industrieunternehmen, die ihr auf einem ohnehin vollen Markt Konkurrenz machen würden, und offenbar hatte sie auch keinen Bedarf daran, die Produktion mit vergleichsweise veralteter Technologie fortzuführen.

Auch die durch staatliche Subventionen ermöglichten Baumaßnahmen und Modernisierungen der Infrastruktur folgen diesem Muster. Sie schufen einen großen Absatzmarkt für die westdeutsche Bauwirtschaft und zugleich die Voraussetzungen für die weitere ökonomische Expansion der BRD Richtung Osteuropa.

Formulierungen wie „der Westen hat uns hier platt gemacht“ entsprechen zwar definitiv dem Lebensgefühl großer Teile der ArbeiterInnenklasse in

13 Klaus Blessing: Die Schulden des Westens, edition Ost, S. 20

14 Klaus Blessing: Die Schulden des Westens, edition Ost, S. 23

Ostdeutschland, sie führen aber an der Hauptsache vorbei: Nämlich, dass es der BRD-Imperialismus war, der die Ökonomie in Ostdeutschland seinen Interessen entsprechend umgebaut und dabei „platt gemacht hat“. Die moralische Empörung vieler KommentatorInnen mit marxistischem Anspruch über das brutale Vorgehen ist politisch gesehen reformistisch. Sich so zu positionieren bedeutet ja letztlich nur, im Nachhinein einzufordern, dass der Kapitalismus anders, weniger rücksichtslos, weniger brutal, eben weniger „kapitalistisch“ hätte vorgehen sollen!

Der wiederaufgenommene Kampf des deutschen Imperialismus darum, eine Großmacht zu werden, hat mit der Annektion der DDR seinen Anfang genommen. Die eigene Machtbasis wurde bereits damit massiv erweitert und die angewandten Formen (Währungsunion, Durchsetzung der Vormacht deutscher Industrie, Nutzung der kontrollierten Wirtschaftsräume als Absatzmärkte und Zulieferer) fanden danach sowohl auf dem Balkan (nach der Zerschlagung Jugoslawiens) und in der EU wieder Anwendung.

## BLÜHENDE LANDSCHAFTEN UND REALE DE-INDUSTRIALISIERUNG

Die Übernahme der Volkswirtschaft der DDR brachte also einschneidende Änderungen in den Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Menschen im Osten Deutschlands mit sich. Wir wollen die ökonomischen und sozialen Folgen jetzt etwas genauer betrachten. Dazu gehört auch, die Frage nach der zukünftigen ökonomischen Entwicklung objektiv zu untersuchen, statt einfach historische Trends der De-Industrialisierung der 1990er Jahre linear in die Zukunft fortzuschreiben.

### Ökonomische Folgen der Annektion

Klaus Steinitz hat die Folgen der DDR-Annektion für die Jahre 1996/97 sehr plastisch gemacht (Siehe BILD 1; S.43). Der Osten Deutschlands wies im Verhältnis zu seiner Bevölkerung überproportional viele Arbeitslose auf und konnte ansonsten nur im Bereich der Landwirtschaft mit den alten Bundesländern mithalten. Demgegenüber stand ein extrem krasser Rückstand in Hinblick auf Industrie, Forschung und Export auf den gesamtdeutschen Durchschnitt. Seitdem ist die Entwicklung jedoch weiter gegangen und muss von uns KommunistInnen untersucht werden.

Zunächst muss festgehalten werden, dass Ostdeutschland weiterhin gegenüber dem meisten anderen Teilen Deutschlands industriell unterentwickelt ist.

Die schematische Darstellung der größten Industriestandorte in Deutschland (Siehe BILD 2<sup>15</sup>, S.43) zeigt erstens ein massives Übergewicht der „alten Bundesländer“ gegenüber den „neuen“ und zweitens, dass bestimmte zentrale Branchen wie der Maschinenbau fast gar nicht im Osten anzutreffen sind.

Die Standorte der Konzernzentralen aller DAX-Konzerne zeigen ein noch deutlicheres Ungleichgewicht zugunsten des Westens. „Von den größten und bedeutendsten Aktiengesellschaften des Standortes Deutschland haben exakt sieben ihren Firmensitz in den Neuen Bundesländern: zwei in Jena und fünf in Berlin. In den anderen ostdeutschen Bundesländern befindet sich kein einziger Hauptsitz.“<sup>16</sup>

Diese Verlagerung der Konzernzentralen in den Westen erklärt auch den massiven Rückgang der Beschäftigtenzahl in der Industrieforschung von 75.000 (1989) auf ca. 12.000 (1994) in Ostdeutschland im Zuge der Annektion der DDR.<sup>17</sup> Ein Ungleichgewicht in den Investitionen in sogenannte FuE (Forschung und Entwicklung) besteht bis heute.<sup>18</sup>

Klaus Steinitz fasste diese Situation 1998 wie folgt zusammen: „Ein spezifisches Merkmal der Wirtschaft der neuen Bundesländer besteht darin, dass sich eine recht eigentümliche Art von Unternehmensstrukturen herausgebildet hat. Die ostdeutsche Wirtschaft befindet sich zu einem großen Teil in der Hand des westdeutschen Kapitals und muß als eine in wesentlichen Zügen von westdeutschen Konzernen und von Transferzahlungen abhängige Dependenzökonomie charakterisiert werden. Die Produktion ist größtenteils wenig forschungsintensiv und in nur wenigen Fällen Grundlage für die Herausbildung vernetzter regionaler Strukturen. Der hohe Anteil der Produktion als verlängerte Werkbänke westdeutscher Unternehmen führt auch zur Verringerung des Steueraufkommens der neuen Bundesländer und der ostdeutschen Kommunen. Der Anteil der neuen Bundesländer am Gewerbesteueraufkommen Deutschlands ist weit geringer als ihr Anteil an der Produktion.“<sup>19</sup> Wir halten Steinitz' Bewertung als „verlängerte Werkbänke“ der großen deutschen

15 Dr. Jörg-Peter Naumann Gesellschaft für Unternehmensberatung: Industriestandorte in Deutschland, [http://www.jpnaumann.de/publikationen/JPN\\_Publikation\\_Industriestandorte.pdf](http://www.jpnaumann.de/publikationen/JPN_Publikation_Industriestandorte.pdf)

16 C. Schürmann, K. Voß: Wo der DAX sitzt - Ostdeutschland fast ohne Konzernzentralen in: Atlas der Industrialisierung der neuen Bundesländer, Rostock 2013, S. 17

17 Klaus Steinitz: Die Wirtschaft in den neuen Ländern nach der Wende; a.a.O., S.9

18 Wirtschaftsdaten neue Länder, April 2016 Berlin, S. 14; [https://www.beauftragte-neue-laender.de/BNL/Redaktion/DE/Downloads/Publikationen/wirtschaftsdaten-neue-laender-2016.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.beauftragte-neue-laender.de/BNL/Redaktion/DE/Downloads/Publikationen/wirtschaftsdaten-neue-laender-2016.pdf?__blob=publicationFile&v=3)

19 Klaus Steinitz: Die Wirtschaft in den neuen Ländern nach der Wende; a.a.O., S.7

Monopole (nicht „westdeutscher Unternehmen“) für zutreffend; auch die heutige Situation in Ostdeutschland kann so charakterisiert werden.

Der weiterbestehenden Konzentration der industriellen Zentren im Westen Deutschlands entspricht auch eine durchschnittlich geringere Betriebsgröße in Ostdeutschland. In Betrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten waren im verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2015 in Westdeutschland 27,3 % der Beschäftigten tätig, dem stehen 11,5% im Osten<sup>20</sup> gegenüber.<sup>21</sup>

Die industrielle Unterentwicklung Ostdeutschlands kommt auch darin zum Ausdruck, dass die jährlichen Investitionen pro Einwohner im verarbeitenden Gewerbe – unterbrochen durch die Krisen 2001 und 2008 - von 1995 bis 2013 in Ostdeutschland von etwas unter 600€ auf ca. 800€ geklettert sind. Während sie in Westdeutschland von ca. 900€ (1995) auf knapp 1.400 € (2013) gestiegen sind.<sup>22</sup>In dieser Hinsicht kann also auf Grundlage der hochoffiziellen Zahlen der Bundesregierung selbst von einer Angleichung Ostdeutschlands an das wirtschaftliche Entwicklungsniveau des Westens keine Rede sein. (Vgl. BILD 3)

Die mit 35% deutlich geringere Exportquote ostdeutscher Betriebe im verarbeitenden Gewerbe gegenüber 50% in Westdeutschland<sup>23</sup> bringt zum Ausdruck, dass in Ostdeutschland mehr kleine Unternehmen sitzen, die für den regionalen Markt produzieren. Sie zeigt auch, dass ein bedeutender Teil der ostdeutschen Industrie von Zulieferbetrieben für die Produktionsstätten im Westen gestellt wird.

Zuletzt eine auch für das Bewusstsein der Massen in Ostdeutschland sehr prägende Zahl: Die Arbeitslosigkeit. Steinitz gibt sie 1996 wie folgt an: „Heute besteht in Ostdeutschland ein reales Defizit von über 3 Millionen Arbeitsplätzen. Die Arbeitslosenquote auf Basis der registrierten Erwerbslosen liegt Anfang 1998 bei 20%, einschließlich der verdeckten Arbeitslosen bei fast 30%.“<sup>24</sup>

Hierzu ist zunächst zu sagen, dass die offizielle Arbeitslosenquote von 1996 bis etwa 2006 zwischen 17 und 20 % geschwankt hat und damit praktisch durchgängig etwa doppelt so hoch wie „im Westen“ lag. Auch mit den frisierten Berechnungsmethoden nach den Hartz-IV-Reformen liegt Ostdeutschland

20 Bei allen Zahlen ist zu beachten, dass wenn nicht explizit von den neuen Bundesländern, sondern allgemein von Ostdeutschland die Rede ist, die Statistik aus Ostdeutschland noch durch Berlin, das ökonomisch Westdeutschland deutlich stärker angeglichen ist, nach oben „verfälscht“ werden.

21 Wirtschaftsdaten neue Länder, April 2016 Berlin, a.a.O., S. 17

22 Wirtschaftsdaten neue Länder, April 2016 Berlin, a.a.O., S. 9

23 Wirtschaftsdaten neue Länder, April 2016 Berlin, a.a.O., S. 11

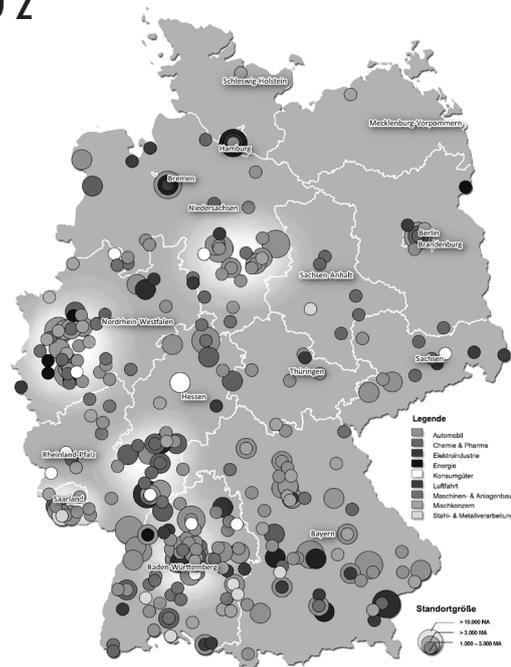
24 Klaus Steinitz: Die Wirtschaft in den neuen Ländern nach der Wende; a.a.O., S.5

## BILD 1

Anteile der neuen Bundesländer an Deutschland insgesamt (Anteile in v.H.)

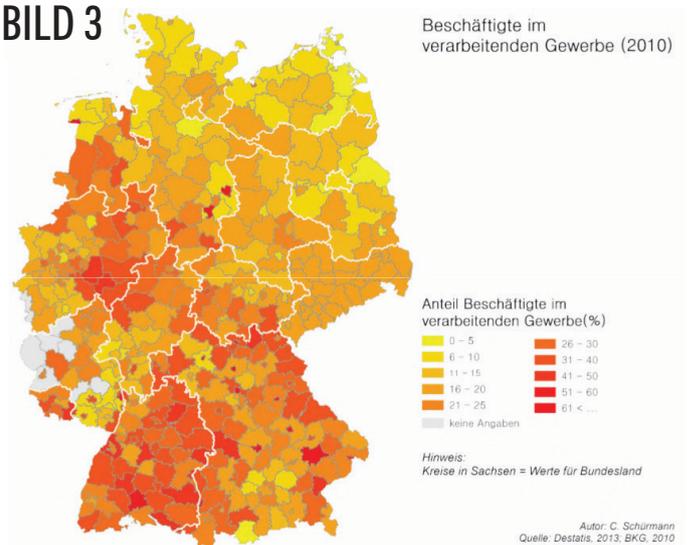
	1996
Bevölkerung	19
Erwerbstätige (1997)	18
Arbeitslose – registrierte - (1997)	31
Arbeitslose – registrierte und verdeckte - (1997)	36
BIP, in effektiven Preisen	11
Industrie (Umsatz)	6
Maschinenbau (Umsatz)	5
Elektrotechnik (Umsatz)	5
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	31
Rinder	18
Schweine	13
Export	3
FuE-Aufwand Wirtschaft	5
FuE-Aufwand verarb. Gewerbe	3

## BILD 2



Industriestandorte in Deutschland

## BILD 3



Anteil der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland

im Jahr 2013 mit 9,7% noch immer deutlich über dem Westen mit 5,7%.<sup>25</sup>

Am Ende dieses Abschnitts muss erwähnt werden, dass Ostdeutschland nicht gleich Ostdeutschland ist. Bereits im 19. Jahrhundert ließen sich sehr deutliche Unterschiede in dieser Region selbst ausmachen. So gehörten Sachsen und Thüringen historisch zu den industriell bedeutsamsten Regionen, während in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern auch damals keine starke Industrie anzutreffen war. Die Geschichte scheint sich hier zu wiederholen, und dem am dünnsten besiedelten Bundesland Mecklenburg-Vorpommern stehen Teile Sachsens und Thüringens gegenüber, die sich wirtschaftlich und sogar industriell durchaus dynamisch entwickeln.

### Wohin weist die ökonomische Entwicklung?

Als MarxistInnen müssen wir uns natürlich die Frage stellen, wohin die Entwicklung im Osten Deutschlands weist. Sind die massiven ökonomischen Einbrüche ein für den deutschen Imperialismus notwendiger Schritt gewesen, um nun die „Wiedervereinigung“ auch ökonomisch abzuschließen, eine neue Industrie in Ostdeutschland aufzubauen und die bestehenden massiven Ungleichheiten letztlich zu beseitigen?

Zunächst muss eingeräumt werden, dass der Prozess der gezielten Deindustrialisierung des Ostens sich nicht ewig fortsetzte, sondern mittlerweile auch tatsächlich wieder Industriekapital nach Ostdeutschland fließt. Bedeutsam sind dabei die Chemieindustrie und einige Standorte in der Automobilindustrie. Außerdem stellt der „Industrieatlas Ostdeutschland“ von der Uni Rostock fest: „Die forschungsintensiven, innovativen Branchen zeigen im Trend der letzten Jahre ein überdurchschnittliches Wachstum und sind damit Aufsteiger der gewerblichen Wirtschaft. Darüber hinaus gehört auch die Versorgung mit Energie und Wasser zu den Wachstumstreibern.“<sup>26</sup>

In der Tat sind verschiedene sich ökonomisch entwickelnde Regionen Ostdeutschlands wie z.B. das sogenannte „Saxony Valley“ vor allem für Branchen wie IT, Nanotechnologie, Solarindustrie oder Biotechnologie bekannt. Wie ist das zu erklären? Zwar können große Produktionsstandorte in traditionellen Branchen im Westen von den Kapitalisten trotz z.B. geringerer Lohnkosten in Ostdeutschland nicht ohne weiteres umgesiedelt werden, da sehr viel fixes Kapital in ihnen steckt, das sich noch in Jahren und Jahrzehnten amortisieren muss. Anders sieht es aber

aus, wenn aufgrund von Sprüngen in der Produktivkraftentwicklung ohnehin neue Produktionsstandorte aufgebaut werden müssen: Warum dann also kein „Saxony Valley“ im Osten schaffen?

In der Gesamtschau müssen wir dennoch davon ausgehen, dass die industrielle Unterentwicklung Ostdeutschlands auf Sicht von Jahrzehnten bestehen bleiben wird.

### Soziale Folgen

Wie so oft müssen wir an dieser Stelle vorweg schicken, dass unsere Kanäle und unsere Verankerung in den Massen noch zu gering und zufällig sind, um aus unseren Eindrücken zu belastbaren und allseitigen Schlussfolgerungen zu kommen. Jedoch lässt sich feststellen, dass die oben skizzierten und mit kalten Zahlen dargestellten Prozesse tiefe Spuren im Bewusstsein der Menschen in Ostdeutschland hinterlassen haben.

Im Jahr 1998 stellt Steinitz hierzu fest: „Die Hoffnung der ersten Zeit nach der Wende ist bei großen Teilen der ostdeutschen Bevölkerung der Unsicherheit und Furcht vor der Zukunft gewichen. Hoffnungslosigkeit, wieder einen vollwertigen Arbeitsplatz zu erhalten bei den Erwerbslosen und Angst um den Arbeitsplatz bei den im Erwerbsleben Stehenden bestimmen zunehmend das Lebensgefühl von vielen Millionen Menschen in Ostdeutschland.“<sup>27</sup>

Das Kapital wurde aus dem Osten in den Westen gezogen und im Kapitalismus muss die Arbeitskraft dem Kapital folgen. Von 1989 bis 2008 zogen 4,1 Millionen Menschen aus dem Osten Deutschlands in den Westen. Zu beachten ist allerdings, dass rund zwei Millionen Personen, viele von ihnen ursprünglich „Ostdeutsche“, wieder zurück nach Ostdeutschland zogen, da auch das kapitalistische Westdeutschland nicht hielt, was verheißten worden war. Blessing stellt dabei heraus, dass die typischen Auswanderer jung und hoch qualifiziert waren, da sich gerade für sie wenig Perspektiven in den neuen Bundesländern boten.<sup>28</sup> Man muss hier also von einer Form des Brain Drain (= Abzug von qualifizierter Arbeitskraft in die imperialistischen Zentren) sprechen.

Lassen wir Ostberlin außer Acht,<sup>29</sup> so hat sich die Einwohnerzahl der neuen Bundesländer von 15,1 Millionen (1989) auf 12,5 Millionen (2015) reduziert.

27 Klaus Steinitz: Die Wirtschaft in den neuen Ländern nach der Wende; a.a.O.,

28 Klaus Blessing: Die Schulden des Westens, edition Ost, S. 33 ff.

29 Ostberlin wird hier außer Acht gelassen, weil Berlin tatsächlich zu einer wirtschaftlichen Einheit heranwächst, die in vielen Punkten mehr dem Entwicklungsstand Westdeutschlands als Ostdeutschlands entspricht. Eine rein formale Untersuchung der heutigen Einwohnerzahlen in den Ostbezirken Berlin ist wenig sinnvoll.

25 Wirtschaftsdaten neue Länder, April 2016 Berlin, a.a.O., S. 19

26 K. Voß: Spezifische Industriebranchen in Ostdeutschland in: Atlas der Industrialisierung der neuen Bundesländer, Rostock 2013, S. 72

## DIE AUFGABE DER KOMMUNISTINNEN

Um die Auswirkungen dieser massiven Bevölkerungseinbußen zu verdeutlichen führen wir folgende Tabelle an, die die Bevölkerungsentwicklung in diversen wichtigen ostdeutschen Städten von 1989 bis 2010 aufzeigt:

Stadt	1989	2010	Veränderungen in %
Dresden	518.057	523.058	0,97
Leipzig	545.307	522.883	-4,11
Chemnitz	311.765	243.248	-21,98
Halle (Saale)	330.000	232.963	-29,41
Magdeburg	290.579	231.525	-20,32
Erfurt	220.016	204.994	-6,83
Rostock	253.990	202.735	-20,18
Potsdam	142.862	156.906	9,83
Jena	108.010	105.129	-2,67
Cottbus	128.639	102.091	-20,64
Gera	134.834	99.262	-26,38
Schwerin	130.685	95.220	-27,14
Zwickau	121.749	93.750	-23,00

Führen wir uns vor Augen, dass in Städten wie Chemnitz, Halle, Magdeburg, Rostock oder Cottbus heute mindestens ein Fünftel Personen weniger als noch 1989 leben, wird deutlich, wie einschneidend der Wegzug einige Städte und Regionen verändert hat. Es ist kein großes Wunder, dass die Menschen unter diesen Umständen das Gefühl haben, in einer „sterbenden Region“ zu leben.

Hinzuzufügen ist, dass ein beträchtlicher Teil der Menschen, die in Ostdeutschland leben, als Pendler in den alten Bundesländern arbeiten oder sogar teilweise die ganze Woche an einem Zweitwohnsitz in der Nähe ihrer westdeutschen Arbeitsstelle verbringen. Ebenfalls verbreitet ist die Ausbeutung von ostdeutschen LeiharbeiterInnen im „Westen“.

In unserer praktischen Arbeit konnten wir bisher nicht viel mehr als einige Eindrücke vom Lebensgefühl der Menschen gewinnen und diese sind sicherlich nicht repräsentativ für ganz Ostdeutschland. Unsere Eindrücke stammen hauptsächlich aus einer der oben genannten Städte, die in den letzten 30 Jahren massiv an Wirtschaftskraft und Bevölkerung verloren haben.

Wir können daher zum Bewusstsein der ArbeiterInnenklasse, das aus dem geschilderten Prozess hervorgeht, und den sich daraus ergebenden Aufgaben der KommunistInnen vorerst nur einige Hypothesen aufstellen.

Zunächst könnte die Frage aufgeworfen werden, ob wir die Besonderheiten Ostdeutschlands mit herkömmlichen marxistischen Kategorien begreifen können.

Zum Beispiel, ob es sich um eine ungelöste nationale Frage handelt und die Ostdeutschen „als Nation unterdrückt“ werden. Unserer Ansicht nach lässt sich diese Frage mit Nein beantworten.

Historisch ist die nationale Frage als Problem der entstehenden Bourgeoisie entstanden, die eine Nation und einen Nationalstaat benötigte, um sich ökonomisch zu entwickeln und ihren eigenen Binnenmarkt zu sichern. Auf ökonomischer Ebene ist aber die Annexion der DDR viel zu konsequent von den Monopolen der BRD durchgeführt worden, als dass sich eine eigene ostdeutsche Bourgeoisie mit besonderen Interessen in nennenswerter Stärke hätte behaupten können. Wo Betriebsdirektoren und sonstige staatliche Kader den Sprung zum Unternehmer im vereinigten Deutschland geschafft haben, bleibt ihre Bedeutung regional.

Weiterhin müsste schon bewiesen werden, worin hier konkret eine nationale Unterdrückung besteht.

Die Möglichkeit, dass sich Ostdeutschland beziehungsweise die DDR zu einer eigenen Nation entwickelt, hätte nur bestanden, wenn sich dort ein erfolgreicher dauerhafter sozialistischer Aufbau vollzogen hätte.

Feststellbar ist jedoch, dass sich dennoch ein gewisser „ostdeutscher Patriotismus“ herausgebildet hat, in dem sich DDR-Nostalgie und eine trotzig distanz zu den sogenannten „Wessis“ vermischen.

Anders sieht es aus, wenn sich Bewohner der alten Bundesländer, die sonst keine Verbindung zu Ostdeutschland haben, überhaupt für dieses Thema interessieren. Ganz klar ist immer noch der Chauvinismus gegenüber dem Osten zu spüren, der für die BRD erst eine ideologische Waffe gegen die DDR dargestellt hat und später zur Rechtfertigung des Vorgehens bei ihrer Annexion und ökonomischen Einverleibung diente. Der ehemaligen DDR und ihren Einwohnern haftet immer noch der Ruf an, faul, unproduktiv und obrigkeitshörig zu sein und sich außerdem aus den alten Bundesländern finanzieren zu lassen. Dabei war es genau umgekehrt: Dass nämlich von den ArbeiterInnen der DDR geschaffener Wert, der sich mit hunderten Milliarden DM beziffern lässt, bei der Annexion an westdeutsche Monopole transferiert wurde, ist dagegen kein Allgemeingut! Ebenso wenig wie die Tatsache, dass die Transferzahlungen von West nach Ost nur als eine Maßnahme einzuschätzen sind, um den vollkomme-



nen ökonomischen Kollaps und den geschlossenen Absturz in die Armut von Millionen von damals frischgebackenen „Bundesbürgern“ zu verhindern. Die Salomitaktik einer zeitlich gestreckten und über staatliche Transferzahlungen abgemilderten Deindustrialisierung folgt dabei Konzepten und Erfahrungen, wie sie der deutsche Imperialismus schon seit den 1960er Jahren bei der Abwicklung der Kohle- und Stahlindustrie angewandt hat.

Der ideologischen Spaltung in „Ost“ und „West“ müssen wir KommunistInnen entgegentreten. Große Teile der neuen Bundesländer gehören zu den ärmsten Regionen Deutschlands. Jedoch muss hervorgehoben werden, dass sie nicht die einzigen sind, die besonders unter der Herrschaft des Imperialismus leiden. Auch andere Regionen Deutschlands büßen ihre vorherige ökonomische Bedeutung insbesondere im Bereich der Industrie ein und haben ebenfalls entsprechende soziale Folgen zu tragen. Beispielhaft wäre das Ruhrgebiet zu nennen.<sup>30</sup>

Zweitens bleibt es natürlich eine Tatsache, dass die Löhne in Ostdeutschland deutlich unter den Löhnen in den alten Bundesländern liegen. Jedoch ergeben Untersuchungen, die das unterschiedliche Preisniveau (Lebensmittel, Miete etc.) einbeziehen, ein etwas anderes Bild. Dann erscheinen zwar auch Städte wie Berlin, Leipzig und auch ganze Landstriche in Mecklenburg-Vorpommern als Orte, an denen sich die Armut ballt, ebenso aber Bremen, große Teile des Ruhrgebiets und sogar Köln.<sup>31</sup> Diese Tatsachen müssen gerade in Ostdeutschland bekannt gemacht werden, um die letzten Überreste von Illusionen in den reichen „kapitalistischen Westen“ zu zertrümmern.

Andererseits gibt es natürlich spezifische Bedingungen, die berücksichtigt werden müssen: Es stimmt leider, dass die faschistische Massenarbeit in vielen Teilen dieser Region sehr entwickelt ist und schon seit den Zeiten der DDR (als sie noch als

Mittel zur Destabilisierung eines aus Sicht der BRD feindlichen Staates galt) auf die Unterstützung des deutschen Staatsapparats zählen kann. Konkret wurden faschistische Kader aus den DDR-Gefängnissen freigekauft und pünktlich 1989 wieder in den Osten Deutschlands geschickt, um sich in Hoyerswerda, Rostock und Dresden ans Werk zu machen. Den Erfolg dieser langfristigen Massenarbeit sehen wir heute in der Tagesschau.

Zu betonen ist dabei die strategische Bedeutung einer ganzen Region, in der faschistische Strukturen die soziale und politische Hegemonie erobern. Sie würde im revolutionären Klassenkrieg der deutschen Bourgeoisie als ständige Quelle von Nachschub dienen. Diese Entwicklung ist letztlich schon im Gange. Beispielsweise wird gerade aufgrund der für die ArbeiterInnenklasse perspektivlosen Lage ein wachsender Anteil der Bundeswehr in den neuen Bundesländern rekrutiert. Schon im Jahr 2010 wird der Anteil von Ostdeutschen mit 62% angegeben.<sup>32</sup> Der antifaschistische Kampf wird somit auf absehbare Zeit von hoher Bedeutung in Ostdeutschland sein.

Der von unserer Organisation entwickelten Strategie des proletarischen Antifaschismus<sup>33</sup> folgend, stellt sich hierbei natürlich die Frage nach den vom Faschismus Betroffenen, auf die sich der Kampf stützen soll. Die vom Imperialismus hervorgerufenen Migrationsströme erreichen auch Ostdeutschland und vielerorts sind sie das Einzige, was dem anhaltenden Sinken der Einwohnerzahlen effektiv entgegenwirkt. Ihrer Heimat beraubt, sind die Flüchtlinge in einer Situation, in der sich ihnen nicht viele Alternativen zum Verbleib am zugewiesenen Ort bieten. Sie sind also wohl oder übel durch den deutschen Staat dem Rassismus und zum Teil auch dem Terror durch die chauvinistisch aufgehetzte deutsche Bevölkerung ausgesetzt. Die bekannt gewordenen Bilder von durch Anwohner verängstigten Flüchtlingen, die von sächsischen Polizisten aus dem Bus gezogen werden, sind zu einem Symbol für diese Tatsache geworden. Für die RevolutionärInnen in Ostdeutschland stellt sich somit die Aufgabe, Methoden für die Arbeit unter diesen Menschen zu entwickeln, sie zu politisieren und zu organisieren. Auf die Errungenschaften und Erfahrungen der selbstorganisierten Flüchtlingsbewegung muss dabei aufgebaut werden und die Verbindung zu ihnen gesucht werden. Für die alltägliche Arbeit gilt es geeignete Organisationsformen zu entwickeln. Die Diskussion über Propaganda in der Muttersprache der Migran-

30 Die Bevölkerungszahl des Ruhrgebiets wird für das Jahr 1961 mit 5,67 Millionen – dem bisherigen Maximum angegeben, zählt momentan ca. 5,05 Millionen und soll Prognosen zufolge bis 2030 auf 4,8 Millionen zurückgehen. Quelle: <http://www.metropoleruhr.de/land-leute/daten-fakten/bevoelkerung.html>

31 Die Welt: Kaufkraftarmut ballt sich in westdeutschen Städten, Artikel vom 26.02.2017, Quelle: <https://www.welt.de/wirtschaft/article162392927/Kaufkraftarmut-ballt-sich-in-westdeutschen-Staedten.html>

32 n-tv: „Ossifizierung“ der Bundeswehr – Unterschichtenarmee möglich, Artikel vom 21. April 2010

33 „Die antifaschistische Strategie“; Quelle: <http://komaufbau.org/die-antifaschistische-strategie/>

tInnen muss ebenfalls aufgenommen werden.

Hierzu ist abschließend zu sagen, dass es eine andere Situation gibt als bei den massiven Migrationsströmen (allen voran aus der Türkei und Kurdistan) in den 60er bis 80er Jahren. Damals wurde die Chance verpasst, die revolutionären Organisationen aus der Türkei/Kurdistan eng mit denen aus Deutschland zu verbinden. Heute stellt sich realistisch betrachtet vielmehr die Frage: Politisieren wir diese Menschen oder überlassen wir sie den islamistischen Fundamentalisten, die ihre Arbeit bereits aufgenommen haben? Als warnendes Beispiel mag die Migration aus den ehemaligen Sowjetrepubliken in den 1990ern dienen. Die sogenannten „Russlanddeutschen“ wurden von der revolutionären Linken nicht beachtet und laufen heute im Durchschnitt betrachtet von Putin bis zur NPD eher allen möglichen Reaktionären hinterher, als dass sie sich aufgrund ihrer rassistischen und sozialen Diskriminierung nach links wenden würden.

Aber die Geschichte Ostdeutschlands, insbesondere die DDR, bringt auch Möglichkeiten und Aufgaben mit sich. Zunächst einmal ist es so, dass diverse Studien einhellig feststellen, dass es noch immer einen sehr verbreiteten positiven Bezug auf die DDR unter der Bevölkerung Ostdeutschlands gibt. Hervorgehoben werden von Befragten die Sicherheit der Arbeitsplätze, die Sozialleistungen und das Sicherheitsgefühl allgemein, das nach 1990 verloren gegangen sei. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit oder die Organisation von gesellschaftlicher Kinderbetreuung und Reproduktionsarbeit gehören zum Sozialismus. Insofern bietet es uns natürlich Anknüpfungspunkte, dass diese Dinge der ArbeiterInnenklasse im Osten in positiver Erinnerung geblieben sind. Auch hier allerdings kommt man nicht um eine ernsthafte Analyse der DDR und ihrer inneren Widersprüche herum, die letztlich auch zu ihrer Zerstörung geführt haben. In Ostdeutschland wird uns als KommunistInnen ebenso wie anderswo die Frage entgegengehalten werden, warum die ArbeiterInnen trotz bitterer Erfahrungen noch einen Anlauf im Kampf für den Sozialismus wagen sollten? Was hat zum zwischenzeitlichen Scheitern dieser Anläufe geführt und was müssen wir diesmal anders machen?

Der Knackpunkt wird unserer Meinung nach hierbei nicht unbedingt sein, davon zu überzeugen, dass der Kapitalismus der ArbeiterInnenklasse keine Zukunft bietet und auch nicht, dass der Sozialismus besser wäre. Vielmehr wird die Schwierigkeit darin liegen, diese Erkenntnisse in Aktivität und Kampf zu verwandeln. Je nach Fragestellung äußert die Mehrheit der Bevölkerung in Ostdeutschland ihre Sym-

pathie zur DDR, was für viele gleichbedeutend mit Sozialismus ist. Es springt jedoch förmlich ins Auge, dass der naheliegende Schluss, „wir müssten wieder sowas wie die DDR erkämpfen“ fast nie gezogen wird. Stattdessen herrschen unserer Erfahrung nach eher große Ratlosigkeit bei der Frage, was verändert werden kann und eine misstrauische Orientierung auf den bürgerlichen Parlamentarismus vor. Diese Haltung werden wir aber weder mit antikapitalistischer Agitation noch mit Propaganda für den Sozialismus alleine überwinden. Die DDR wurde dem Osten Deutschlands von außen durch die Rote Armee gebracht. Sie entstand nicht aus einer volksdemokratischen Revolution. Es gibt also keine Erfahrung mit einer erfolgreichen Revolution in Deutschland. Die verbreitete Rat- und Perspektivlosigkeit (nicht nur im Osten) können wir nur knacken, wenn wir einen gangbaren und damit konkret zumindest vorstellbaren Weg zum Ziel aufzeigen können. Insofern ist die Frage nach der revolutionären Strategie zur Eroberung der politischen Macht, die wir im Artikel zur Oktoberrevolution und Strategie begonnen haben zu entwickeln, auch eine Frage, die uns in der Sprach- und Ratlosigkeit in den Plattenbauvierteln in Ostdeutschland entgegenschlägt.

Dieser Artikel ist als Aufforderung an die LeserInnen in Ost- und Westdeutschland gedacht, bürgerliches Denken und gezielt in unsere Köpfe eingepflanzte Vorurteile zu überwinden. Wir sollten uns intensiver mit den Themen DDR, Wiedervereinigung und Ostdeutschland auseinandersetzen. Die marxistisch-leninistische Analyse der Treuhand und des organisierten Raubzugs des deutschen Imperialismus ist ein Aufruf, nicht in der Vergangenheit stehen zu bleiben. Was kann dabei außer einem resignativen Rückzug ins Private entstehen, wenn man sich Jahr für Jahr immer wieder aufs Neue nur über vergangenes Unrecht beklagt oder an Erinnerungen aus vermeintlich besseren Tagen erwärmt? Die gesellschaftliche Realität besteht objektiv. Um die Zustände zu ändern, müssen wir die Erscheinungen so analysieren, wie sie sich hier und heute entwickeln.

Nicht zuletzt ist diese erste Analyse, die weitergeführt und vertieft werden muss, ein weiterer Aufruf an die KommunistInnen, ihre Zersplitterung auch entlang der ehemaligen Grenze zwischen DDR und BRD zu überwinden, den Marxismus-Leninismus gemeinsam auf die Höhe der Zeit zu heben, eine einheitliche Strategie und Taktik zu entwickeln, die wir heute im Kampf gegen den deutschen Imperialismus so dringend brauchen und damit letztlich die Einheit der KommunistInnen in einer Kommunistischen Partei zu erkämpfen.



# THESEN ZUR REVOLUTIONÄREN KULTUR DES PROLETARIATS

Was haben wir dem „Kampf der Kulturen“ entgegensetzen?

Die „Kultur“ hat einen rasanten Aufstieg als Kampfbegriff in der politischen Arena durchlebt. Kurz nach dem Fall der Sowjetunion stellte der US-Ideologe Huntington fest: „In der Welt nach dem Kalten Krieg sind die wichtigsten Unterscheidungen zwischen Völkern nicht mehr ideologischer, politischer oder ökonomischer Art. Sie sind kultureller Art.“ Heute hat sich diese Vorstellung bei Millionen Menschen verbreitet. Sie äußert sich in der Legitimation von Angriffskriegen und in faschistischen Massenbewegungen. In Deutschland nimmt das häufig die Form der Verteidigung des „christlichen Abendlandes“ und einer „deutschen Leitkultur“ gegen die „islamische Barbarei“ an.

In dieser schwierigen Gemengelage ist es unsere Aufgabe, uns nicht auf die Verteidigung oder Bekämpfung der einen oder anderen Seite einzulassen, sondern eine eigene Linie und Perspektive auch auf der Ebene der Kultur zu entwickeln.

## WAS IST KULTUR UND WIE ENTSTEHT SIE?

Unter Kultur werden je nach Blickwinkel sehr unterschiedliche Dinge verstanden. Der Duden definiert die Kultur zum Beispiel als die „Gesamtheit der von einer bestimmten Gemeinschaft auf einem bestimmten Gebiet während einer bestimmten Epoche geschaffenen, charakteristischen geistigen, künstlerischen, gestaltenden Leistungen.“<sup>1</sup>

Wir sehen hier einen engen bürgerlichen Kulturbegriff, der die Geistesbildung durch Philosophie, Wissenschaft, Künste usw. in den Vordergrund rückt.

Der Marxismus begreift Kultur dagegen deutlich umfassender. Kultur beinhaltet demnach die gesamte schöpferische Umgestaltung der Gesellschaft durch den Menschen und die Rückwirkung dieses Prozesses auf die Entwicklung des gesellschaftlichen Wesens. Die Kultur wird umfassend definiert als „eine synthetische [d.h. zusammenfassende] Kennzeichnung der Vergesellschaftung des Individuums, sie bestimmt das Niveau der individuellen Entwicklung des Menschen, die sich in seiner Denk- und Handlungsweise, in den individuellen Verhaltensmodellen und in seiner Reaktion auf verschiedene Situationen äußert.“<sup>2</sup> Von der Urgesellschaft bis zur Gegenwart sichert jede sozial-ethnische Gemeinschaft (Gens, Stamm, Stammesverband, Völkerschaft, Nationalität, Nation usw.), jede territorial, zeitlich und ethnisch relativ abgegrenzte soziale Einheit ihre Fortexistenz auf dem gegebenen Niveau durch ein solches System der Vergesellschaftung der Individuen.

Die Kultur ermöglicht es, die „objektivierten geschichtlich entwickelten subjektiven Wesenskräfte der Menschheit, die Errungenschaften der gesellschaftlichen Natur des Menschen, die in ihnen ge-

2 W.Kelle und M.Kowalson, Der historische Materialismus, Moskau 1975, S. 159 f.; Obgleich es sich hier um ein Werk aus der revisionistischen SU handelt, halten wir die Definition für passend.

1 <http://www.duden.de/rechtschreibung/Kultur>

speicherte soziale Information von Generation zu Generation weiterzugeben.“<sup>3</sup> Sie regelt auf geschichtlich eigentümliche Weise die Entwicklungsmöglichkeiten, das Denken, die Werte und Zwecksetzungen, die Handlungsmotive, überhaupt das gesamte soziale Verhalten aller Mitglieder dieser Gemeinschaft.

In Abhängigkeit von der gegebenen Produktionsweise und den damit gesetzten materiellen ökonomischen Strukturen, den Klassenbeziehungen und den ideologischen Verhältnissen haben sich durch das zielgerichtete Handeln der Menschen in bestimmten Zeitabschnitten und räumlichen Grenzen höchst differenzierte, mannigfaltige Kulturen herausgebildet. Jede geschichtliche Kultur hat also ihre besondere Qualität, ihre Einmaligkeit, ihre innere Struktur und ihr relatives Eigenleben, steht aber zugleich nachweisbar in einem notwendigen, allgemeinen Zusammenhang mit allen übrigen historisch gewachsenen Kulturen.<sup>4</sup>

Hintergrund dieser weiten Auffassung der Kultur ist die historisch-materialistische Auffassung der Geschichte:

Marxisten gehen davon aus, dass die Kultur herausgebildet wird durch die Teilnahme der verschiedenen Klassen an der Produktion, der Verteilung und der Aneignung der materiellen wie der geistigen Werte. Dies ist wiederum abhängig von der konkreten Gesellschaftsformation.

„Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt.“<sup>5</sup>

Die Abhängigkeit der Kultur als Teil des gesellschaftlichen Überbaus von der Produktion als gesellschaftlicher Basis bedeutet auch, dass es in Klassengesellschaften keine einheitliche Kultur gibt. Jede ökonomische Gesellschaftsformation bringt also ihre eigene herrschende Kultur hervor, die zugleich die Kultur der herrschenden Klasse ist. Diese ist deutlich zu unterscheiden von der Kultur der unterdrückten (Haupt)klasse. Im Kapitalismus müssen wir also zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Kultur trennen.

Der antagonistische Klassengegensatz darf auf dem

Gebiet der Kulturentwicklung jedoch nicht als einfaches „Gut-Böse“-Schema missverstanden werden. Der Kapitalismus hat zum Beispiel zu Beginn seiner Entwicklung auf philosophischem Gebiet wichtige geistige und sittliche Werte hervorgebracht, die heute unter dem Begriff der „Aufklärung“ bekannt sind. Viele Elemente davon wie „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ sind auch Werte des Sozialismus – die „Internationale“ endet mit dem Satz „erkämpft das Menschenrecht.“

Doch der Kapitalismus setzt den Möglichkeiten, diese Werte real in seiner bürgerlichen Kultur umzusetzen, scharfe Grenzen. Dadurch, dass die kapitalistische Gesellschaft auf dem Privateigentum und der Konkurrenz der Produzierenden beruht, ist dies auf geistigem Niveau damit verbunden, dass „die platte Habgier ... die treibende Seele der Zivilisation“ wird und die „schmutzigsten Triebe und Leidenschaften der Menschen in Bewegung gesetzt“ werden, „auf Kosten seiner ganzen übrigen Anlagen.“<sup>6</sup> Selbst die technischen Produktivkraftentwicklungen, die der Kapitalismus hervorgebracht hat, können nur zum Teil Bestandteil seiner Kultur werden. So können die Erfindungen, die Fertigkeiten im Umgang mit den Arbeitsmitteln, die über Generationen weitergegeben und höherentwickelt werden, sich nicht vollständig innerhalb des Kapitalismus entfalten, da sie als Produktivkräfte in Widerspruch zu den Produktionsverhältnissen geraten.

Da die herrschende Klasse bestrebt ist, den gesamten materiellen und geistigen Reichtum für die Festigung und Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft zu nutzen, vollzieht sich die Kulturentwicklung der bürgerlichen Gesellschaft auf Kosten der kulturellen Entwicklung der ArbeiterInnenklasse.

In ihrem Kampf um Befreiung ist die ArbeiterInnenklasse deshalb gezwungen, bereits innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft Elemente einer neuen Kultur für die kommende Gesellschaft zu schaffen. Dabei gibt es in „jeder nationalen Kultur [...] Elemente einer demokratischen und sozialistischen Kultur, denn in jeder Nation gibt es eine werktätige und ausgebeutete Masse, deren Lebensbedingungen unvermeidlich eine demokratische und sozialistische Ideologie erzeugen.“<sup>7</sup> So haben Marx und Engels ebenfalls alles Fortschrittliche aus der bürgerlichen Wissenschaft aufgenommen und auf eine höhere Stufe gehoben. Es gilt, die fortschrittlichen Elemente der „nationalen“ Kultur von ihrem reaktionären Ballast zu befreien und in eine eigene revolutionäre Kultur einzubinden.

3 Grundlagen des historischen Materialismus (von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Erich Hahn), Berlin 1976, S. 708

4 Vgl. [http://www.kulturation.de/\\_bilder/pdfs/2012-03-26\\_Marxkultur.pdf](http://www.kulturation.de/_bilder/pdfs/2012-03-26_Marxkultur.pdf)

5 Marx-Engels-Werke, Band 13 S. 9

6 Marx-Engels-Werke, Band 21, S. 171

7 Lenin, LW 20, S. 8f

## WELCHE KULTUR ENTWICKELN?

Kultur bzw. Kulturentwicklung drückt für Marxisten den Prozess aus, in dem der Mensch zum Menschen wird. Es geht um die allseitige Herausbildung des menschlichen Wesens im Ringen um die Beherrschung der Naturkräfte und ganz besonders des eigenen gesellschaftlichen Zusammenlebens. Um die Bedingungen dafür zu legen, benötigt es eine Gesellschaft, die die Möglichkeiten für diese gesellschaftliche Kulturentwicklung bietet. Das tut nur eine Gesellschaft, die auf dem Kollektiveigentum beruht, in der der Mensch nicht mehr durch das Privateigentum entzweit wird, sondern ohne Unterdrückung sich innerhalb einer freien Assoziation der Produzenten entwickeln kann.

Doch diese Gesellschaft ist noch nicht vorhanden, sondern muss erkämpft werden. Die Kultur, die wir schaffen, kann deshalb noch keine „fertige“ kommunistische sein, sondern sie wird notwendigerweise mit den Muttermalen der kapitalistischen Gesellschaft behaftet sein. Ebenso kann die zu erkämpfende Kultur keine „Universal-Kultur“ sein, da sie sich eben auch auf Grundlage der historisch gewachsenen Kultur in Deutschland entwickelt und wir alle mit ihren Eigentümlichkeiten behaftet sind, da wir in sie hineingeboren wurden. Sie muss also von der sich geschichtlich entwickelten nationalen Kultur ausgehen, die fortschrittlichen Elemente aufnehmen, die reaktionären verwerfen. Dabei muss sie insbesondere offen sein, die fortschrittlichen Elemente anderer Kulturen aufzunehmen.

Des weiteren kann sie keine „passive“ Kultur sein, denn sie ist gezeichnet von der Notwendigkeit, den Kommunismus zu erkämpfen. Sie muss unserer Phase der Erkämpfung der sozialistischen Revolution entsprechen. Was wir deshalb für die heutige Zeit benötigen, ist eine revolutionäre Kultur.

Wie kann eine revolutionäre Kultur aussehen?

### Lebe die Solidarität!

*„Leben einzeln und frei wie ein Baum und gleichzeitig brüderlich wie ein Wald.“* (Nazim Hikmet)

Der Kapitalismus erzieht uns zu Egoismus und Individualismus. Dies ist insbesondere in einem imperialistischen Kernland wie Deutschland sehr ausgeprägt. Vereinzelung, Isolation und Depression sind die Folge. Der Mensch ist jedoch ein soziales Wesen. Deshalb können wir als Individuum auch nur frei und glücklich sein, wenn unsere Gesellschaft frei und gemeinschaftlich ist. Solidarität, Genossenschaftlichkeit und Kollektivität sind die Grundlagen, in denen wir uns verwirklichen können. Hilf deinen GenossInnen. Interessiere dich für sie! Das Kollektiv

umfasst für uns nicht nur unsere Beziehung, unseren Freundeskreis oder unsere Familie. Das Kollektiv, auf das wir uns stützen, ist die ArbeiterInnenklasse als ganzes. Wir verhalten uns gegenüber den Mitgliedern unserer Klasse solidarisch und sehen in ihnen potenzielle MitkämpferInnen. Die ArbeiterInnenklasse in Deutschland ist multikulturell. Lerne von deinen Klassengeschwistern versuche besonders dort Solidarität vorzuleben, wo die Kapitalisten Zwietracht säen.

### Werde aktiv und geh voran!

*„Seid vor allem immer fähig, jede Ungerechtigkeit gegen jeden Menschen an jedem Ort der Welt im Innersten zu fühlen. Das ist die schönste Eigenschaft eines Revolutionärs.“* (Che Guevara)

Auf wen willst du warten? Werde aktiv und bring dich in den kollektiven Prozess ein. Sei ein aktives kollektives Individuum. Wenn du irgendwo Ungerechtigkeit siehst, kämpfe dagegen – egal wo und in welcher Form sie auftaucht. Viele haben sich bereits im Stellvertretertum eingenistet und hoffen darauf, dass jemand anderes für sie die Sache erledigt. Aktiviere deine Klassengeschwister, gib ihnen Hoffnung und zeige ihnen, dass es möglich ist, sich gemeinsam zu wehren. Wir sind uns bewusst, auf welcher Seite wir stehen und wem unser Hass gebührt. Unsere Aktionsformen wählen wir gemäß der Notwendigkeiten, aber unser Kampf bleibt immer legitim!

### Hinterfrage und revolutioniere dich!

*„Wir müssen stark werden, ohne je unsere Zärtlichkeit zu verlieren.“* (Che Guevara)

Im Kapitalismus führt es zu Problemen, wenn du Schwäche zeigst, weil sie im Konkurrenzkampf rücksichtslos ausgenutzt werden kann. Auch Kritik wird in der bürgerlichen Kultur als Waffe benutzt, um andere fertig zu machen und sich selbst höher zu stellen. Dabei ist dies die einzige Quelle unserer Entwicklung! Sei kritisch und selbstkritisch und fordere das auch von anderen ein. Nur so können wir uns weiterentwickeln und Dogmatismus verhindern. Bilde dich ständig auf allen Gebieten in wissenschaftlicher Form weiter.

### Sei bescheiden und respektvoll!

*„Liebe ist der Wunsch etwas zu geben, nicht etwas zu erhalten.“* (Bertold Brecht)

In einer Zeit, in der Selbstdarstellung alles ist, um Anerkennung und Lebenssicherheit zu erhalten, müssen wir bewusst dagegen steuern. Verstecke deine Anschauungen nicht, aber werde nicht arrogant. Es gibt immer wieder etwas zu lernen. Sei offen für

die Positionen deiner Klassengeschwister. Nimm dich nicht zu ernst und lache auch mal über dich selbst.

**Achte unsere Geschichte und unsere Gefallenen. Gehen wir ihren Weg weiter!**

*„Wenn ich zurück komme werde ich meine Genossen, mein Umfeld mit dem Kampfgeist und der Willenskraft anstecken, ich werde wie die schönsten Lieder sein und jeden in meinen Bann ziehen.“* (Ivana)

Marx, Engels, Bebel, Liebnkecht, Zetkin, Luxemburg und Thälmann kamen alle aus Deutschland. Wir haben eine kommunistische Tradition in diesem Land, in welchem es einmal die zweitstärkste ArbeiterInnenbewegung der Welt gab. Nimm die Erfahrungen der kommunistischen Bewegung bewusst wahr, versuche sie dir anzueignen und aus ihren Fehlern und Erfolgen zu lernen. Sieh es als deine Aufgabe an, diese verschütteten Erfahrungen immer wieder hervorzuholen. Es gibt heute auf der ganzen Welt Menschen, die gegen den Imperialismus kämpfen und deren Kampf wir hier im Zentrum der Bestie weiterführen müssen.

**Nicht nur reden, sondern handeln!**

Deine Haltung verwirklicht sich in deinen Taten. Bewerte auch andere nach ihrer Haltung zum Leben und zum Kampf nicht nach Oberflächlichkeiten. Leiste deinen Beitrag, so gut es geht, und nimm dich wahr als Teil eines Kollektivs, wo jeder und jede gebraucht wird. Denn niemand wird für uns die Kämpfe führen.

## TEIL DES KLASSENKAMPFS

Diese sicherlich noch unvollständigen Thesen sollen aufzeigen, dass die proletarische Kultur keine Frage z.B. des Musikgeschmacks ist. Bei der notwendigen Entwicklung einer revolutionären Kultur geht es weniger um die Form, die vermutlich sehr vielseitig und flexibel sein wird, als um die Inhalte. Für uns muss klar sein, dass sich eine revolutionäre Kultur erst im Klassenkampf entwickeln kann. Dies wird aber nicht spontan geschehen. Wir müssen dies als eine weitere politische Aufgabe betrachten, die wir auf dem Weg zur sozialistischen Revolution lösen müssen. Es gilt, den Kampf um eine revolutionäre Kultur als Teil des Klassenkampfes zu verstehen. Im Sinne eines Stellungskrieges ist es notwendig, eine proletarische Kultur gegenüber der bürgerlichen Kultur der herrschenden Klasse herauszubilden. Wir stehen vor der Aufgabe, im Kampf unsere Wertmaßstäbe und Ziele in den verschiedenen Sektoren der Klasse dominant werden zu lassen.

Exkurs

## REVOLUTIONÄRE KUNST

Teil des weiten Kulturbegriffs des Marxismus-Leninismus ist die Kunst. Diese spielt historisch und heute in der Gesellschaft wie für die kommunistische Bewegung eine bedeutende Rolle.

Im Kapitalismus hat die industrielle Produktion sich nahezu aller Formen künstlerischer Aktivität bemächtigt und unter seine Funktionsweise gezwungen. Einerseits, um sie in Gestalt der „Vergnügungsindustrie“ zur Quelle von riesenhaften Profiten zu machen, andererseits, um das Denken und Fühlen der Menschen zu manipulieren und innerhalb seiner Ordnung zu halten.

Sexistische Club-Musik, Serien um Intrigen und Gewalt, effektheisende kurzweilige Literatur sind Ausdruck der Gesellschaft, in der wir leben.

Die marxistisch-leninistische Theorie der Kunst geht davon aus, dass jede Kunst – ob bewusst oder unbewusst – Partei ergreift, sich auf eine Seite stellt. Sie geht davon aus, dass in der Kunst der Mensch sich selbst im Verhältnis zu seinem Leben und der ihn umgebenden Welt darstellt und sich somit positioniert. Immer wieder nehmen Künstler spontan eine humanistische Position ein, doch der marxistische Künstler stellt sich bewusst auf den Platz des gesellschaftlichen Fortschritts in Form des Sozialismus.

Ob es sich dabei um Rock oder Hip-Hop, Theater oder Film, Tanz oder Malerei handelt, ist dabei absolut nicht wesentlich dafür, ob die Kunst eine revolutionäre ist.

Kommunistische Kunst muss sich als Teil des Klassenkampfes verstehen und sich mit seinen Zielen verbinden. Sie stellt die Solidarität dem Individualismus, den kollektiven Kampf der Resignation, die mögliche Zukunft der vergehenden Barbarei gegenüber. Sie bekämpft die alte kapitalistische Kultur und arbeitet an der Schaffung einer neuen sozialistischen.

Die Künste sind direkt mit dem Entwicklungsprozess der Produktivkräfte verbunden. So hat die Entwicklung der kapitalistischen Industrie zur Entwicklung von neuen Medien beigetragen (Film, Fernsehen, Radio, Internet), welche die alten künstlerischen Formen (Malerei, Skulpturen) in den Hintergrund treten lassen. Gerade die neuen Medien bieten uns heute die Möglichkeit schnell und massenhaft eine künstlerische Gegenbewegung zur kommerziellen Kunst und Literatur zu schaffen und somit diesen Teil einer eigenen revolutionären Kultur in Deutschland zu entwickeln.

